

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Kommunalpolitik in der „Zeitenwende“	Seite 4
---	---------

1 Soziale Sicherung und gute Lebenschancen für Alle Seite 9

1.1 Wohnen ist ein Menschenrecht	Seite 9
---	---------

<i>Wohnen darf nicht arm machen!</i>	9
--------------------------------------	---

<i>Endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft!</i>	10
--	----

<i>Wohnungspolitik ist Sozialpolitik</i>	12
--	----

1.2 Wohnungspolitik im Ostkreis: Strukturpolitik	Seite 14
---	----------

1.3 Nicht akzeptabel: Armut in einem reichen Land	Seite 15
--	----------

<i>Der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken!</i>	16
---	----

<i>Armut im Wetteraukreis</i>	18
-------------------------------	----

<i>Bürgergeld ist keine soziale Hängematte</i>	18
--	----

1.4 Für einen Wetterauer Sozialpass	Seite 22
--	----------

1.5 Öffentlich ist Wesentlich!	Seite 23
---------------------------------------	----------

<i>Gesundheitsversorgung in der Wetterau</i>	23
--	----

<i>Für eine wohnortnahe und leistungsfähige Gesundheitsversorgung</i>	24
---	----

<i>Gute Arbeit, gute Löhne, gute Gesundheitsversorgung</i>	26
--	----

<i>Für eine solidarische Bürger:innenversicherung</i>	27
---	----

<i>Weg vom Profitprinzip: Pflegenotstand stoppen!</i>	28
---	----

1.6. Bildung, Kultur	Seite 29
-----------------------------	----------

<i>Öffentliche staatliche Schulen und Bildungseinrichtungen</i>	29
---	----

<i>Eine Schule für Alle!</i>	29
------------------------------	----

<i>Niemanden zurücklassen!</i>	30
--------------------------------	----

<i>Vielfältige Kulturlandschaft</i>	31
-------------------------------------	----

1.7 Sportstätten erhalten, sanieren und ausbauen	Seite 34
---	----------

<i>Kein Verkauf, keine Luxus-PPP-Projekte!</i>	34
--	----

<i>Breitensport statt Luxusbäder</i>	34
--------------------------------------	----

1.8 Menschen mit Behinderungen	Seite 36
---------------------------------------	----------

<i>Rechte garantieren, Verschiedenheit anerkennen</i>	36
---	----

<i>Menschen mit Behinderung haben Rechte!</i>	37
---	----

1.9 Selbstbestimmtes Leben im Alter	Seite 40
--	----------

1.10	Migration und Flucht	Seite 42
	<i>Internationale Vielfalt statt nationaler Einfalt</i>	42
	<i>Abzockergebühren in den Flüchtlingsunterkünften</i>	42
	<i>Neue Schikane: Bezahlkarte</i>	43
	<i>Brauchen wir wirklich Fachkräfte?</i>	45
	<i>Gegen Hass und Hetze!</i>	46
2	Konsequent für Klima- und Umweltschutz	Seite 48
2.1	Mobilität für alle Bürger:innen	Seite 48
	<i>Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radwegenetzes</i>	48
	<i>Mobilität für den Ostkreis</i>	48
2.2	Für eine zukunftsfähige Energiepolitik	Seite 50
	<i>Für wirkungsvollen Klimaschutz</i>	50
	<i>Für eine regionale Energiepolitik</i>	52
2.3	Wasser – Unser Lebenselixier vor Raubbau schützen	Seite 55
2.4.	Für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaft	Seite 57
2.5	Für Bodenschutz – Gegen Flächenfraß	Seite 59
	<i>Belastungen durch Großbauprojekte minimieren</i>	61
2.6	Biodiversität erhalten	Seite 62
2.7	Lärmschutz	Seite 63
3	Zukunftsfähigkeit für die Wetterau	Seite 65
3.1	Finanzen und Wirtschaft	Seite 65
	<i>Kommunale Selbstverwaltung sicherstellen</i>	65
	<i>Umfairteilen!</i>	66
	<i>Abrüsten!</i>	67
	<i>Grundsatz: Beteiligung der Bürger:innen am Haushalt</i>	68
3.2	Daseinsfürsorge verteidigen und ausbauen	Seite 69
	<i>Privatisierungen verhindern!</i>	69
3.3	Sparkassen für die Bürger:innen	Seite 69
3.4	Gewerbeansiedlungen im Interesse Aller realisieren	Seite 71
3.5	Fair einkaufen und gezielt fördern	Seite 71
	<i>Verantwortung als Auftraggeber wahrnehmen</i>	71
3.6	Zukunftsfähige Digitalpolitik	Seite 73

4	Für eine demokratische Wetterau	Seite 75
	<i>Mitgestalten statt verwaltet werden</i>	75
4.1	Transparente Parlamentsarbeit	Seite 75
4.2	Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalvertretungen erhalten und ausbauen	Seite 76
4.3	Demokratische Transparenz durch Bürgerbeteiligung	Seite 77
4.4	Gleichberechtigung durchsetzen!	Seite 79
4.5	Für die Akzeptanz aller Lebensweisen!	Seite 81
4.6	Jugend muss mitbestimmen	Seite 83
	<i>Demokratie lebt vom Mitmachen</i>	83
4.7	Kommunales Wahlrecht für Migrant:innen	Seite 84
	<i>Ausländerbeiräte stärken statt schwächen!</i>	84
4.8	Faschismus aktiv entgegen treten!	Seite 85
4.9	Ohne Frieden ist alles nichts!	Seite 88
	<i>Stoppt die Hochtüftung!</i>	
	<i>Keine Militarisierung der Gesellschaft!</i>	
	<i>Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht!</i>	88

Kommunalpolitik in der „Zeitenwende“

In unserem Landkreis und seinen Städten und Gemeinden findet das tägliche Leben der Wetterauer:innen statt. Hier haben Familien und Kinder eine Heimat. Hier sucht man Erholung nach der Arbeit. Hier werden Freundschaften und soziale Zugehörigkeit gelebt. Hier verbringen ältere Menschen ihren Lebensabend.

Kommunen müssen mehr sein, als nur Verwaltungen. Sie organisieren nicht nur grundlegende Leistungen wie die Versorgung mit Wasser, Energie, Mobilität oder die Müllentsorgung. Dass die Kommunen auch als Gemeinwesen und Sozialräume funktionieren, ist für die Mehrheit der Menschen wichtig.

Kultur, Sport, Kunst, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz gehören zu den kommunalen Aufgaben. Aber auch bezahlbarer Wohnraum und die Teilhabe aller Bürger:innen am gesellschaftlichen Leben – unabhängig vom Einkommen, der Herkunft oder der individuellen Lebensweise.

In den letzten beiden Jahren hat sich die Finanzlage der hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden drastisch verschlechtert. 2024 konnten nur noch etwa 20 Prozent der Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Vier von fünf Kommunen haben ein Defizit im Haushalt. 2025 können 18 von 21 hessischen Landkreisen keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Rücklagen, die ein Defizit ausgleichen könnten, sind überwiegend aufgebraucht.

Dazu besteht bundesweit ein kommunaler Investitionsstau von 215 Milliarden Euro. Zusätzlich werden umfangreiche Maßnahmen notwendig, um dem Klimawandel zu begegnen: Hitzeschutz, Starkregen- und Grundwasserschutz, Wassermanagement, Minderung der Treibhausgase usw.

Angesichts der aktuellen Finanzlage werden die Kommunen die dafür notwendigen Mittel nicht allein aufbringen können. Auch das „Sondervermögen“ des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität wird diese Bedarfe nur teilweise decken.

Diese Fakten sind alarmierend. Es handelt sich keineswegs um Einzelfälle oder Verschwendung, wenn eine Kommune viel zu wenig Geld für ihre Aufgaben hat. Es handelt sich vielmehr um ein grundsätzliches Problem.

Hier müssen Bund und Länder eine langfristige und ausreichende Finanzierung der Kommunen ermöglichen.

Doch leider ist keine Besserung der kommunalen Finanzlage zu erwarten. Im Gegenteil!

Im Februar 2022 hatte der Ampel-Kanzler Scholz die „Zeitenwende“ ausgerufen: Um gegen Russland aufzurüsten, hat die Bundesregierung bislang unvorstellbare Summen für die Bundeswehr bereitgestellt. Deutschland soll kriegstüchtig werden. Der Militärhaushalt Deutschlands ist seitdem auf zwei Prozent vom

Bruttoinlandsprodukt (BIP) gestiegen. Bei der damaligen Wirtschaftsleistung von 3,99 Billionen Euro (BIP) sind das über 71 Milliarden Euro. Dazu wurden 100 Milliarden Euro Schulden („Sondervermögen“) für die Aufrüstung der Bundeswehr aufgenommen.

Heute – im Herbst 2025 – ruft die Bundesregierung unter Kanzler Merz noch ganz andere Summen auf: Für Aufrüstung und Kriegsertüchtigung sollen 5 Prozent vom BIP bereitgestellt werden. Im Jahr 2024 lag das deutsche BIP bei 4,31 Billionen Euro. Der Bundeshaushalt betrug im selben Jahr 476,8 Milliarden Euro.

Fünf Prozent bedeutet dann: Deutschland müsste 215,27 Milliarden Euro für Rüstung ausgeben. Das sind etwa 45 Prozent des Bundeshaushalts – also beinahe die Hälfte!

Schulden in Höhe von 800 Milliarden sind beschlossen. Der größte Teil davon fließt in die Hochrüstung und in militärische Infrastrukturmaßnahmen. Ein kleinerer Teil landet hoffentlich bei den Kommunen und dem Klimaschutz.

Wer soll das bezahlen?

Höhere Steuern für Milliardäre und große Konzerne plant die Bundesregierung jedenfalls nicht. Eine Vermögenssteuer soll nicht erhoben werden. Steuerflucht und Steuerhinterziehung im großen Stil werden weiterhin nicht bzw. nicht wirkungsvoll verfolgt.

„Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse“, sagt der Kanzler. Klingt nach Ehrlichkeit, ist aber nichts anderes als Schuldumkehr. Gemeint ist nicht die Maßlosigkeit der Reichen, sondern der angeblich „zu fette“ Sozialstaat. Ein Angriff auf das Gemeinwesen ist geplant. Die Armut wird ansteigen. Die Aufrüstung soll von den arbeitenden Menschen und denjenigen bezahlt werden, die sowieso jeden Cent dreimal umdrehen müssen.

Dass die Kommunen in diesem Szenario besser finanziert werden, ist nicht zu erwarten.

Was hat das mit der Wetterau zu tun?

Kommunalpolitik passiert nicht isoliert von der politischen Großwetterlage. Das Geld kann nur einmal ausgegeben werden: Entweder für zerstörerische Hochrüstung und Kriegsvorbereitung oder für öffentliche Daseinsfürsorge. Entweder für Steuergeschenke an Hyperreiche und Konzerne oder für ein soziales Miteinander.

Auch der Wetterankreis ist unterfinanziert und hat Mühe, seine Aufgaben zu erfüllen. Für den Haushalt 2025 mussten 261 Millionen Euro Schulden aufgenommen werden. Die Rücklagen sind gänzlich aufgebraucht.

Wirkliche Einsparungen im Kreishaushalt sind eigentlich schon lange nicht mehr möglich, denn die Finanzmittel werden nicht verschwendet, sondern für Pflichtaufgaben verwendet. Nennenswerte Einsparungen wurden in der Vergangenheit überwiegend im Sozialhaushalt vorgenommen. Doch auch hier steigen die absoluten Ausgaben, weil es immer mehr arme Menschen gibt.

Auch in der Wetterau ging der Bestand an Sozialwohnungen um die Hälfte zurück. Doch die Nachfrage bei bezahlbarem Wohnraum ist hoch, und das treibt die Mietpreise nach oben. Um einkommensschwachen Haushalten das Wohnen überhaupt noch zu ermöglichen, steigen die Kosten für Wohngeld und die Zuschüsse für Unterkunft und Heizung immer weiter an. Der Bund refinanziert die Wetterauer Kosten für Unterkunft, die immerhin eine Höhe von 60 Millionen Euro haben, nur zu 67,2 Prozent – also gibt der Bund 40.320.000 Euro und der Wetteraukreis trägt 19.680.000 Euro.

Dass überhaupt so viel Geld an Mietzuschüssen aufgebracht werden muss, liegt an einem krassen Missverhältnis: Der Bund gibt fünfmal so viel Geld für Mietzuschüsse aus als für sozialen Wohnungsbau. Es wäre dringend nötig, diese Kosten zu reduzieren. Das bedeutet aber, es müsste bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, damit der Mietpreisexplosion Einhalt geboten werden kann. Öffentlichen sozialen Wohnungsbau gibt es auch in der Wetterau kaum und nur in einigen Kommunen.

Zehn Jahre hat DIE LINKE. Kreistagsfraktion für eine kreiseigene Wohnungsgesellschaft gekämpft. Jetzt – vor dieser Kommunalwahl – wurde sie endlich gegründet. Ob dadurch neue bezahlbare Mietwohnungen entstehen, ist noch immer unklar. Die neue WoBau GmbH ist finanziell schlecht ausgestattet und will nicht selbst bauen. Wir fragen: Wird die WoBau wirklich mehr sein als ein Wahlkampf-Fake?

Der Wetteraukreis hat im November 2024 das Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) übernommen. Bad Nauheim verkaufte seinen Anteil und der Kreis trägt nun einen Anteil von 91,51 Prozent. Es ist gut, wenn das GZW weiterhin kommunal geführt und nicht privatisiert wird. Doch die finanzielle Belastung für den Wetteraukreis ist hoch. Es mussten zusätzliche Kredite aufgenommen werden, und es steht noch eine Investition von 30 Millionen Euro aus. Ändern Bund und Land nichts an der Systematik der Krankenhausfinanzierung, werden die Fehlbeträge im Haushalt des Wetteraukreises in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Die Privatisierung des GZW ist folglich nicht endgültig vom Tisch. Über die Schließung der Krankenhäuser Schotten und Gedern, die vom Kreis bezuschusst werden müssen, wurde schon öfter nachgedacht.

Im Ostkreis hat sich die Gesundheitsversorgung mit der Schließung des Mathilden-Hospitals stark verschlechtert. Der Kreis musste daraufhin den Rettungsdienst umstrukturieren, was viel Geld kostet. Weiterhin mangelt es an der Frauengesundheitsversorgung sowie an Hebammen und Geburtshilfe.

Investiert werden müsste auch in den Öffentlichen Nahverkehr, Klimaschutzmaßnahmen, Grundwasserschutz, Bildung und Inklusion, Kindererziehung, in Kultureinrichtungen, Sportstätten und vieles mehr.

DIE LINKE. Wetterau tritt ein für *Umfairteilung*: Es gibt viele sinnvolle Möglichkeiten, unser Steuergeld für die Mehrheit der Menschen einzusetzen statt für Steuergeschenke an Milliardäre und Hochrüstung.

Dafür setzt sich **DIE LINKE.** grundsätzlich ein:

- Keine Abwälzung der Rüstungskosten auf die arbeitende Bevölkerung!
Der irrsinnige Plan, 5 Prozent des BIP für Rüstung zu verschwenden, muss aufgegeben werden!
Alle kommunal engagierten Politiker:innen sind aufgefordert, in ihren Parteien Einfluss zu nehmen, dass Deutschland keine Kriege unterstützt und Steuermittel für friedliche Zwecke ausgegeben werden!
- Kein Abbau des Sozialstaates und seiner Leistungen! Kein Abbau sozialer Sicherungssysteme!
- Öffentliche Daseinsfürsorge darf keinesfalls privatisiert werden!
Rekommunalisierung bereits erfolgter Privatisierungen und Teilprivatisierungen!
- Wir fordern eine angemessene Besteuerung von Reichen und Superreichen: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, angemessene Erbschaftsteuer, Besteuerung von Spekulationsgewinnen und konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht.
Reiche und Superreiche profitieren erheblich von staatlichen Leistungen und der Infrastruktur in ihren Kommunen und müssen daher einen adäquaten Beitrag leisten.
- Für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden durch Bund und Land. Feste Budgets statt komplizierter Förderprogramme.
- Für eine angemessene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben. Dies gilt insbesondere für die Kindertagesbetreuung, die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung, die Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche,

die Bekämpfung von Armut und Wohnungsnot und die Aufnahme von Geflüchteten.

- Für das Konnexitätsprinzip. Das heißt: wer bestellt, bezahlt! Wenn die Bundesregierung gesetzlich Aufgaben für die Kommunen festlegt, muss der Bund auch die Finanzierung übernehmen. Außerdem sollten die Kommunen ein verbindliches und einklagbares Mitwirkungsrecht im Gesetzgebungsverfahren des Bundes erhalten.
- Für die Abschaffung der Schuldenbremse.
- Strafverfolgung bei Korruption und Deals, die Steuergelder kosten.

1 Soziale Sicherung und gute Lebenschancen für Alle

1.1 Wohnen ist ein Menschenrecht

Wohnen darf nicht arm machen!

Wohnen macht arm. Das zeigen Berechnungen der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbands.¹ Die Untersuchung dokumentiert: Deutlich mehr Menschen als bisher angenommen leben in Armut, wenn die Wohnkosten berücksichtigt werden. Die steigenden Mieten belasten vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen überproportional. Viele Haushalte geben inzwischen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten aus – manche sogar mehr als die Hälfte. Von Wohnarmut betroffen sind insgesamt 21,2 % der Bevölkerung (17,5 Millionen Menschen). Wohnen entwickelt sich zum Armutstreiber.

Immer mehr Menschen sind auf Sozialwohnungen angewiesen. In Hessen sind 44,5 % der Mieterhaushalte berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen. Doch in der Realität sind diese Wohnungen Mangelware. Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen hat sich seit 2006 halbiert. In Hessen fehlen aktuell 80.000 günstige Wohnungen. In den nächsten Jahren wird der Bedarf noch steigen. Und das trotz der Förderprogramme der Landesregierung.

Es wird für Menschen mit geringem Einkommen zunehmend schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden, was soziale Ungleichheiten verstärkt.

Die Wetterau verzeichnet seit einigen Jahren mit den höchsten Bevölkerungszunahme in Hessen. Die Nachfrage nach Wohnraum im Umland von Frankfurt ist enorm. Auch Migration hat einen höheren Wohnungsbedarf zur Folge. Doch der Neubau von Wohnungen ist nicht entsprechend gestiegen – im Gegenteil.

Das Institut für Wohnen und Umwelt² beziffert den Neubaubedarf im Wetteraukreis bis zum Jahr 2040 auf 24.162 Wohnungen.

Hessenweit wurden 2024 nur 18.000 Wohnungen fertiggestellt. Das sind knapp 16 Prozent weniger als 2023. Auf diesem niedrigen Niveau liegt der Wetteraukreis mit 1.000 fertiggestellten Wohnungen auf Platz drei in Hessen, nach Frankfurt und dem Main-Kinzig-Kreis. Und dabei handelt es sich noch nicht mal um bezahlbare Mietwohnungen!

1 (veröffentlicht im Dezember 2024). Die Studie basiert auf einer Sonderauswertung durch das Statistische Bundesamt. Sie berücksichtigen erstmals die tatsächlich verfügbaren Einkommen nach Abzug der Wohnkosten (Warmmiete und Strom).

2 Das Institut für Wohnen und Umwelt ist eine GmbH, deren Gesellschafter das Land Hessen mit 60% und die Stadt Darmstadt mit 40% sind. Das IWU erstellte diese Untersuchung im Auftrag der Hessischen Landesregierung.

Immer noch entstehen meist Einfamilienhäuser, (Luxus-) Eigentumswohnungen oder hochpreisige Mietwohnungen. Wenn sich hier die Politik nicht ändert, wird Wohnen in den nächsten Jahren für noch mehr Menschen unbezahlbar!

Im Jahr 2021 gab es im Wetteraukreis nur noch 1.532 Sozialwohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. Gegenüber 2013, als es noch 2.512 Sozialwohnungen gab, ist das ein Rückgang von 40 Prozent. Und inzwischen dürfte der Bestand noch weiter abgebaut worden sein. Die Wartelisten der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sind lang. Viele Wohnungen sind überbelegt.

Am 31. Dezember 2023 haben in Hessen rund 73.000 Haushalte Wohngeld bezogen. Das ergab eine Auswertung des Hessischen Statistischen Landesamts. Gegenüber 2022 stieg die Zahl der Wohngeldhaushalte um 71 Prozent oder rund 30.300 Haushalte. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch erhöhte sich um 56 Prozent: von 220 Euro auf 343 Euro. So sieht die Realität aus. Nicht nur Menschen der untersten Einkommensschichten können sich Wohnen nicht mehr leisten.

Das Wohnungsproblem ist nicht durch private Investoren und Baulöwen zu lösen. Luxuswohnungen, an denen sich gut verdienen lässt, gibt es genug. Was fehlt, ist bezahlbarer Wohnraum. Hier treibt die starke Nachfrage die Mieten selbst für Normalverdiener:innen in unerschwingliche Höhen. Schon Haushalte mit durchschnittlichem Verdienst haben Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Bei preiswerten Wohnungen für einkommensschwache Familien herrscht dramatische Wohnungsnot.

Der vielbeschworene „Markt“ regelt hier nichts. Denn private Wohnungsbaugesellschaften wollen Profite erwirtschaften und nicht für soziale Mieten sorgen.

Bezahlbare Wohnungen in ausreichender Zahl und in einem überschaubaren Zeitraum müssen von der öffentlichen Hand gebaut werden. Das ist eine politische Herausforderung, denn **Wohnen ist ein Menschenrecht!**

Endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft

Weil sich diese Zuspitzung auf dem Wohnungsmarkt schon seit Jahren zeigt, hat DIE LINKE. Fraktion im Kreistag seit 2012 immer wieder eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gefordert. Im Jahr 2015 – im damaligen Kommunalwahlkampf – beschloss der Kreistag endlich, die Möglichkeiten für eine kreiseigene WoBau zu sondieren. Doch eigentlich sahen sich die Wetterauer Politiker:innen nicht zuständig für sozialen Wohnungsbau. Dementsprechend ist aus dem Kreistagsbeschluss nichts geworden.

DIE LINKE. Fraktion im Kreistag musste sogar dafür kämpfen, dass die einfachsten Grundlagen zusammengetragen wurden, die eine politische Bewertung der Wohnungsfrage ermöglichen. Auf unseren Antrag hin wurde 2013 eine erste Erhebung zum Stand des sozialen Wohnungsbaus erstellt, die erwartungsgemäß ein düsteres Bild zeigte. Erst im Juni 2019 konnten wir den Kreistag davon überzeugen, die aktuellen Zahlen erneut von den Kommunen zu erfragen. Ist ein solider Kenntnisstand nicht wichtig für eine soziale Politik? Denn dabei kam der Rückgang des Sozialwohnungsbestands um 40 Prozent erst ans Tageslicht.

Zur Kommunalwahl 2021 wurde die Gründung einer kreiseigene WoBau versprochen und nicht verwirklicht.

Erst 2025 – und wieder vor einer Kommunalwahl – beschloss der Kreistag die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft namens »Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH«. Diesmal stimmten alle Fraktionen außer der AfD für die WoBau und wir hoffen, dass nun mehr daraus wird, als ein Papiertiger.

Wie wirkungsvoll die neue WoBau sein wird, ist nämlich keinesfalls ausgemacht. Sie wurde als Dreistufenplan konzipiert, und nur die ersten beiden Stufen sind bisher festgelegt:

Der erste Schritt ist eine Förderrichtlinie, die Zuschüsse an private Bauherren/ Baugesellschaften auszahlt, wenn sie leer stehenden Wohnraum reaktivieren oder Mietwohnungen bauen. Im zweiten Schritt will die GmbH Kommunen beraten, die bezahlbaren Wohnraum schaffen möchten – etwa bei der Einwerbung von Fördermitteln. Dafür wurden 2,1 Millionen Euro in den Haushalt des Wetteraukreises eingestellt, die über zehn Jahre verteilt eingesetzt werden sollen.

Das lässt Zweifel aufkommen: Bei dieser niedrigen Summe scheinen die Verantwortlichen nicht mit großer Nachfrage bei den Fördermitteln zu rechnen.

Zudem fehlt der dritte Schritt bei der neuen WoBau: Der Bau neuer bezahlbarer Wohnungen. Dafür reicht das Geld jedenfalls nicht. Mit diesem Grundkapital bekommt man auch keine günstigen Kredite zum Bauen.

Soll wirklich ernsthaft etwas gegen die Wohnungsnot unternommen werden, oder wollen SPD und CDU nur die Kommunalwahl überstehen? Das fragen wir uns natürlich.

Auch in den Kommunen muss sozialer Wohnungsbau Vorrang bekommen: In allen Bauplanungen müssen 30% für den Bau von Sozialwohnungen festgeschrieben sein. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften brauchen eine deutliche Aufwertung, und sie müssen so ausgestattet sein, dass sie in bezahlbare Neubauten investieren können. Städtischer Grund darf nicht an private Investoren verkauft werden!

Wohnungspolitik ist Sozialpolitik

Die Wohnungsnot bei Menschen mit niedrigem Einkommen oder bei Sozialleistungsberechtigten wird durch eine repressive Sozialpolitik des Wetteraukreises zusätzlich erschwert. Mit Mietobergrenzen deckelt der Wetteraukreis die Mietzuschüsse für Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind. Bei steigenden Mietpreisen entscheidet letztendlich die Höhe der Mietobergrenzen darüber, wie hoch das reale Mietangebot für diesen Personenkreis ist.

Die Mietobergrenzen, die der Wetteraukreis aufgestellt hat, sind viel zu niedrig angesetzt: Das „Schlüssige Konzept der Mietobergrenzen“ berücksichtigt die Lage auf dem Wohnungsmarkt nur sehr wenig. Die Mietkosten werden klein gerechnet. Somit haben arme Menschen, Alleinerziehende, Ältere mit Mini-Rente, Menschen mit Behinderungen und Geflüchtete geringe Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Zumal das Angebot an preiswerten Mietwohnung deutlich absinkt. Bei hoher Nachfrage wird jedes Loch teuer vermietet.

Die gültigen Mietobergrenzen vom 1. Januar 2024 weisen für Friedberg, Bad Nauheim, Rosbach, Ober-Mörlen, Niddatal, Wöllstadt und Ortenberg sogar niedrigere Mieten aus, als im Jahr 2022. Und für Altstadt niedrigere Mieten als 2005!! Als ob in diesen Gemeinden die Mietpreise gesunken wären!

Der Wetteraukreis passt die Mietzuschüsse an seine prekäre Haushaltslage an, indem er die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt ignoriert. Mietspiegelportale wie ‚immowelt‘ oder ‚ohne-makler‘ zeigen jedoch, dass die Mietpreise in der Realität völlig anders aussehen. Und zwar für den ganzen Wetteraukreis. Wir führen hier mal Zweizimmerwohnungen in Ortenberg und Friedberg an: Für Ortenberg werden Quadratmeterpreise von 9 bis 11 Euro genannt, der Wetteraukreis akzeptiert lediglich ca. 7,50 Euro. In Friedberg beziffern die Portale den m²-Preis mit 10 bis 14 Euro. Der Wetteraukreis hat ca. 9,50 Euro pro m² zur angemessenen Miete erklärt.

Politisch bedeutet das: Auch das aktuelle, ab 1. Januar 2024 gültige „Schlüssige Konzept“ ist nur seiner Form nach schlüssig erstellt. Es erfüllt die gesetzlichen Anforderungen nicht, dass der Bedarf für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen im einfachen unteren (laut Gesetz NICHT einfachsten untersten, SGB II, §22) Wohnungsmarktsegment übernommen werden müssen. Das Bundessozialgericht hat wiederholt darauf verwiesen, dass zu den ermittelten Obergrenzen auch wirklich Wohnungen frei und verfügbar sein müssen. Da muss man im Wetteraukreis lange suchen...

Im November 2023 wurde durch eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag (Drucksache 20/9447) aufgedeckt: Ein Fünftel der bedürftigen Alleinerziehenden und der Familien mit Kindern erhalten vom Wetteraukreis viel

zu wenig Mietzuschuss. Es ist für Alleinerziehende und Familien mit Kindern eine deutliche Belastung, wenn im Jahr durchschnittlich mehr als 1.600 Euro für die Miete zu wenig gezahlt werden! Sie müssen diese Differenz dann aus ihrer mageren Grundsicherung abzwacken, was nichts anderes heißt, als beim Essen und auch bei notwendigen Anschaffungen für die Kinder zu sparen.

In dieser zugespitzten Situation hat der Wetteraukreis im Haushalt 2024 die Mietzuschüsse für Menschen, die soziale Hilfen benötigen, um 7.3 Millionen Euro gekürzt. Und das ist keineswegs ein Versehen aus Unwissenheit. Der Kreisspitze ist durchaus bewusst, wie prekär die Wohnungsnot im unteren Preissegment ist.

Zusammenfassend kann man also feststellen: Angemessen ist die Wohnungspolitik des Wetteraukreises überhaupt nicht! Menschen mit niedrigem Einkommen stehen immer mehr unter existenziellen Druck!

Für bezahlbares Wohnen in der Wetterau braucht es deutlich mehr Engagement!

Das will *DIE LINKE*.:

- Mehr Druck auf die Landes- und Bundesregierung, für ein ausreichendes bundesweites Investitionsprogramm in den sozialen Wohnungsbau. In Krisenzeiten wirkt dies auch als Konjunkturprogramm!
- Eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, die wirklich neue Sozialwohnungen baut und damit der Wohnungsnot im unteren Preissegment entgegenwirkt.
- Investitionsprogramme in den Kommunen für bezahlbare Wohnungen – davon ein Fünftel barrierefrei.
- Jeder kommunale Bebauungsplan soll mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen vorschreiben.
- Aufwertung und bessere finanzielle Ausstattung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.
- Mittel aus Investitionsprogrammen des Bundes und des Landes müssen abgerufen werden. Das muss als Aufgabe des Kreises begriffen werden, denn viele Kommunen brauchen für die Beantragung Unterstützung.
- Einen qualifizierten Mietspiegel statt eines Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen, damit die Mietpreisentwicklung bei den Sozialleistungen einfließt.
- Korrekte Berechnung der Kosten der Unterkunft und keine Benachteiligung mehr von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern.

1.2 Wohnungspolitik im Ostkreis ist Strukturpolitik

Im Ostkreis der Wetterau stellt sich die Wohnungsfrage weniger dramatisch. Obwohl auch hier die Mieten zunehmend ansteigen. Aber vor allem ziehen viele Menschen in die Städte des Westkreises oder in das Ballungsgebiet Rhein-Main-Frankfurt.

Das hat Gründe. Die Sparpolitik der letzten Jahre hatte negative Auswirkungen auf die Struktur des Ostkreises: Behörden wurden in Friedberg zentralisiert, der ÖPNV wurde ausgedünnt, einige kleine Schulen mussten schon um ihr Überleben kämpfen, in den Gemeinden machen die örtlichen Läden dicht, Geschäftsräume stehen leer, soziale und kulturelle Angebote sind nicht genügend finanziert. Die Gesundheitsversorgung ist nicht mehr ausreichend: Nach der Schließung des Mathilden-Hospitals in Büdingen müssen weite Wege in die umliegenden Krankenhäuser in Kauf genommen werden. Das Überleben der Krankenhäuser Gedern und Schotten steht aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Frage. Die Versorgung mit Hausärzten, Fachärzten und in der Frauengesundheit ist unzureichend. Die Internetverbindungen lassen immer noch zu wünschen übrig. Doch Gemeinden, in denen sich die Struktur aufzulösen beginnt, büßen auch Wohnqualität ein. Besonders junge Menschen ziehen dann weg.

Landflucht und die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten hängen zusammen. Deshalb sind Strukturpolitik und die ausreichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden im ländlichen Raum dringend nötig.

Das will **DIE LINKE.**:

- Wohnortnahe Arbeitsplätze mit Hilfe einer hessenweit koordinierten Wirtschaftspolitik für den ländlichen Raum. Zinsgünstige Darlehen für wirtschaftliche Investitionen, besonders für nachhaltig produzierende Unternehmen des Mittelstands.
- (Land-) Kommunen müssen sich wirtschaftlich betätigen können.
- Wohnortnahe, regionale, regenerative Energieerzeugung unter kommunaler Regie.
- Keine weitere Ausdünnung des Nahverkehrs. Stattdessen einen leistungsfähigen ÖPNV.
- Dezentral organisierte Verwaltung statt Zentralisierung und weite Wege.
- Keine Schulschließungen – insbesondere der Grundschulen.
- Keine weitere Zentralisierung bei den Berufsschulen. Förderung mittelständischer und überbetrieblicher Ausbildungsplätze.

- Kein Abbau von Gesundheitseinrichtungen, sondern eine Stabilisierung und Ausweitung der ländlichen Gesundheitsversorgung.
- Hilfen beim Umstieg auf nachhaltig produzierende Landwirtschaft.
- Förderung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte.
- Unterstützung von Dorfläden durch die Kommunen.
- Gute, leistungsfähige Internetverbindungen.
- Ein Investitionsprogramm zur Aufwertung des Ostkreises: Zum Beispiel Sanierung historischer Bauten in Büdingen und Ortenberg, Stadtsanierungen, Dorfprogramme – aber auch Kulturförderung, Bibliotheken, Sportstätten, usw..
Das würde auch die Attraktivität für den Tourismus erhöhen.
- Es gibt Landkommunen, die den Zuzug von Geflüchteten als Chance sehen. In einigen Kommunen werden bereits in Deutschland lebende Geflüchtete gezielt angeworben. Migration kann eine Gemeinde wieder lebendig machen: Wohnraumleerstand wird abgebaut, das Handwerk belebt. Kulturelle Unterschiede bereichern eine Gemeinde. Das gemeinsame Leben vor Ort bringt Menschen zusammen: Kulturfeste, Chöre, Vereine, Kindererziehung, Arbeit, usw.

1.3 *Nicht akzeptabel: Armut in einem reichen Land*

„Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse“, sagt CDU-Kanzler Merz. „Das kann nicht so weitergehen.“ Und: „Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar“.

Doch es ist nicht die Altenpflegerin, die über ihre Verhältnisse lebt, wenn sie überlegt, ob sie das Heizöl bezahlen kann. Es ist nicht der Rentner, der sich mal einen Kaffee und ein Stück Kuchen leistet. Es ist nicht die alleinerziehende Mutter, die abwägen muss, ob sie ihre Miete und auch noch das Essen für den Monat bezahlen kann.

Während Millionen Menschen bei jeder Stromrechnung das Portemonnaie dreimal umdrehen müssen, jetten andere im Privatflugzeug zur Hochzeitsparty nach Sylt und geben 12.000 Euro jährlich für Haarpflege beim Star-Coiffeur aus. Unten wird gerechnet, ob es für Butter reicht. Oben werden Yachten, Villen und Wertpapiere gezählt.

Während die 130 deutschen Milliardäre im Jahr 2024 auf ein Vermögen von 534,2 Milliarden Euro kommen, leben 14 Millionen Menschen in Armut.

Während das Gesamtvermögen dieser Milliardäre in nur einem Jahr um 23 Milliarden Euro angewachsen ist – das sind 62 Millionen Euro täglich – diskutieren gut situierte Politiker darüber, wie man den Ärmsten das Existenzminimum von 563 Euro im Monat noch weiter kürzen kann.

Deutschland ist das viert reichste Land der Erde. Warum sollten wir uns die Sozialausgaben nicht leisten können?

Die absoluten Zahlen klingen sehr hoch. Doch man muss die Sozialausgaben im Vergleich zur Wirtschaftsleistung sehen. Unser Bruttoinlandsprodukt ist stetig gewachsen. Der Anteil der Sozialleistungen am BIP sind mit 48,2 Prozent über die Jahre hinweg weitgehend gleich geblieben. Im Verhältnis zu anderen Industrieländern liegt Deutschland bei der Staatsquote im Mittelfeld und sogar etwas niedriger als im Durchschnitt der EU-Länder. Von einem unaufhörlich wachsenden Staat kann also nicht Rede sein.

Wir leben über unsere Verhältnisse? Aber nicht, weil die Mehrheit sich zu viel gönnt. Sondern weil eine Minderheit von 800.000 Reichen glaubt, Anspruch auf alles zu haben – auf zig Immobilien, Millionenboni, unbegrenzte Rendite und drei Planeten. Eine Gesellschaft, die so lebt, lebt nicht nur über ihre Verhältnisse. Sie lebt gegen ihre Zukunft.

Und auch die exorbitante Aufrüstung Deutschlands muss bezahlt werden. Fragt sich nur von wem. Der Streit geht darum, ob die fehlenden Milliarden bei den Reichen oder den Armen zu holen sind. Ob Superreiche weiterhin von einer Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer verschont bleiben und dazu noch Steuererleichterungen erhalten. Oder ob die Armut in unserem Land weiter zunimmt, ob es mehr Kinderarmut, mehr Obdachlosigkeit und mehr Hunger geben soll.

Merz will mehr Armut. Als ehemaliger BlackRock-Manager will er seine reichen Freunde nicht mit Steuern belästigen. Er kündigt harte Einschnitte von 4,5 bis 5 Milliarden beim Bürgergeld an, weniger Wohngeldleistungen und deutliche Einschnitte bei den Renten. Das alles begleiten er und seine CDU mit Hetze und Diffamierungen gegen die ärmeren Bevölkerungsgruppen. Dies war den Rechten schon immer ein probates Mittel, ihre asoziale Politik durchzusetzen.

Der sozialen Spaltung in der Gesellschaft entgegenwirken!

Die Hetze gegen Sozialleistungsempfänger schürt Neid, Missgunst und spaltet die Gesellschaft. Dabei gibt es belastbare Zahlen, die ein ganz anderes Bild ergeben als das von den vermeintlich faulen Arbeitslosen:

Ein Drittel der 5,5 Millionen Bürgergeld-Beziehenden sind Kinder und Jugendliche. Über 800.000 Menschen arbeiten und stocken mit dem Bürgergeld ihren niedrigen Lohn auf. 1,7 Millionen Bürgergeld-Bezieher:innen könnten eine Beschäftigung aufnehmen. Davon sind jedoch viele ohne ausreichende Qualifizierung, durch gesundheitliche Probleme belastet, pflegen kranke/ behinderte Angehörige oder befinden sich in einer beruflichen Fort- und Weiterbildung.

Der Regelsatz reicht bei 72 Prozent der Menschen nicht für ein würdevolles Leben, bei vielen nicht einmal zum Sattwerden. Mehr als jeder Dritte verzichtet auf Essen, um andere notwendige Dinge bezahlen zu können. Dazu gehört in erster Linie die Miete. Mehr als die Hälfte der Eltern im Bürgergeld verzichten zugunsten ihrer Kinder auf Essen.

Rechte Politiker forderten monatelang lautstark harte Sanktionen gegen Leistungsberechtigte im Bürgergeld. Im Oktober 2025 wurde das Bürgergeld durch den Begriff „Grundsicherung“ ersetzt. Damit soll wohl herausgestellt werden, dass hilfebedürftige Menschen nicht als Bürger gelten und im Grunde keine Ansprüche an die Gesellschaft haben dürfen.

Was aber eigentlich beabsichtigt ist: Arbeitende Menschen sollen unter Druck gesetzt werden, jeden unterbezahlten Job anzunehmen. Doch statt mehr Sanktionen gibt es erfolgreichere Wege, Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Wer weniger Menschen im Sozialsystem haben möchte, der qualifiziert und fördert, sorgt für bessere Löhne durch ein Tariftreuegesetz, sorgt dafür, dass es versicherungspflichtige Arbeit gibt statt unterbezahlte Minijobs und erhöht den Mindestlohn. Denn der Staat zahlt jedes Jahr 7 Milliarden Euro für aufstockende Leistungen – um Löhne zu subventionieren, die zum Leben nicht reichen.

Wenn Merz umverteilen möchte, dann gibt es bessere Adressen als die Bezieher:innen von Sozialleistungen. Eine Vermögenssteuer könnte bis zu 120 Milliarden Euro jährlich einbringen. Also das 27-fache der geplanten Bürgergeld-Einsparungen. Die 380 Milliarden Euro, die inzwischen durch die ausgesetzte Vermögenssteuer verloren gingen, hätten das Bürgergeld für 7 bis 8 Jahre finanzieren können.

Der eigentliche Skandal der Bürgergeld-Debatte ist, dass es nie darum ging, den Haushalt zu sanieren, denn dafür reicht dieses Geld nicht. Es geht um das Festhalten an gesellschaftlichen Machtverhältnissen – und um eine Umverteilung von unten nach oben. Weil die Vermögen der einen mehr geschützt werden als die Menschenwürde der anderen.

Verschärfte Sanktionen und Verschlechterungen beim Bürgergeld dienen auch dazu, Druck auf Arbeitnehmer:innen auszuüben. So entsteht eine Drohkulisse,

die Menschen dazu zwingt, schlecht bezahlte Jobs zu behalten. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird hingenommen aus Angst vor dem Absturz in eine existenzgefährdende Lage. Die Verhandlungsmacht von Arbeitnehmer:innen insgesamt wird mit dieser Politik geschwächt.

Natürlich wissen wir: Für diese Problemlagen ist der Adressat die Bundespolitik und nicht der Wetteraukreis. Dennoch ist festzustellen: Wenn Superreiche keine Steuern zahlen, wächst auch die Armut in der Wetterau. Wenn Hunderte Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, fehlt das Geld in den öffentlichen Kassen. Das hat sowohl Auswirkungen auf den Kreishaushalt als auch auf die Sozialpolitik vor Ort. Es ist mehr als angebracht, über den regionalen Tellerrand zu schauen!

Sollten wir uns nicht die Frage stellen, welche Gesellschaft wir wollen? Wollen wir dass die Armut steigt, die soziale Spaltung zunimmt und Reiche immer reicher werden? Oder wollen wir eine solidarische und demokratische Gesellschaft, an der alle teilhaben können? Nicht zuletzt untergräbt Armut das Vertrauen in die Demokratie.

Armut im Wetteraukreis

Die Armutsquote in der Wetterau liegt seit einigen Jahren bei ca. 9 Prozent. Dabei ist nicht berücksichtigt, wie viele Menschen wegen überteuerter Mieten unter die Armutsgrenze rutschen. Armutsmindernd wirkte die Erhöhung des Mindestlohns und die Verbesserungen beim Wohngeld. Massiv von Armut betroffen sind junge Erwachsene, Alleinerziehende, Menschen über 65 Jahren, Migrant:innen und Erwerbslose.

Die Armutsschwelle liegt aktuell bei Alleinlebenden bei 1.381 Euro im Monat, für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern (unter 14 Jahre) bei 2.900 Euro. Diese Grenze orientiert sich an 60 % des mittleren Einkommens und steigt für Haushalte mit Kindern entsprechend an.

Durch die Inflation bei Grundnahrungsmitteln und Energiekosten ist bundesweit die Armutsquote auf 15,5 Prozent gestiegen, was 13 Millionen Menschen entspricht. Tendenz steigend. Auf die Wetterau wirkt sich die gute wirtschaftliche Situation im Rhein-Main-Gebiet glücklicherweise positiv aus.

Im Wetteraukreis benötigten 2024 etwa 16.500 Menschen Hilfe durch das Jobcenter.

Bürgergeld ist keine soziale Hängematte

Etwa ein Drittel der Beschäftigten in Deutschland arbeitet in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, was befristete Arbeitsverträge, Teilzeit, geringfügige

Beschäftigung oder Leiharbeit bedeutet. Diese Beschäftigungsformen sind am häufigsten in der Dienstleistungsbranche anzutreffen und betreffen überproportional oft Frauen, Geringqualifizierte und Migrant:innen.

Trotz der Einführung eines Mindestlohns³ reicht der Lohn in prekären Beschäftigungsverhältnissen kaum zum Leben. Die Menschen müssen beim Jobcenter bis zum Existenzminimum aufstocken.

Mit Hartz IV wurde 2010 ein Instrument geschaffen, Arbeitslose zu jeder noch so schlechten oder prekären Beschäftigung zu pressen. Dafür schuf man ein Sanktionssystem, das die Streichung von bis zu 100 Prozent der Sozialleistungen ermöglichte. Im November 2019 stoppte endlich das Bundesverfassungsgericht diesen Verfassungsbruch: Ein Existenzminimum kann man nicht streichen.

Hartz IV stand sehr berechtigt unter harscher Kritik: Es bekämpfe die Armen und Arbeitslosen statt Armut und Arbeitslosigkeit.

Das Bürgergeld hat Hartz IV ab dem 1. Januar 2023 abgelöst. Der neue Name entlastete die Bundesregierung zunächst von der Kritik.

Das Bürgergeld brachte einige Verbesserungen: Die Grundsicherung wurde 2024 um 12 Prozent angehoben⁴, es gibt eine einjährige Karenzzeit bei der Anrechnung von Ersparnissen und bei der Miete⁵ sowie verstärkte Möglichkeiten zur Weiterbildung und Umschulung. Die Leistungen sollten an die Inflation angepasst werden.

Doch schon 2025 gab es trotz steigender Lebensmittel- und Energiepreise keine Anpassung der Leistungen an die Inflation. Auch für 2026 wird derzeit eine Nullrunde beim Bürgergeld angekündigt. Die Bundesregierung plante bei Redaktionsschluss für den Herbst 2025 eine Verschlechterung aller Leistungen und will auch die Rückkehr zum System der Totalsanktionen. Wird das so umgesetzt, werden Armut, Kinderarmut und Wohnungslosigkeit enorm ansteigen. Denn sanktioniert werden auch die Mietzahlungen. Und auch die Beiträge an die Krankenkassen werden nicht mehr gezahlt.

Nach wie vor vermitteln die Jobcenter wenig in versicherungspflichtige Vollzeitarbeit. Nach wie vor begegnet das Jobcenter den betroffenen Menschen mit Misstrauen. Nach wie vor ist die Bearbeitungszeit sehr lang, und Leistungen werden verspätet ausgezahlt.

³ Ab 1. 1. 2025 – 12,82 Euro. Wenn es politisch nicht verhindert wird: ab 1. 1. 2026 – 13,90 Euro.

⁴ Für Alleinstehende stieg das Bürgergeld bei der letzten Erhöhung 2024 um 61 Euro auf 563 Euro. Mit Partnern zusammenlebende Erwachsene erhalten nun 506 Euro statt wie bisher 451 Euro.

⁵ Das heißt: Man muss nicht all sein gespartes Geld ausgeben, ehe man Leistungen erhält und nicht gleich aus der Wohnung ausziehen, wenn die Miete über der Mietobergrenze liegt.

Das ist besonders katastrophal, wenn der Einzug in eine Wohnung beantragt wird. Bürgergeld-Empfänger:innen können nämlich nicht einfach umziehen, sie brauchen die Zustimmung des Jobcenters, sonst werden keine Kautionsdarlehen und erst mal keine Miete gezahlt. Durch die lange Bearbeitungszeit gehen oft Mietangebote verloren, weil Vermieter dann einem anderen Bewerber zusagen.

Problematisch ist auch der Versuch, alle Kontakte digital einzufordern und direkte menschliche Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren. Das mag für die Sachbearbeitung gut sein. Doch viele Betroffene können ihre Angelegenheiten so nicht regeln – sie haben kein Geld für eine ausreichende Internetverbindung, sie sind in der Schriftsprache und Organisation nicht fit genug oder haben keinen leistungsstarken Computer/kein adäquates Handy. So werden Termine oder Mitwirkungspflichten verpasst und Sanktionen verhängt. Hier muss es dringend ein Umdenken geben: Digitale und analoge Zugänge sind gleichberechtigt beizubehalten. Die Jobcenter sind zur Beratung gesetzlich verpflichtet und müssen dieser Aufgabe auch nachkommen!

An dieser Stelle alle Probleme mit dem Bürgergeld aufzuschreiben, würde dieses Programm sprengen. Deshalb jetzt nur noch fünf wichtige Punkte in Kürze:

■ Es mehren sich politische Vorstöße mit dem Ziel, die Hürden für Sozialklagen zu erhöhen. Manche Richter weigern sich bereits, Fälle mit niedrigen Streitwerten zu behandeln. Dazu sind im Amtsgericht die Bearbeitungszeiten enorm lang. DIE LINKE. wendet sich energisch gegen die Einschränkung der Prozesskostenhilfe oder eine Streitwerthürde. Auch Menschen mit niedrigem Einkommen muss der Zugang zum Rechtssystem offen stehen.

■ Für Leistungsberechtigte werden seit 2011 keine Rentenbeiträge mehr entrichtet. Dies führt – selbst bei früher erworbenen Rentenansprüchen – zu Altersarmut und weiterer Abhängigkeit von Sozialleistungen.

■ Der Datenschutz muss auch für Bürgergeldberechtigte gelten. Das Jobcenter verlangt zum Beispiel Mietbescheinigungen, die dem Vermieter offenbaren, dass jemand Leistungsbezieher ist. Das Sozialamt stellt Bescheide aus, die dem Heizöllieferanten vorgezeigt werden sollen.

■ Die Verwaltungskosten der Jobcenter waren in den letzten Jahren immer höher als geplant. Hunderte Millionen Euro aus der Eingliederungshilfe wurden in die Verwaltung umgeschichtet und fehlen damit für konkrete Hilfen. Überbordende Bürokratie und eine ausgeprägte Misstrauenskultur kosten viel Geld.

■ Das Jobcenter ist gesetzlich verpflichtet, die Leistungsberechtigten zu beraten. Diese Pflicht wird oft missachtet. Die Hilfesuchenden erhalten keine Informationen über Fristen, Zuständigkeiten, weiterführende Hilfsangebote usw. Für Hilfe-

suchende ohne ausreichende Deutschkenntnisse stehen kaum Dolmetscherdienste zur Verfügung.

Der Wetteraukreis ist gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Träger des Jobcenters. Wie die gesetzlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden, hängt maßgeblich von der Sozialpolitik im Kreis ab.

Dafür steht *DIE LINKE*:

- Arbeitsvermittlungen des Jobcenters in prekäre Beschäftigungsverhältnisse lehnen wir strikt ab. Ebenso die als „Förderung“ getarnte Lohnsubventionierung aus Steuermitteln für Betriebe. Tarifgesicherte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst, im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich.
- Berufliche Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen statt fragwürdiger Bewerbungstrainings bei privaten Bildungsträgern. Qualifizierte Sprachkurse für Leistungsberechtigte ohne ausreichende Deutschkenntnisse.
- Leichte Sprache für alle Veröffentlichungen des Wetteraukreises.
- Kein repressiver Umgang mit Hilfesuchenden beim Jobcenter und Sozialamt. Die gesetzlich gesicherten Hilfen dürfen nicht eigenmächtig unterschritten werden.
- Es ist sicherzustellen, dass die Mitarbeiter:innen des Jobcenters die Leistungsberechtigten menschenwürdig behandeln und in der gesetzlichen Beratungspflicht nachkommen. Es darf kein Druck auf die Mitarbeiter:innen der Jobcenter ausgeübt werden, möglichst wenig Leistungen zu gewähren.
- Es darf nicht nur digitale Kontakte geben. Persönliches Vorsprechen muss möglich sein. Ein gesicherter Dolmetscherdienst für Beratungen bei Jobcenter und Sozialamt.
- Das Personal des Jobcenters muss fachlich und psychologisch gut ausgebildet, die Qualifizierung der Mitarbeiter:innen regelmäßig und verpflichtend sein.
- Keine Sanktionen. Bürgergeld ist das Existenzminimum und kann nicht unterschritten werden.
- Der Wetteraukreis muss die Benachteiligung von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft beenden!

- Erarbeitung eines qualifizierten Mietspiegels, der die Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt abbildet. Wesentliche Erhöhung der Mietobergrenzen.
- Keine Aufforderung zum Umzug, wenn die aktuelle Miete die Mietobergrenze um einen Bagatellbetrag von 50 Euro überschreitet.
- Übernahme der real entstandenen Heizkosten durch Jobcenter und Sozialamt.
- Einführung eines Sozialtarifs für Strom. Keine Stromsperrung bei Zahlungsverzug! Ein Zuschuss zur Neubeschaffung energieeffizienter Elektrogeräte.
- Einrichtung einer kreiseigenen Schuldnerberatungsstelle und Unterstützung der Schuldnerberatungsstellen karitativer Vereine. Keine privatwirtschaftlichen Beratungsstellen!
- Kostenübernahme für die Krankenversorgung bei den gesetzlichen Krankenkassen für Menschen, die aus dem Versicherungsschutz gefallen sind.
- Entrichtung von Rentenbeiträgen auch bei Bürgergeld.

1.4 Für einen Wetterauer Sozialpass

Viele einkommensschwache Haushalte und Einzelpersonen sind von weiten Teilen des öffentlichen Lebens abgeschnitten. Der Besuch eines Museums, eines Sport- oder Kulturereignisses oder auch die Fahrkarte, um Familie, Freunde und Bekannte besuchen zu können, sind oft nicht bezahlbar. Mit der Einführung eines Sozialpasses könnte der Wetteraukreis auch armen Menschen eine Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen. Auf Antrag der Linken im Kreistag wurden die Kosten für einen Sozialpass auf 3,5 Millionen kalkuliert. Es handelt sich also keineswegs um ein unfinanzierbares Hirngespinnst. Positive Beispiele gibt es bereits in vielen Städten und Landkreisen.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Einführung eines Sozialpasses (Vergünstigung bei öffentlichen Einrichtungen) für Personen mit geringem Einkommen (Leistungsberechtigte für Bürgergeld, Sozialhilfe, Wohngeld, Kinderzuschlag). Der Sozialpass wird diesen Personen kostenlos zur Verfügung gestellt. Er soll die kostenfreie Nutzung des ÖPNV im Kreis

sowie deutliche Ermäßigungen beim Besuch von Museen, Schwimmbädern, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie Kursen der Volkshochschule beinhalten. Mit der OVAG soll ein Sozialtarif für Strom verhandelt werden.

1.5 *Öffentlich ist Wesentlich!*

Gesundheitsversorgung in der Wetterau

Mit dem Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) gibt es im Landkreis eine breite Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, vor allem im Westkreis.

Im Ostkreis hat sich die Versorgung verschlechtert. Denn 2024 wurde in Büdingen das private Mathilden-Hospital geschlossen. Das Krankenhaus warf für den Eignerkonzern Bergmann Clinics nicht genug Profit ab. So entledigte sich der Konzern teurer stationärer Sparten, wie etwa der Chirurgie, der Inneren Medizin, der Intensivstation. Die Klinik wurde in ein ambulantes Medizinisches Versorgungszentrum umgewandelt. Das heißt: Fachärzte praktizieren dort an bestimmten Tagen und kleinere, ambulante, operative Eingriffe werden angeboten. Für alle schwereren Erkrankungen muss ein öffentliches Krankenhaus in der weiteren Umgebung aufgesucht werden.

Zudem entstand ein Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Psychotherapie, das stationär und ambulant arbeitet, sowie eine Tagesklinik betreibt.

Ambulante medizinische Einrichtungen ermöglichen mehr Gewinne, weil sie weniger Kosten erzeugen. Und auch mit psychiatrischen Einrichtungen lässt sich mehr verdienen, als mit einer stationären Vollversorgung.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte: Die Büdinger Klinikschließung hat ihn erbracht. Privatisierte Gesundheitseinrichtungen garantieren die Versorgung vor Ort nicht. Sie bewerten ein Krankenhaus nicht nach seiner Notwendigkeit für die Bevölkerung, sondern nach der Höhe der Rendite für die Aktionäre. Und die Hessische Landesregierung, die eigentlich für eine flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern zuständig ist, hat keine Handhabe, einer Privatklinik die Schließung ihres Betriebs zu verbieten.

DIE LINKE. lehnt Privatisierungen im Gesundheitssektor kategorisch ab. Auch die Pläne der Hessischen Landesregierung, aus allen öffentlichen Gesundheitseinrichtungen möglichst große Gesundheitskonzerne zu bilden, verurteilen wir. Gesundheit ist keine Ware! Der Markt sichert keine breite Gesundheitsversorgung.

Kommunale Krankenhäuser sind ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher hat die linke Kreistagsfraktion auch in Falle des Gesundheitszentrums Wetterau alle Überlegungen zu einer Privatisierung abgelehnt. Wir sind gegen Privatstationen, wie das geplante GZW-Plus. Und wir lehnen Fusionierungen mit benachbarten Kreiskrankenhäusern ab, wenn sie dem Gemeinnützigkeitsgebot widersprechen: Bei den bisherigen Sondierungen mit der Lahn-Dill-Klinik Wetzlar oder den Hochtaunus-Kliniken, stand die Umwandlung von einer gGmbH zu einer GmbH zur Debatte. Die Abschaffung der Gemeinnützigkeit ist mit uns nicht zu machen.

Für eine wohnortnahe und leistungsfähige Gesundheitsversorgung

Der Kreistag hat am 18. September 2024 eine folgenschwere Entscheidung getroffen: Der Wetteraukreis kaufte rückwirkend zum 1. 1. 2024 die Anteile der Stadt Bad Nauheim am Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) für nur eine Million Euro. Bad Nauheim sah sich nicht mehr in der Lage, genug finanzielle Mittel für das GZW aufzubringen. Damit hält der Kreis 91,51 Prozent des GZW. Die Stadt Gedern hat noch einen Anteil von 9,21 Prozent und die vitos GmbH hält 0,89 Prozent der Anteile.

Eine Million – das hört sich wenig an. Doch mit dieser Übernahme gehen noch weitere Vereinbarungen einher, die sich auf insgesamt rund 40 Millionen Euro summieren. Dabei ist der größte finanzielle Brocken eine zweckgebundene Zuwendung von 30 Millionen Euro, die dem GZW zur Verfügung gestellt werden soll. Diese 30 Millionen fehlen noch für die Fertigstellung der Baumaßnahmen am Hochwaldkrankenhaus. Immerhin muss das Geld nicht sofort aufgebracht werden. Diese Mittel verteilen sich im Haushalt auf mehrere Jahre.

Das GZW ist ein kleiner Gesundheitskonzern. Dazu gehören das Hochwaldkrankenhaus und die Diabetes-Klinik in Bad Nauheim, das Bürgerhospital, die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie und das Dialysezentrum in Friedberg, die psychiatrischen Tageskliniken in Bad Salzhausen und in Bad Vilbel, ein medizinisches Versorgungszentrum in Gedern, das Kreiskrankenhaus und das Dialysezentrum in Schotten. Es gibt noch einige Beteiligungen, wie die Gourmet-Werkstatt oder das Ausbildungszentrum Theodora-Konitzki-Akademie.

Im Vergleich mit den großen Gesundheitskonzernen ist das GZW klein. Der Wetteraukreis ist öffentlicher Träger und damit zuständig für Betrieb und Bewirtschaftung des GZW. Schon bisher war der Kreis für den Rettungsdienst sowie für den Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung (Gesundheitsamt) zuständig. Für einen Landkreis sind diese Aufgaben ambitioniert.

Denn eigentlich sind die Bundesländer nicht nur weiterhin für die Krankenhausplanung verantwortlich, sondern auch für die stationäre Versorgung und den öffentlichen Gesundheitsdienst. Es ist gesetzlich geregelt, dass Investitionskosten, wie zum Beispiel Neubauten oder neue Geräte und auch Betriebskosten durch die Bundesländer finanziert werden. Wo also ein Krankenhaus gebaut, erweitert oder geschlossen wird, entscheidet demnach das Land Hessen und finanziert diese Investitionsmaßnahmen. Auch für die Sicherstellung einer flächendeckenden stationären Versorgung sind die Länder zuständig. Wenn Krankenhausschließungen oder Krankenhausinsolvenzen zu Lücken in der stationären Versorgung führen, ist es also Aufgabe der Länder, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Trotz dieser gesetzlichen Verpflichtung gehen die Investitionen der Bundesländer in die Krankenhausfinanzierung seit Jahren zurück. So sank die Investitionsquote der Länder von 25 Prozent im Jahr 1972 auf nur noch etwa 3 Prozent im Jahr 2021. Das führt dann dazu, dass das Land Hessen bezüglich des Büdinger Mathilden-Hospitals einfach erklärt, die Versorgung der Bevölkerung leide durch die Schließung nicht.

Auch der Bund kommt seinen Aufgaben nicht ausreichend nach. Eigentlich gibt es ein Krankenhausfinanzierungsgesetz, und das fordert die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser ein, um die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen – was aber immer weniger der Fall ist.

Auch das GZW leidet unter der Unterfinanzierung durch Bund und Land und unter der Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Wenn heute 80 Prozent der Kliniken unterfinanziert sind und fast 70 Prozent der Krankenhäuser ihre Existenz gefährdet sehen, ist diese Übernahme des GZW für den Wetteraukreis ein mutiger und bedeutender Schritt!

Andererseits kostet das den Kreis sehr viel Geld. Auch das GZW gehört zu den unterfinanzierten Gesundheitseinrichtungen. Jetzt muss sich der Wetteraukreis als fast alleiniger Krankenhausträger um die fehlenden 30 Millionen Baufinanzierung und auch um zukünftige Defizite kümmern.

Das ist auch der Grund, warum DIE LINKE. Kreistagsfraktion beantragt hatte, dass sich der Wetteraukreis bzw. das GZW an der Klage des Kreiskrankenhauses Groß-Gerau beteiligen sollte, was leider nicht mehrheitlich beschlossen wurde. Die Kreisklinik Groß-Gerau und zahlreiche unterstützende Kliniken wollen den Bund zur Einhaltung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes drängen und haben geklagt. Noch ist die Klage nicht entschieden.

Wir Linke sehen es als wichtigste Aufgabe an, die Gesundheitsversorgung nicht privaten Gesundheitskonzernen oder Trägern zu überlassen. Deswegen sehen wir es zunächst positiv, dass der Wetteraukreis große Anstrengungen auf sich nimmt, das GZW zu unterstützen und damit abzusichern. Dass es weiterhin eine

leistungsfähige gemeinwohlorientierte Gesundheitseinrichtung gibt – das wäre natürlich gut. Wir sehen aber auch die Gefahren, wenn in Zukunft weiterhin weder die kommunalen Haushalte noch die Gesundheitseinrichtungen von Bund und Land ausfinanziert werden. Der Wetteraukreis allein ist kaum in der Lage, dauerhaft Millionenbeträge locker zu machen. Und was passiert dann? Bundesweit werden Privatisierungen und eine private ärztliche Versorgung angestrebt. Es ist eine grundsätzliche Zukunftsfrage, wie sich unser Kreis, unsere Region, gegen ein exklusives, überwiegend privatwirtschaftlich organisiertes Gesundheitssystem wehren kann.

Grundlegend ist für DIE LINKE. eine wohnortnahe, leistungsfähige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Das ist ein essentieller Bestandteil der Daseinsfürsorge. Schaut man sich die Folgen von Krankenhausprivatisierungen in Hessen an – zum Beispiel beim Uniklinikum Marburg Gießen – sollte eigentlich jedem klar sein, dass dies nur sichergestellt werden kann, wenn Gesundheitseinrichtungen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben. DIE LINKE. Wetterau steht für eine strikte Orientierung am Gemeinwohl.

Gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne, gute Gesundheitsversorgung!

Ein Krankenhaus ist nicht irgendein Arbeitsplatz. Auf keinen Fall darf der steigende Kostendruck, der vor allem durch die Fehler in der Bundespolitik entsteht und an die kommunalen Haushalte weitergereicht wird, auf den Schultern des Pflegepersonals und der Klinikärzte ausgetragen werden. Diese Menschen arbeiten bereits an ihrer Belastungsgrenze.

Auch die Patienten in den Krankenhäusern leiden unter den schlechten Arbeitsbedingungen des Personals. Personalmangel und Arbeitsüberlastung führen zu weniger Zeit für die individuelle Betreuung und einer sinkenden Behandlungsqualität. Die hohe Belastung des Pflege- und medizinischen Fachpersonals wirkt sich somit direkt negativ auf die Patientenversorgung und die Patientensicherheit aus.

Die Arbeitsbedingungen und die Löhne müssen dieser verantwortungsvollen Tätigkeit gerecht werden. Statt fehlendes Personal im Ausland abzuwerben und damit die dortige Gesundheitsversorgung zu schwächen, braucht es Verbesserungen für die Beschäftigten im Gesundheitssystem. Und es muss mehr für die Ausbildung getan werden.

Für eine solidarische Bürger:innenversicherung

Wenn das Gesundheitssystem kaputt gespart und privatisiert wird, trifft das besonders einkommensschwache Menschen. Deshalb steht DIE LINKE dafür, dass die jetzige „Zweiklassenmedizin“ durch eine „solidarische Bürger:innenversicherung“ ersetzt wird. Dieses Konzept sieht eine Krankenkasse für alle vor, ohne Wahlmöglichkeiten. Alle Bürger sollen dort versichert und gleich gut versorgt werden.

Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollen mit allen Einkommensarten in diese Kasse einzahlen. Die bisherige Beitragsbemessungsgrenze soll künftig abgeschafft werden. Kinder sollen kostenlos versichert sein.

Bei Einkommen aus Löhnen und Gehältern soll der Arbeitgeber wieder die Hälfte der Beiträge zahlen, bei Renten soll die Rentenversicherung die Hälfte des Beitrags übernehmen. Wer kein Einkommen hat, bezahlt auch keine Beiträge, ist aber trotzdem versichert.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Der Wetteraukreis muss sich für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung stark machen. Beteiligung an der Klage, mit der das Krankenhaus Groß-Gerau die Einhaltung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes einfordert: Wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, um die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen.
- Keine Fusion des Gesundheitszentrums Wetterau mit Kliniken der Nachbarkreise, wenn dadurch aus der gemeinnützigen gGmbH eine GmbH wird.
- Privatisierungen im Gesundheitsbereich lehnen wir grundsätzlich ab. Keine Privatklinik innerhalb des GZW. Keine Verwendung von Steuergeldern für ein privates GZW-Plus.
- Sicherstellung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung (Haus- und Fachärzte, Hebammen, Therapeuten, usw.).
- Frauengesundheitsversorgung ausbauen! Wieder eine Geburtsstation im Ostkreis schaffen.
- Kinder- und Jugendpsychiatrische Einrichtungen dezentral aufbauen.
- Menschliche Arbeitsbedingungen für alle Fachkräfte im Pflegebereich und angemessene Löhne.

Weg vom Profitprinzip: Pflegenotstand stoppen!

Das Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen: Der demografische Wandel erfordert mehr Pflegekräfte und Pflegestellen. Die Klimaveränderungen, mit zukünftig sehr heißen Sommern, werden gesundheitliche Folgen haben. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind hierauf nur unzureichend vorbereitet.

Um dieser Problematik zu begegnen, darf der Zugang zu Gesundheit und Pflege nicht vom Geldbeutel der Versicherten abhängig sein.

Es braucht eine ausreichende Versorgung der Patienten in öffentlichen Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Die zunehmende Privatisierung lehnen wir ab! Private Einrichtungen streben nach Gewinnen und versuchen, mit den kranken und pflegebedürftigen Menschen und auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen ihre Profite zu realisieren. Wir fordern die Stärkung und Etablierung von Pflege- und anderen Gesundheitseinrichtungen in öffentlicher / kommunaler Trägerschaft.

Bei einer Privatisierung steht nicht der Mensch im Mittelpunkt, sondern die Rendite. Hierzu sagen wir als DIE LINKE deutlich NEIN!

Wir stehen für verbindliche Tarifverträge für alle Beschäftigten, einen steigenden Pflegemindestlohn und die Einführung eines gesetzlichen Personalschlüssels. Wir fordern eine menschliche Pflege. Pflegekräfte müssen ausreichend Zeit für pflegebedürftige haben sowie eine abwechslungsreiche Betreuung von alten oder behinderten Menschen leisten können.

Des Weiteren setzen wir uns für eine ausreichende sachliche und finanzielle Unterstützung pflegender Angehöriger ein.

Die Etablierung von Gemeindepflegekräften zur ausreichenden Versorgung älterer Menschen im ländlichen Raum muss verbindlich erfolgen.

Der Ausbau von Pflegestützpunkten ist zu forcieren, eine wohnortnahe Beratung der pflegebedürftigen und deren Angehöriger ist nötig.

Der Ausbau und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, u.a. auch die fachärztliche Versorgung in stationären Einrichtungen, ist für uns ein wichtiges Ziel. Pflegefachkräfte und andere an der Pflege und Betreuung beteiligte Kräfte arbeiten jetzt schon an ihren Grenzen und oft darüber hinaus. Pflegeberufe müssen aufgewertet und besser bezahlt werden, um mehr Fachkräfte für die Pflege zu gewinnen.

Angehörige, besonders Frauen, leisten den Großteil der Care-Arbeit. Ohne die Leistung in den Familien ist eine Versorgung der meisten alten oder behinderten Menschen und auch von kranken und behinderten Kindern nicht zu gewährleisten. Dies muss in der Gesellschaft gesehen und anerkannt werden. Hier braucht es

dringend flächendeckende Angebote zur Entlastung und Unterstützung für die pflegenden Angehörigen.

Das will **DIE LINKE**.:

- Schaffung kommunaler Altenhilfeträger, ohne Profitstreben und Gewinnmaximierung.
- Keine Profitorientierung im Gesundheitswesen und in der Pflege.
- Mehr Pflegekräfte und gute Bezahlung.
- Gemeindepflegekräfte zur ausreichenden Versorgung älterer und behinderter Menschen im ländlichen Raum.
- Privatisierungsstopp und Rückführung von Pflegeeinrichtungen in nicht profitorientierte Trägerschaft.
- Anerkennung und Ausbau von Leistungen der häuslichen Pflege.

1.6 Bildung und Kultur

Bildung und Kultur sind neben sozialer Gerechtigkeit entscheidend dafür, dass sich auch zukünftig die Menschen in unserer Region entfalten können und zu einem gemeinschaftlichen Miteinander finden.

Bei öffentlichen Bildungsangeboten müssen neben fachlichen und sprachlichen Kenntnissen zentrale Werte wie Mitmenschlichkeit und Toleranz sowie die musisch-künstlerische Erziehung einen breiten Raum einnehmen.

Öffentliche staatliche Schulen und Bildungseinrichtungen

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass schulische Bildung prinzipiell von der öffentlichen Hand getragen werden muss! Nur so kann Chancengleichheit für alle Schüler:innen, ungeachtet Ihrer sozialen Herkunft, gewährleistet werden.

Aus diesem Grund lehnen wir auch die staatliche finanzielle Unterstützung von Privatschulen grundsätzlich ab – auch wenn wir damit den Nutzen einer Vielfalt unterschiedlicher pädagogischer Ansätze nicht in Abrede stellen wollen.

Fortschrittliche Konzepte müssen aber in öffentlichen Schulen angeboten werden, damit sie nicht nur Kindern finanzstarker Eltern vorbehalten bleiben.

Die Schule der Zukunft muss eine Ganztagschule und eine Gesamtschule sein:

Eine Schule für Alle!

Seit einigen Jahren investiert der Wetteraukreis als Schulträger Millionen in die Sanierung seiner Schulen. Mit einem Investitionsprogramm des Landes wurde das ermöglicht. Das ist auch dringend notwendig, weil lange nichts getan worden war. Weiterhin wird eine hohe Schulumlage von den Städten und Gemeinden erhoben. Viele Kommunen tragen auch einen Teil der Kosten als freiwillige Leistung mit. DIE LINKE. fordert seit Jahren ein staatliches Investitionsprogramm zur Sanierung der Schulen. Landkreise und kreisfreie Städte sind damit finanziell überfordert.

Niemanden zurücklassen!

Sozial oder gesundheitlich isolierten Schülern muss eine weitreichende gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Dazu bedarf es nicht nur der Solidarität in der Gesellschaft, sondern auch einer ausreichenden Finanzierung.

Als während der Corona-Zeit die Schulen geschlossen waren, zeigte sich, dass Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Haushalten bei einer digitalen Versorgung mit Unterrichtsmaterial oft abgehängt wurden, weil sie zuhause nicht das nötige Equipment hatten.

Auch zukünftig wird der digitale Zugang zu Wissen und Informationen Bestandteil von Bildung sein. Die Schulen müssen in der Lage sein, digitale Technik für den Gebrauch zur Verfügung zu stellen – für alle Schüler:innen.

DIE LINKE. ist nicht für digitale Medien in der Grundschule. Dort müssen die Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie beachtet werden: Kinder lernen über „begreifen“ und Bewegung, ihre Wahrnehmung auszubilden und zu abstraktem Denken zu gelangen. In den höheren Klassen braucht es jedoch eine solide digitale Bildung hin zur Medienkompetenz. Eine unkritische Nutzung digitaler Medien birgt die Gefahr von Sucht und Manipulation. Für die höheren Klassen und vor allem für die Berufsbildenden Schulen ist die Arbeit mit Medien auf der Höhe zeitgemäßer technischer Entwicklung unabdingbar.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt Gleichheit in Bildung und Arbeitswelt. Doch bisher wurden für Kinder mit Behinderung keine zufriedenstellenden Verbesserungen erreicht. Noch immer gibt es kein landesweites bindendes Gesamtkonzept für die schulische Inklusion. Jeder Kreis entwickelt eigene Vorstellungen, die nicht zuletzt von seiner Finanzkraft abhängen. Die hessische Landesregierung sieht Inklusion eher als Sparmodell.

Auch Berufsorientierung und Berufsausbildung müssen Teil einer inklusiven Bildung sein!

Zwar erhalten berufsvorbereitende Lehrgänge an Berufsschulen Unterstützung

von den Beratungs- und Förderzentren, doch in der Berufsausbildung hört dann die Förderung auf. Der Start in die Arbeitswelt ist oft nicht inklusiv.

Nicht zuletzt ist auf die schlechten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten hinzuweisen. Jugendlichen stehen im Wetteraukreis nicht genug Ausbildungsplätze zur Verfügung. Besonders sozial benachteiligte Schüler:innen benötigen ausbildungsbegleitende Hilfen. In strukturschwachen Gebieten, wie dem Ostkreis, muss sich Kreispolitik für überbetriebliche Ausbildung engagieren und mit Betrieben über Ausbildungsmöglichkeiten verhandeln.

Im Wetteraukreis wurden von fünf Förderschulen drei aufgelöst. Beratungs- und Förderzentren betreuen und unterstützen stattdessen Kinder mit Förderbedarf an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen. Eine flächendeckende, wohnortnahe, inklusive Beschulung gibt es nicht. Die Anzahl der Förderstunden entspricht nicht annähernd der Stundenzahl, die früher in den Förderschulen zur Verfügung stand. Im Schulausschuss des Kreistags konnte DIE LINKE. Fraktion nicht erfahren, wie viele inkludierte Kinder zu einem Schulabschluss gelangen. Über Erfolg, bzw. Misserfolg der Spar-Inklusion wird dezent geschwiegen.

Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit emotionalen Problemen – z. B. die Kleinklassen für Erziehungshilfe – wurden eingestellt. Verhaltensprobleme müssen sozusagen „nebenbei“ mit bearbeitet werden. Derzeit ist eine vermehrte Psychiatisierung zu beobachten, und die Zahl der Schüler:innen steigt, die als unbeschulbar gelten.

Vielfältige Kulturlandschaft

Museen, Theater, Chöre, Orchester, Bibliotheken, Werkstätten, Gedenkstätten, Kulturveranstaltungen und Erwachsenenbildung im Kreis und in den Gemeinden sind wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Es gilt daher, diese zu erhalten, auszubauen und für alle sozialen Schichten, für jung und alt, interessant und zugänglich zu machen.

Die Museen im Wetteraukreis müssen erhalten werden. Nicht nur, weil sie für Touristen interessant sind, sondern weil sie die Identifikation mit unserer Region fördern, die Geschichte zugänglich und kulturelle Vielfalt sichtbar machen.

DIE LINKE. hat sich im Kreistag für die finanzielle Förderung des Kunstgussmuseums Hirzenhain und das 50er-Jahre Museum in Büdingen eingesetzt. Aber auch die anderen Museen – selbst das Wetteraumuseum in Friedberg – leiden an Unterfinanzierung. Es reicht nicht, das renommierte Glauburgmuseum zu fördern, das sowieso mit Landesmitteln ausgestattet ist.

Es reicht nicht, die Burgfestspiele in Bad Vilbel finanziell zu sichern, aber kleine Theater und (internationale) Kulturvereine finanziell zu vernachlässigen.

Die Förderung der Wetterauer Musikschulen muss der Kreis deutlich aufstocken. Nach dem Herrenberg-Urteil stiegen die Personalkosten, weil alle Musikschullehrer:innen versicherungspflichtig eingestellt werden müssen. Die Musikschule Friedberg kann zum Beispiel ohne einen höheren Zuschuss keine Sozialtarife mehr anbieten. Das ist natürlich fatal! Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, ein Instrument zu lernen!

Kulturelle Vielfalt bringt die Menschen zusammen, festigt den sozialen Zusammenhalt und wirkt dadurch gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Kulturelle Vielfalt ist keine Nebensache und kein Luxus!

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Keine Privatisierung – in welcher Form auch immer – von öffentlichen Einrichtungen der Kultur und Erziehung.
- Beschäftigung qualifizierter Pädagoginnen und Pädagogen und gut ausgebildetem Fachpersonal für den technischen Support und die Verwaltung in ausreichender Zahl in den Schulen und vorschulischen Einrichtungen. Keine Beschäftigung von unqualifiziertem Personal, prekär beschäftigten fachfremden Personen und keine Minijobs mit Minilöhnen.
- Ausreichende finanzielle Zuweisungen vom Land Hessen an den Wetteraukreis als Schulträger. Bildung ist Landessache. Die Kommunen müssen bei der Schulumlage entlastet werden!
- Maßnahmen, die „UN-Konvention für die Rechte der Behinderten“ umzusetzen, dürfen nicht zu einer Kürzung der Förderangebote führen. Besondere Förderangebote für gesundheitlich oder soziale isolierte Schüler:innen sind zu erhalten oder wohnortnah zu schaffen. Keine Schwerpunktschulen für inklusive Bildung, sondern gemeinsames Lernen bis mindestens zur sechsten Klasse. Keine kostensparende Unterbringung ohne ausreichende Förderung beeinträchtigter Schüler:innen in allgemeinbildenden Schulen oder anderen Einrichtungen, getarnt als „Inklusion“.
- Schulen müssen wohnortnah sein – auch bei sinkenden Schülerzahlen. Die Klassenstärken sind dann zu reduzieren.
- Ausbau und Einrichtung weiterer Ganztagschulen. Darunter verstehen wir echte Ganztagschulen und nicht bloß Nachmittagsangebote. Eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung, Sport und die musisch-künstlerische Entfaltung sind zu gewährleisten. Eine gezielte und qualifizierte Förderung muss bestehende Bildungsdefizite ausgleichen.

- Sinnvolle Freizeitangebote am Nachmittag.
- Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen müssen angemessen bezahlt werden, wie es ihrer Ausbildung und den gestiegenen Anforderungen an ihre Arbeit entspricht.
- Ausreichende öffentliche Förderung der Musikschulen.
- Keine Bundeswehr an Schulen! Keine Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr!
- Ausreichend finanzielle Mittel zum Erhalt, zur Ausstattung und – wo notwendig – zum Neubau von Kinder- und Jugendeinrichtungen.
- Verringerung der Gruppenstärke in den Kindergärten und Kinderhorten, um eine optimale Betreuung zu gewährleisten.
Bessere Bezahlung der Erzieher:innen.
- Erhalt der Berufsschulstandorte im Wetteraukreis mit einem möglichst breiten Angebot. Statt den Trend zu verstärken, zentral verschulten Blockunterricht zu erteilen, sollten wohnortnahe Lehrgänge stattfinden.
- Überbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten sollen besonders im Ostkreis unterhalten werden – in Zusammenarbeit mit Handwerksverbänden und Berufsschulen, unterstützt mit pädagogischen Begleitmaßnahmen.
- Die Schülerbeförderung muss bedarfsgerecht und kostenlos für alle Klassenstufen und Schulformen angeboten werden.
- Neubau von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen grundsätzlich nach ökologischen Gesichtspunkten – erneuerbare Energien und Energieeffizienz als feste Bestandteile baulicher Veränderungen.
- Keine Zwangsumlagen zulasten der Wetterauer Kommunen und des Kreises zur Finanzierung spektakulärer Events der Stadt Frankfurt.
- Die Volkshochschule Wetterau soll den Anspruch einer Bildungseinrichtung zur Volksbildung erfüllen und entsprechend finanziell ausgestattet werden. Das Angebot der Volkshochschule muss breit und wohnortnah sein. Volksbildung ist Erwachsenenbildung, die weit über das derzeitige Angebot hinaus reicht. Persönliche Weiterbildung und gesellschaftspolitische Themen gehören ins Kursprogramm, so auch Demokratie fördernde, antifaschistische, antimilitaristische und antirassistische Themen.
VHS Deutschkurse für Migranten und Flüchtlinge müssen immer gebührenfrei sein.

1.7 Sportstätten erhalten, sanieren und ausbauen

Kein Verkauf, keine Luxus-PPP-Projekte!

Sport vermittelt Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness. Er kann Vorurteile abbauen und Menschen verbinden.

Die große Mehrheit aller ehrenamtlich Aktiven engagiert sich im Bereich des Sports. Bewegung und Sport sind ein wichtiger Bestandteil für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit aller Menschen.

Seine positiven Auswirkungen auf die gesundheitliche Rehabilitation sowie die Förderung von Menschen mit Behinderungen sind unbestritten.

Doch viele Sportplätze, Leichtathletikanlagen und Umkleidegebäude in der Wetterau müssten dringend saniert werden. Nach EU-Vorgabe muss Kunstrasen ausgetauscht werden.

Hessen fördert die Sanierung von Sportstätten im Rahmen verschiedener Programme, darunter das Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen“ und das Programm „Vereinseigener Sportstättenbau“. Leider reicht das noch nicht. Und angesichts klammer kommunaler Kassen ist zu befürchten, dass auch zukünftig der Investitionsstau nicht aufgelöst werden kann.

Viele der dringendsten Arbeiten werden dann ehrenamtlich und auf eigene Kosten ausgeführt. Während beim Spitzensport große Summen fließen, sind die heimischen Sportstätten oft in einem traurigen Zustand.

Breitensport statt Luxusbäder

In Hessen sind fast 60 Prozent der Zehnjährigen – das sind Schüler:innen der vierten Klasse – keine sicheren Schwimmer. Jedes fünfte Kind kann überhaupt nicht schwimmen. Das zeigt eine Forsa-Umfrage von 2022.

Ein zentraler Grund für die wachsende Zahl der Nichtschwimmer ist neben dem Mangel an Schwimmlehrern auch die geringe Anzahl an Schwimmmöglichkeiten. Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DRLG) und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) warnen schon jahrelang vor dieser Entwicklung. Trotz besserer Förderung durch die Hessische Landesregierung ist die Zahl der Schwimmbäder eher zurückgegangen als angewachsen. Auch bei uns im Wetteraukreis gibt es nicht genug Schwimmbäder, in denen alle Grundschulklassen unterrichtet werden könnten. So ist Schwimmunterricht als Schulunterricht oft nicht möglich.

Und noch etwas zeigt die Forsa-Umfrage: Kinder aus einkommensschwachen Elternhäusern können deutlich seltener schwimmen. Viele von ihnen haben nie

oder kaum ein Schwimmbad betreten. Der Besuch eines Bades außerhalb des Schulunterrichts ist für diese Familien ein Luxus – auch ein ermäßigter Eintritt muss bezahlt werden. Badesachen sind teuer. Findet in der Schule kein Schwimmunterricht statt, sind diese Kinder ausgeschlossen.

Es muss viel mehr passieren, um den schulischen Schwimmunterricht sicherzustellen. Statt Thermenlandschaften für betuchte Kund:innen, braucht es nutzbare Hallen- und Freibäder.

Neben dem Schulsport muss es auch Ziel sein, den Vereins- und Breitensport zu fördern oder generell zu ermöglichen. Für Vereine wie die DLRG ist es besonders im Winterhalbjahr kaum möglich, den Betrieb aufrecht zu erhalten, da Wasserflächen fehlen.

Zum Beispiel in Bad Vilbel. Dort soll eine luxuriöse Bäderlandschaft entstehen. Das alte Hallenbad wurde abgerissen, und der Neubau eines nutzbaren Hallenbades wird immer weiter nach hinten geschoben.

Es muss erklärtes Ziel sein, Schwimmen als Breitensport für jedermann zu erhalten. Kommunen, die ihre Bäder unter diesem Gesichtspunkt betreiben, sollten gefördert werden, während Prestigeobjekte zu hinterfragen sind.

***DIE LINKE.* fordert:**

- Der Kreistag soll sich für Sportanlagen in Öffentlicher Hand entscheiden. Er soll ein Bäderkonzept und ein Sanierungs- und Investitionskonzept für Sportanlagen erstellen und sich an Bau und Betrieb beteiligen. Der Wetteraukreis tritt mit entsprechenden Forderungen an die Landesregierung heran, damit laufend eine Förderung erfolgt.
- Die Vereine, die unseren Kindern das Schwimmen beibringen oder ihre Bewegungsfreude wecken, sollten nicht ihrer Trainingsstätten beraubt, sondern bei ihrer wichtigen Tätigkeit unterstützt werden. Auch für sportliche Leistungen und Wettbewerbsfähigkeit im Vereinssport braucht es sichere zeitgemäße Sportstätten!
- Jede Bürgerin, jeder Bürger des Wetteraukreises sollte die Möglichkeit haben, unter zumutbarem zeitlichen Aufwand ein bezahlbares Schwimmbad nutzen zu können.
- Durch PPP-Modelle dürfen sich die Kommunen nicht aus der Verantwortung ziehen! Der Bau und Betrieb von Schwimmbädern kann nur durch die Öffentliche Hand erfolgen und muss soziale Aspekte berücksichtigen. Schülerinnen und Schüler sollen schwimmen lernen können! Sie sollten

für den Schwimmunterricht aber nicht länger im Bus sitzen, als sie im Schwimmbad verweilen.

In dem geforderten Bäderkonzept eruiert der Wetteraukreis, für wie viele Schülerinnen und Schüler Schwimmunterricht nach Lehrplan gewährleistet werden muss und welche Anfahrtswege die Schüler hier aktuell in Kauf nehmen müssen.

1. 8 Menschen mit Behinderungen

Rechte garantieren – Verschiedenheit anerkennen

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Das heißt, dass die Ziele der Konvention in allen gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt werden müssen. Dies erfordert die Inklusion der Menschen mit Behinderung. Selbstverständlich gilt dies auch für den Wetteraukreis.

Behinderungen sind Bestandteil menschlichen Lebens. Die betroffenen Menschen erfahren eine Isolation von der Gesellschaft. Die isolierenden Bedingungen müssen aufgehoben werden, und die gesellschaftliche Teilhabe ist weitgehend zu sichern.

Dafür braucht es sowohl persönliche Unterstützung der Betroffenen als auch die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen, die nicht diskriminieren und bevormunden, sondern die gesellschaftliche Teilhabe befördern. Menschen, die mit Behinderungen leben, haben selbstverständliche Rechte auf Unterstützung durch die Gemeinschaft.

Die Bundesregierung hat mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) einen Rahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgegeben. Leider bringen dieser gesetzliche Rahmen und das dazugehörige Hessische Ausführungsgesetz nicht nur Vorteile für Menschen mit Behinderung, sondern auch neue Probleme.

So ist der Wetteraukreis nun für einen veränderten Personenkreis zuständig: Die Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren mit Behinderungen fallen in seinen Zuständigkeitsbereich. Für alle anderen erwachsenen Personen ist der Landeswohlfahrtsverband (LWV) Ansprechpartner. Dieses so genannte „Lebensabschnittsmodell“ bedeutet für die Landkreise und kreisfreien Städte eine vermehrte Steuerungs- und Verwaltungstätigkeit und höhere Kosten. Die finanzielle Lage der Kreise hat Auswirkungen darauf, welchen Umfang und welche Qualität die Eingliederungshilfen vor Ort haben. Inzwischen kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass für die Versorgung der Menschen mit Behinderungen in allen Regionen Hessens gleiche Bedingungen

gelten. Wenn Kreise unterfinanziert sind, besteht immer die Gefahr, dass soziale Leistungen eingeschränkt und ohne ausreichende Qualität erbracht werden.

Weiterhin müssen nun Fachleistungen von existenzsichernden Leistungen getrennt finanziert werden. Die als notwendig erachteten Fachleistungen erbringt weiterhin der LWV. Die existenzsichernden Leistungen erbringt der Wetteraukreis.

Ziel soll laut BTHG eine höhere Selbstbestimmung behinderter Menschen sein. Doch die Frage ist: Stärkt diese Regelung die Selbstbestimmung, oder überfordert sie die betroffenen Menschen?

Diese Trennung bedeutet, dass Grundsicherung beim Sozialamt beantragt werden muss, dass ein Girokonto selbst verwaltet werden muss und dass davon die Kosten der Unterkunft, die Lebenshaltungskosten und ggf. auch bestimmte Fachleistungen bezahlt werden müssen. Es gelten die Mietobergrenzen des Wetteraukreises, die zwar um 25 Prozent überschritten werden dürfen, doch nicht hoch genug berechnet sind, dass damit eine behindertengerechte Wohnung unbedingt zu finden wäre. Für die Betroffenen gilt eine Mitwirkungspflicht bei der Regelung ihrer Angelegenheiten. Können alle Behinderten diese Anforderungen erfüllen? Und wenn nicht, wer unterstützt sie dabei? Eine Assistenz für diese Mitwirkungspflichten gibt es nicht.

Der Landeswohlfahrtsverband steht in Zeiten knapper kommunaler Kassen unter Druck: Die Kommunen finanzieren den LWV als ein Solidarsystem mit einer Verbandsumlage von derzeit 11,3 Prozent ihres Haushaltsvolumens.

2,5 Milliarden jährlich kosten in Hessen die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen. Das ist vielen Kommunen zu teuer, und sie wollen die hohen Kosten nicht mehr aufbringen. CDU und SPD haben im Sommer 2025 begonnen, über Kürzungen bei den Eingliederungsleistungen zu diskutieren. Auch wollen sie neu definieren, wer überhaupt Zugang zu Leistungen bekommt. Es ist zu befürchten, dass dies für viele Menschen mit Behinderungen Verschlechterungen bringt.

Menschen mit Behinderung haben Rechte!

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Schutz. Die meisten Behinderungen entstehen während eines Arbeitslebens. Gesunde und gesundheitsschonende Arbeitsbedingungen haben deshalb erste Priorität. Nach der Prävention kommt der Kündigungsschutz, der verhindert, dass Behinderte aus der Beschäftigung gedrängt werden. Zum Schutz gehört eine gute gesundheitliche Versorgung, die weitgehend sichert, dass sich die Behinderung nicht verschlechtert.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Förderung. Sie müssen finanziell abgesichert sein. Sie brauchen eine umfassende medizinisch-therapeutische Betreuung, Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsmitteln, Verkehrswegen, ihren Wohnungen, ihrem Lebensumfeld sowie schulischen und beruflichen Fördereinrichtungen.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Arbeit. Auch wenn sie nur eingeschränkt arbeitsfähig sind, muss es Beschäftigungsmöglichkeiten geben. Die Forderungen der Leistungsgesellschaft dürfen keinesfalls Maßstab sein – auch wenn der Arbeitsplatz teurer sein sollte als die Arbeitsleistung des behinderten Menschen, ist für berufliche und soziale Partizipation zu sorgen. Betriebe müssen für Behinderte geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Bildung und Ausbildung. Dies gilt nicht nur für körperlich beeinträchtigte Menschen. Auch durch soziale Deklassierung oder durch psychische Belastung isolierten Kindern und Jugendlichen sind entsprechende Bildungs- und Ausbildungsangebote zu machen. Noch immer beenden jährlich etwa 50.000 Jugendliche in Deutschland die Schule ohne jeden Abschluss. 20 Prozent erreichen keinen beruflichen Abschluss. Damit wird die gesellschaftliche Integration erschwert. Behinderte Jugendliche haben es noch schwerer, Abschlüsse zu erreichen. Es muss es daher Programme zur Förderung geben.

Die Politik muss dafür sorgen, dass isolierende Barrieren überwunden werden können.

Die Schulen brauchen für inklusiven Unterricht eine gute Ausstattung, ein fachspezifisches Nachmittagsangebot und flächendeckend Schulsozialarbeit. Auch während einer Berufsausbildung und bei der Eingliederung in die Arbeitswelt muss es eine fachlich qualifizierte Unterstützung geben. Über die Leistungen des Inklusionsamts Hessen muss gut informiert werden. Infoblätter sollten in allen Ämtern und öffentlichen Einrichtungen verfügbar sein.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf soziale Kontakte. Dazu gehört in erster Linie ein behindertengerechter öffentlicher Nahverkehr.

Es braucht Treffpunkte, Kultur-, Bildungsangebote und Freizeitaktivitäten für Menschen mit Behinderungen.

Für alle diese Aufgaben müssen private Betriebe, öffentliche Betriebe und Kommunen in die Pflicht genommen werden. Die fünf-Prozent-Quote bei der Beschäftigung Schwerbehinderter ist besonders für große Betriebe zu gering. Es ist nicht so, dass der Wetteraukreis auf diesem Gebiet nichts leistet.

Dennoch ist festzuhalten: Während die Behindertenrechte in aller Munde sind, wurden Sozialleistungen stark gekürzt, wird das Gesundheitswesen privatisiert und

verteuert und werden therapeutische Hilfen eingeschränkt. Unterstützungsleistungen werden gekürzt oder entfallen. Es gibt keineswegs ausreichend Arbeits- oder Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung.

Inklusion darf kein Lippenbekenntnis sein, während sich in der Realität die Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderung verschlechtern.

Das will *DIE LINKE*:

- Für Arbeitsplätze für Behinderte im öffentlichen Dienst – deutlich über den gesetzlich geregelten Anforderungen.
- Stärkung und Ausweitung der überbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten.
- Fachlich qualifizierte Unterstützung bei der Berufsausbildung und Eingliederung in die Arbeitswelt.
- Wir fordern eine stärkere Durchsetzung der „Behindertenquote“ im öffentlichen Sektor und bei den im Kreis ansässigen Firmen. Wird diese Quote nicht erfüllt, müssen sehr viel höhere Ausgleichszahlungen gefordert werden. Gerade größere Unternehmen dürfen sich nicht aus der Portokasse von Ihrer sozialen Verpflichtung freikaufen können.
- Erhalt und Unterstützung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung.
- Für aktive Prävention im Arbeitsleben: in den Schulen muss die Aufklärung zur Sicherheit am Arbeitsplatz Pflicht sein. Der Kreistag muss sich stark machen für eine gute ärztliche Versorgung und selbst Prävention durch Aufklärung betreiben.
- Unterstützung bei der Beantragung existenzsichernder Leistungen durch das Sozialamt.
- Der Zugang zu betreutem Wohnen darf nicht erschwert werden! Ambulantes betreutes Wohnen muss ausreichend finanziert sein.
- Bau von barrierefreien Sozialwohnungen.
- Der Pflegegrundsatz „ambulant vor stationär“ ist nach den Interessen der Betroffenen zu gestalten. Aufgrund ambulanter Pflege darf keine Isolation entstehen – weder für die Gepflegten noch für die Pflegenden.
- Pflegende Angehörige brauchen finanzielle Unterstützung, die sie vor Armut bewahrt.
- Ausreichende finanzielle Sicherung für Kranke und Behinderte, Hilfen bei hohen Therapiekosten und bei Pflegemitteln.

- Erhaltung der Kurangebote im Wetteraukreis.
- Treffpunkte (nicht nur) für Behinderte. Kulturprogramm, Bildungsangebot, Freizeitgestaltung – wohnortnah und erreichbar in Büdingen, Nidda, Kefenrod, Bad Vilbel, Karben, Friedberg, Bad Nauheim und Butzbach.
- Der Wetteraukreis soll „barrierefrei“ werden, um Mobilität zu erleichtern und zu gewährleisten. Der ÖPNV muss behindertengerecht umgestaltet werden! Menschen mit Behinderung muss das Ein- und Aussteigen bei Bussen und Bahnen selbständig möglich sein.
- Wir fordern deutlich ermäßigte Eintrittspreise (*siehe auch: Für einen Wetterauer Sozialpass, Seite 22*) für Menschen mit Behinderung bei kulturellen Veranstaltungen und in öffentlichen Einrichtungen (Museen, Schwimmbäder, etc.) und beim ÖPNV.

1.9 Selbstbestimmtes Leben im Alter

Der wachsende Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird zunehmend als Vorwand genutzt, um die Leistungen der Alterssicherung abzubauen und zu privatisieren. Altersarmut ist stark angewachsen. Insbesondere Frauen sind aufgrund Ihrer Biografie (Kindererziehungszeiten, Pflegetätigkeiten in der Familie, Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeit etc.) stark betroffen. Für solche Biografien wurde eine Grundrente diskutiert, ihre Umsetzung wird jedoch von unternehmerfreundlichen und unsozialen Parteien hinausgezögert und boykottiert.

Durch Entlassungen und so genannte „sozialverträgliche“ Lösungen werden viele ältere Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Arbeitsleben verdrängt. In vielen Unternehmen finden sich kaum mehr Mitarbeiter:innen über 55 Jahren. Gleichzeitig wurde das Rentenalter auf 67 Jahre heraufgesetzt, um die Alterssicherung weiter abzubauen. Das Rentenniveau ist auf etwa 48 Prozent vom Durchschnitts-Nettoeinkommen abgesenkt worden. Die Arbeitgeber ziehen sich zunehmend aus der Verantwortung und bauen ihren Anteil an der Rentenversicherung ab. Für Leistungsberechtigte des Arbeitslosengeldes II (Bürgergeld) werden keine Rentenbeiträge mehr eingezahlt.

Für viele alte Menschen werden die Renten bereits in naher Zukunft nicht einmal für die Grundbedürfnisse ausreichen.

Aktive und selbstbewusste Seniorinnen und Senioren sind aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Die Lebensleistung der älteren Generation muss respektiert werden. Jegliche

Diskriminierung aus Altersgründen muss unterbleiben. Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotential älterer Menschen müssen angemessen gefördert und genutzt werden.

Von der Bundesregierung vorgeschlagene Konzepte wie die „Aktivrente“ lehnen wir ab. Über diese werden Rentner:innen indirekt gezwungen, auch während ihrer verdienten Rente einer Arbeit nachzugehen. Sie wälzt die Verantwortung für eine auskömmliche Rente auf Rentner:innen ab.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Die Rente erst ab 67 muss rückgängig gemacht werden. Jede und jeder muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen.
- DIE LINKE will die durch Steuern finanzierte Subvention der Versicherungswirtschaft beenden. Lebensstandardsicherung und Freiheit von Armut wird im LINKEN Rentenkonzept allein durch die Solidarische Rentenversicherung erreicht, in die ALLE einzahlen. Wir sind gegen die Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung. Das Rentenniveau soll auf 53 Prozent angehoben werden, um eine sichere Altersversorgung für alle zu gewährleisten und Altersarmut zu bekämpfen.
- Eine absichernde geschlechtergerechte Grundrente für Frauen und Niedrigverdiener:innen in Höhe von 1400 Euro im Monat.
- Erhalt der gesetzlichen Rentenversicherung. Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung (d.h. auch alle Freiberufler, Selbständigen und Beamten.)
- Arbeitgeberanteil an der Rentenversicherung wieder paritätisch regeln.
- Schaffung von bezahlbaren alten- und behindertengerechten Wohnungen durch die Städte und Gemeinden. 1/5 der neu gebauten Wohnungen sollen barrierefrei sein. Selbständigem Wohnen ist Vorrang vor anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu geben.
- Ambulante soziale Dienste und Pflegehilfen gehören in den öffentlichen Sektor. (Positives Beispiel ist Schweden: dort besteht ein Recht auf häusliche Pflege oder wahlweise stationäre Pflege.) Die Kosten dafür müssen aus der Pflegeversicherung gedeckt werden. Das bedeutet, dass die Arbeitgeber wieder mit höheren Beiträgen an der Renten- und Pflegeversicherung beteiligt werden müssen.
- Barrierefreiheit in und Zugang zu allen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Es ist zu prüfen, ob der Wetteraukreis einen Amtsbus einführen kann, der Senior:innen den Amtsbesuch vor Ort ermöglicht.

- Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren mit Kulturprogramm, Bildungsangebot, Freizeitgestaltung – wohnortnah in Büdingen, Nidda, Kefenrod, Bad Vilbel, Karben, Friedberg, Bad Nauheim und Butzbach.
- Einführung eines Sozialpasses (vgl. Seite 22), damit auch Seniorinnen und Senioren mit niedriger Rente am kulturellen Leben teilnehmen können und der Vereinsamung vorgebeugt wird.

1.10 Migration und Flucht

Internationale Vielfalt statt nationaler Einfalt!

Im Jahr 2024 kamen 1079 Geflüchtete aus der Ukraine und 422 aus anderen Ländern in die Wetterau. Heute kommen deutlich weniger als in den Jahren nach 2015. Die meisten Menschen fliehen aus Ländern, in denen Krieg oder Verfolgung herrscht: Syrien, Afghanistan, Türkei.

Zum Redaktionsschluss waren die kreiseigenen Sammelunterkünfte für Geflüchtete zu 70 Prozent belegt. Bei der Aufnahme von Geflüchteten herrscht zur Zeit kein Druck. Dennoch handelt der Wetteraukreis im Umgang mit den Geflüchteten repressiv.

Abzockergebühren in den Flüchtlingsunterkünften

Für seine Sammelunterkünfte erhebt der Kreis seit Januar 2021 eine saftige Abzockergebühr. Diese Gebühr wurde 2023 nochmal kräftig erhöht.

Ein Mensch, der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhält und eine Arbeit findet, muss diese Gebühr für alle Haushaltsmitglieder zahlen.

Weil man sich das nicht so einfach vorstellen kann, zeigen wir diese Tabelle:

<i>Gebührenerhöhung 2023</i>		<i>steigt um</i>	<i>Vergleich Mietobergrenze</i>
1 Person	von 284 auf 471 Euro	60%	455 Euro
2 Personen	von 369 auf 612 Euro	60,1%	490 Euro
3 Personen	von 454 auf 749 Euro	60,6%	580 Euro
4 Personen	von 539 auf 904 Euro	59,6%	635 Euro
5 Personen	von 624 auf 1036 Euro	54,9%	735 Euro
6 Personen	von 624 auf 1186 Euro	56,8%	820 Euro
7 Personen	von 724 auf 1186 Euro	61%	905 Euro
8 Personen	von 774 auf 1236 Euro	62,6%	990 Euro
Jede weitere Person plus 50 Euro.			

Wer würde für ein Zimmer (für große Familien zwei Zimmer), Gemeinschaftsküche und Gemeinschaftsbad einfachsten Standards eine solche Miete zahlen?

Wie soll man diese Gebühr nennen? Angemessene Miete? Wir haben es Abzockergebühr genannt. Für das Geld könnte man eine schöne Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt finden. Doch dann gelten die Mietobergrenzen, und man darf nicht so viel Geld ausgeben.

Für die Integration in Arbeit sind diese Gebühren jedenfalls nicht geeignet. Erhalten Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis, finden sie meist nur schlecht bezahlte Niedriglohnjobs. Diese Abzockergebühren fressen den ganzen Verdienst auf. Die Asylbewerberleistungen liegen deutlich unter dem Bürgergeldsatz und reichen natürlich auch nicht. Die Leute häufen Schulden an. So lohnt es sich nicht zu arbeiten. Denn ohne Arbeit verlangt der Kreis diese Gebühren nicht. Manche Kommunen haben eigene Flüchtlingsunterkünfte. Leider sind einige dem Beispiel des Wetteraukreises gefolgt und erheben nun auch solche aberwitzigen Gebühren.

Mit der Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung wechseln Geflüchtete in den Rechtskreis des Sozialgesetzbuches (SGB II). Sie können Bürgergeld beantragen. Da gibt es einen Zuschuss für Unterkunft und Heizung. Ziemlich schräg ist, dass das Jobcenter diese Abzockergebühren anstandslos übernimmt. Der Wetteraukreis hält die Tasche auf, und das Jobcenter zahlt Preise weit über der Mietobergrenze. Wie kann das sein?

Der Landrat argumentiert: Die hohen Gebühren erhöhen den Druck zum Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft. Das ist fast schon perfide!

Wer noch im Asylverfahren ist und arbeitet, dem ist der Auszug gesetzlich verwehrt. Anerkannte Geflüchtete bleiben meist deshalb in der Unterkunft, weil sie auf dem angespannten Wohnungsmarkt keine bezahlbare Wohnung finden. Zumindest nicht zu den Wetterauer Mietobergrenzen bzw. entsprechend ihrem Niedriglohn.

Hinzu kommt, dass sich Migrant:innen bei der Wohnungssuche oft Rassismus ausgesetzt sehen. Ein nicht-deutsch klingender Name führt oft schon zu einer Ablehnung als Mieter:in.

Neue Schikane: Bezahlkarte

2024 erfand die Bundesregierung die Bezahlkarte für Geflüchtete im Asylbewerberleistungsbezug. In der Wetterau wurde die Bezahlkarte im Sommer 2025 eingeführt. Zu Redaktionsschluss hatten 300 Geflüchtete bereits eine Bezahlkarte.

Die Leistungen für Asylsuchende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sollen zukünftig ausschließlich auf diese Bezahlkarte gebucht werden. Bargeld soll es nicht mehr geben – lediglich 50 Euro pro Monat sind erlaubt.

Die Bezahlkarte ist eine Guthabekarte ohne Kontobindung. Überweisungen und Lastschriften sind eingeschränkt oder sogar ausgeschlossen. Geldtransfers ins Ausland sind ausgeschlossen.

Es gibt eine Whitelist und eine Blacklist, mit denen geregelt ist, welche Geldtransfers möglich sind und welche nicht. Bei Aushändigung vereinbart die Kreisverwaltung mit dem Geflüchteten persönlich, was genau überwiesen werden darf: Zum Beispiel der Handyvertrag. Bestellungen im Internet-Shop werden einzeln geprüft und gegebenenfalls freigegeben. Wirklich! Da sitzt jemand und prüft jeden Posten einzeln, ob der überhaupt nötig ist oder nicht!

Spätestens hier wird deutlich, dass es nur um Schikane geht. Und die Regierung lässt sich diese Schikane ziemlich viel kosten. Juckt die in Berlin aber nicht, denn den zusätzlichen Verwaltungsaufwand muss der Wetteraukreis bezahlen.

Die Bezahlkarte funktioniert nur in Geschäften mit dafür ausgestatteten Lesegeräten, z.B. für Mastercard oder VISA. Vielerorts kann man sie nicht einsetzen, etwa auf Flohmärkten, in Second-Hand-Läden, beim Gemeindefest oder in der Schulcafeteria. Man kann nicht über Kleinanzeigen billig einkaufen. Es wird unmöglich, sich gegenseitig solidarisch zu unterstützen, wenn Zahlungen der Ämter ausbleiben.

Für die Menschen bedeutet dies alltäglich Diskriminierung und Stigmatisierung. Eine Einschränkung von Überweisungen führt zu gesellschaftlichem Ausschluss von Geflüchteten: Die Mitgliedschaft in Sport- und gemeinnützigen Vereinen, der Kauf eines Deutschlandtickets, der günstige Einkauf im Internet – all dies wird erschwert oder gar verhindert.

Zudem kann es gravierende Auswirkungen auf den Zugang zu einer rechtlichen Vertretung haben. Oft gibt es am Wohnort keine spezialisierten Asylanwält:innen, deshalb greifen Geflüchtete auf Kanzleien zurück, die weiter entfernt sind. Ohne Überweisungsmöglichkeit müssten sie dort jeden Monat persönlich erscheinen, um die vereinbarten monatlichen Raten per Bezahlkarte zu zahlen.

DIE LINKE lehnt die Bezahlkarte ab. Sie ist ein Instrument der Schikane. Auf dem Rücken von Asylbewerber:innen ausprobiert, liebäugeln bereits einige Kommunen mit der Einführung der Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger:innen.

Es ist vorhersehbar, dass die propagierten Ziele der Bezahlkarte nicht erreicht werden. Wollte man die Migration wirklich senken, müssten die Fluchtursachen

beseitigt werden. Und die schafft Deutschland derzeit massenhaft mit Unterstützung von Kriegen, Waffenlieferungen und Umweltzerstörung.

Stattdessen hat die Debatte um die Bezahlkarte rassistische Vorurteile und Hetze gegen Geflüchtete noch salonfähiger gemacht.

Brauchen wir wirklich Fachkräfte?

Ist es nicht schizophren, dass unserem Land, dessen Wirtschaft und dessen Öffentliche Dienste tagein tagaus nach Fachkräften schreien, nichts anderes einfällt, als Migranten die Integration zu erschweren? Sie über Jahre in Sammellagern zu kasernieren? Den Zugang zum Gesundheitssystem massiv einzuschränken? Die Behördenpraxis repressiv zu gestalten? Ausländische Abschlüsse nicht oder erst nach Jahren anzuerkennen? Bei Sprach- und Integrationskursen zu kürzen und junge Geflüchtete nicht zu bilden und auszubilden?

Im Bundestagswahlkampf 2025 erlebten wir einen beispiellosen Rechtsruck in der Asylpolitik. Vor allem CDU/CSU und AfD trieben die anderen bürgerlichen Parteien vor sich her, die sich leider als willige Vollstrecker rechter Politik erwiesen.

Neben total dumpfer rassistischer Hetze und vermehrten Abschiebungen gibt es zahlreiche Versuche, die Rechtsentwicklung mit fadenscheinigen „Argumenten“ zu übertünchen: Sozialleistungen würden Geflüchtete anziehen, sie seien ein starker „Pullfaktor“. Geflüchtete transferieren ihr vieles Geld ins Ausland.

Schlepperkriminalität würde verstärkt. So schallt es in Leierkastenmanier aus den Medien.

Sozialwissenschaftler haben dazu Untersuchungen angestellt, mit dem Ergebnis: Aus der Wissenschaft gibt es dafür keine Belege!

Im Gegenteil: Sozialleistungen sind ein sehr schwacher Pull-Faktor.

Dagegen ist Demokratie ein starker Pull-Faktor. Wenn sich Migrant:innen darauf verlassen können, dass sie in Zielländern auch in Krisenzeiten human und rechtsstaatlich behandelt werden – dann ist das attraktiv. Außerdem die Aussicht, sich und seinen Kindern mit Arbeit und Bildung ein stabiles Leben aufzubauen. Das gelingt in größeren Wirtschaftsräumen, wie Deutschland, Frankreich oder USA besser als in kleinen und wirtschaftlich schwachen Ländern.

Es kommt auf Deutschland an, ob wir den Menschen eine Chance geben und damit auch unseren Fachkräftemangel beheben werden. In vielen Bereichen läuft ohne Migrant:innen sowieso schon lange nichts mehr.

Gegen Hass und Hetze!

Viele Neubürger:innen haben inzwischen in Deutschland eine neue Heimat gefunden. Arbeit oder eine Ausbildungsmöglichkeit eröffnen eine Lebensperspektive. Wenn Mitglieder der regierenden Parteien öffentlich gegen Migrant:innen hetzen, wird die Identifikation mit Deutschland sicherlich nicht stärker.

DIE LINKE. wendet sich entschieden gegen Hass und Hetze! Die Ursachen für ökonomischen und soziale Krisen liegen in der profitgetriebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Verursacher sitzen in den Konzernetagen und in der Regierung und nicht im Flüchtlingsheim.

Immer noch exportiert Deutschland Waffen in Rekordhöhe, befeuert damit bewaffnete Konflikte und Kriege und schafft damit weitere Fluchtursachen. Deutsche Konzerne und Banken verhindern eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, wodurch armen Ländern eine reale Entwicklungsperspektive verwehrt bleibt. Jeder Euro, den Deutschland an Entwicklungshilfe ausgibt, kommt mit vielfachem Wert zurück. Multinationale Firmen transferieren hunderte Milliarden legal an ihre Aktionäre im Norden. Etwa eine Billion Dollar verlieren die Süd-Länder, weil sie Zinsen für Schulden zahlen oder neue Schulden aufnehmen müssen. Und nicht zuletzt leiden diese Länder am meisten unter der Klimaveränderung, deren Ursachen in erster Linie die verschwenderische Wirtschaftsweise der kapitalistischen Länder Europas und der USA ist. Die Zahl der Menschen, die an Unterernährung leiden, ist seit 2015 wieder angestiegen: Von 784 Millionen auf 821 Millionen.

Deutschland ist also bei der Entstehung von Fluchtursachen beteiligt! Schon deshalb darf es sich nicht seiner Verantwortung entziehen, Geflüchtete aufzunehmen. Weltweit sind fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 86 Prozent davon leben in Entwicklungsländern. Die Allerwenigsten kommen nach Europa: nämlich nur fünf Prozent. Und von diesen erreicht wiederum nur ein Bruchteil Deutschland. Von einer Invasion in unser Land kann also keine Rede sein. Aber die Eindämmung der Fluchtursachen wäre eine dringende Aufgabe deutscher Politik!

Dafür setzt sich *DIE LINKE.* ein:

- Kommunales Wahlrecht für alle Einwohner:innen des Wetteraukreises, die länger als fünf Jahre hier leben – Nicht nur für EU-Bürger:innen.
- Ausländerbeiräte sind zu stärken: Stimmberechtigung in den kommunalen Parlamenten, Initiativrecht für Anträge, Mitbestimmung bei schulischen Entscheidungen.

- Eine Wohnungs- und Kommunalpolitik, die als Ziel die Integration und die Achtung der kulturellen Identität von Migrantinnen und Migranten hat. Entsprechende Initiativen aus der Gesellschaft verdienen besondere Unterstützung.
- Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen und Kompetenzen.
- Deutschunterricht muss als öffentliche (und nicht private) Aufgabe organisiert sein. Die Volkshochschule soll ihre Angebot ausweiten. Die nötigen Mittel müssen in den Kreishaushalt eingestellt werden.
- Stärkung der Treffpunkte und Beratungsstellen, die gegen die Isolation von Migranten und Geflüchteten arbeiten, insbesondere für Frauen. Dazu gehören eben nicht nur Sprachkurse und Staatsbürgerkunde, sondern auch Erziehungsberatung, Schullaufbahnberatung, Erteilung von Arbeitserlaubnissen, Vermittlung von Arbeitsmöglichkeiten uvm.
- Aufnahme der afghanischen Geflüchteten, die für die Bundeswehr gearbeitet haben und auf die Einreise warten.
- Weg mit den diskriminierenden Abzockergebühren, die der Wetteraukreis in den Sammelunterkünften für Geflüchtete erhebt.
- Weg mit der diskriminierenden Bezahlkarte!
- Es ist sicherzustellen, dass die Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde die Migrantinnen und Migranten menschenwürdig behandeln. Der Landrat hat seine Dienst- und Fachaufsicht konsequent wahrzunehmen! Beratungen müssen durch einen Dolmetscherdienst unterstützt werden.
- Kreis und Kommunen setzen sich mit ihrer ganzen Kraft dafür ein, Abschiebungen zu verhindern: Integration statt Abschiebung! Dies gilt besonders für Jugendliche und Kinder.
- Langjährig geduldete oder asylsuchende Menschen – auch ohne Papiere – müssen ein Bleiberecht erhalten, damit ihr Aufenthalt langfristig absichert ist und ihre Integration möglich wird.

2 **Konsequent für Klima- und Umweltschutz**

2.1 **Mobilität für alle Bürger:innen**

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radwegenetzes

Mobilität auch für den Ostkreis

Mobilität ist die Voraussetzung, um den Alltag zu meistern. Für den Weg zum Arbeitsplatz, zur Schule oder Universität, zum Arzt oder zum Einkauf ist Mobilität unverzichtbar. Selbst Freizeitaktivitäten sind zu Fuß oft nicht erreichbar.

Die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben wird erst möglich, wenn wir mobil sind.

DIE LINKE. will, dass alle Menschen in der Wetterau am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Orte des täglichen Lebens sollen mit wenig Aufwand an Geld und Zeit erreichbar sein. Auch für diejenigen, die über kein Auto verfügen und auf Öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad angewiesen sind. Oder sich bewusst für eine umweltfreundliche Fortbewegung entscheiden.

DIE LINKE. verfolgt das Ziel, Mobilität für alle barrierefrei zugänglich zu machen. Die Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stehen im Mittelpunkt unserer Verkehrspolitik und auch die Förderung des Rad- und Fußverkehrs. Das bedeutet, Bahnstrecken, Busnetze und Radwege müssen ausgebaut und die bestehende Infrastruktur ertüchtigt werden. Auch eine dichtere Taktung der Verbindungen gehört dazu.

Wir wollen eine soziale und ökologische Verkehrswende. Diese soll auch einkommensschwachen Menschen, Schüler:innen, Azubis und Rentner:innen den Zugang zu Mobilität ermöglichen. DIE LINKE setzt sich deshalb für einen entgeltfreien ÖPNV ein.

Ein Viertel der gesamten treibhausrelevanten Emissionen in Deutschland kommen vom Verkehrssektor. Das liegt vor allem am wachsenden Güterverkehr aber auch am Individualverkehr.

Die Zahl der PKW nimmt zu, und die Fahrleistung steigt an. Aber auch die immer größer und schwerer werdenden SUVs treiben die Emissionen nach oben. Neben Kohlendioxid wird die Umwelt zusätzlich mit gesundheitsschädlichen Stickstoffoxiden und Feinstäuben belastet. Reifenabrieb ist der größte Verursacher von Mikroplastik. Weitere Probleme, die der zunehmende motorisierte Verkehr mit sich bringt, sind Lärmbelästigung und Straßen voller parkender und fahrender Autos.

Um die Klimaziele zu erreichen und um die Lebensqualität zu erhöhen, braucht es

eine grundsätzliche Abkehr vom Vorrang des Individualverkehrs und vom PKW. Daher sind auf kommunaler Ebene integrierte Mobilitätskonzepte nötig, die einen Umstieg im Berufs- und Freizeitverkehr auf Busse, Bahnen und das Fahrrad attraktiv machen.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Eine zukunftsfähige umweltverträgliche und menschenfreundliche Verkehrsplanung in den Städten, Dörfern und im gesamten Kreisgebiet der Wetterau. Menschen sollen sich gefahrlos im öffentlichen Raum bewegen können. Dazu soll Fußgängern, Radfahrern, Bus und Bahn Vorrang und mehr Raum gegeben werden.
- Unser Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau eines umweltfreundlichen und attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs. Die Umsetzung von integrierten Mobilitätskonzepten bedeutet eine intelligente Vernetzung von Bus und Bahn, die regelmäßige und zuverlässige Anbindungen bieten. Die Fahrpläne der Nebenstrecken müssen mit denen der Hauptstrecken abgestimmt werden, um lange Umsteigezeiten zu vermeiden.
- Jedes Dorf braucht eine Busanbindung, um eine Grundmobilität für alle zu gewährleisten. Bushaltestellen müssen gut erreichbar und barrierefrei sein.
- Eine Verbesserung der Mobilität in den Kommunen und im Kreisgebiet kann auch durch bedarfsorientierte Angebote wie Anrufsammeltaxen oder -busse erreicht werden. Wir setzen uns für diese Ergänzung zum Linien-Angebot ein, besonders für die Abend- und Nachtstunden und an Wochenenden.
- Aus der Zeit gefallene Projekte, wie der 10-spurige Ausbau der A5 nach Frankfurt, ergeben vor dem Hintergrund eines immer schneller voranschreitenden Klimawandels und eines maroden Bestandes an Verkehrsinfrastruktur keinen Sinn. Auch lehnen wir den Bau der B3a in Butzbach ab.
- Der Straßenbau insgesamt ist im Kreis kritisch zu prüfen und zu hinterfragen. Mehr Straßen erzeugen mehr Verkehr. Vorrang hat die Sanierung maroder Brücken und Straßen. Mobilitätskonzepte helfen, Verkehr zu vermeiden und auf den ÖPNV zu verlagern.
- In Deutschland stehen private PKW etwa 95 Prozent der Zeit ungenutzt auf Parkflächen. Durch eine gemeinschaftliche Nutzung können Autos ressourcen- und platzschonender verwendet werden. Wir setzen uns für

den Ausbau von öffentlich betriebenen Car-Sharing-Stützpunkten ein.

- Der Ausbau des Radwegenetzes muss vorangetrieben werden. Radwege müssen alltagstauglich werden. Dazu gehört beispielsweise der Bau des Radschnellwegs nach Frankfurt.
- Werden Straßen saniert, sollen sie mit begleitenden Radwegen ergänzt werden. Diese müssen baulich und optisch deutlich vom Autoverkehr getrennt sein. Für Radwege, die abrupt enden, gibt es in der Wetterau viele Beispiele. Diese Lücken muss man schließen, um die Sicherheit der Radfahrenden zu gewährleisten.
- Fußgängerüberwege müssen deutlich markiert sein. Straßen muss man sicher passieren können. Dazu gehört auch die Bevorzugung von Fußgängern an Ampeln durch kürzere Wartezeiten und längere Grünphasen.
- Um den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität zu fördern, setzen wir uns für den Ausbau von Fahrradabstellplätzen an Orten des öffentlichen Lebens ein wie Bahnhöfen, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Dazu gehört der Ausbau von Ladestationen für E-Bikes.
- Fußwege und besonders Schulwege müssen durchgängig sicher und klar vom Autoverkehr getrennt werden.
- Die Reaktivierung der Horloffthalbahn von Wölfersheim nach Hungen verzögert sich weiter. Wir setzen uns für eine Beschleunigung des Ausbaus ein. Auch andere stillgelegte Bahnverbindungen sollten reaktiviert werden. Dazu zählt auch der Ausbau der Strecke zwischen Friedberg und Bad Vilbel auf vier Gleise.
- Besonders im Ostkreis bedarf es einer erheblichen Ausweitung des Angebotes an Bus- und Bahnverbindungen.
- Nebenstrecken sollen elektrifiziert werden. Da der Bau von Oberleitungen sehr aufwändig ist, könnten alternativ akkubetriebene Züge zum Einsatz kommen.

2.2 Für eine zukunftsfähige Energiepolitik

Für wirkungsvollen Klimaschutz

Das Jahr 2024 brachte erneut einen weltweiten Temperaturrekord. Es war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung 1850. Das Rhein-Main-Gebiet

gehört zu den Regionen in Deutschland, die am stärksten vom Temperaturanstieg durch den menschenverursachten Klimawandel betroffen sind.

Auch 2025 setzt sich dieser Trend fort. Die Temperaturen lagen erneut deutlich über dem langjährigen Mittel. Das Frühjahr war eines der trockensten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Durch den Klimawandel nehmen die Häufigkeit und die Intensität von extremen Wetterereignissen zu.

Der Klimawandel schreitet immer schneller voran und stellt eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit dar. Dabei hat er spürbare Auswirkungen auf Menschen, Natur und Landwirtschaft in unserer Region. Durch Hitze, Trockenheit aber auch Starkregen schwanken die Ernteerträge und sind risikobehaftet.

Besonders das Klimagas Kohlendioxid ist für die Erhitzung der Erdatmosphäre verantwortlich. Dieses entsteht bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe.

80 Prozent der Energie für Strom, Wärme, Verkehr und Industrie wird noch immer mit fossilen Brennstoffen erzeugt. Die Verbrennung muss jedoch gestoppt werden, will man die katastrophalen Folgen auf das Klima aufhalten.

Wir fordern für die Energiewende ein Investitionsprogramm, zu dem Bund, Land und Landkreise ihren Beitrag leisten. Dazu gehört flankierend eine gute Öffentlichkeitsarbeit, die eine breite gesellschaftliche Akzeptanz schafft.

DIE LINKE unterstützt die Wende zu regenerativen Energien, insbesondere wenn sie dezentral organisiert, unter Bürgerbeteiligung finanziert und sozial verträglich realisiert wird. Neben dem Klimaschutz ist die Schaffung neuer und vor allem regionaler Arbeitsplätze ein großer Vorteil der Energiewende.

Der Weg zur Energiewende braucht einen Ausbau der Windkraft. Bis zum Jahr 2032 müssen gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz in Hessen 2,2 % der Landesfläche für Windkraftanlagen ausgewiesen sein. Viele Windenergieanlagen in der Wetterau – wie am Winterstein in Friedberg und zwischen Wölfersheim und Bad Nauheim – stecken im Genehmigungsverfahren. Der Ausbau muss schneller vorangetrieben werden.

Beim Bau von Windkraftanlagen sollte der Abstand zur geschlossenen Bebauung mindestens 1.000 m betragen. Für Natur und Menschen muss im Einzelfall eine Risikofolgeabschätzung durchgeführt werden. Berechtigte Einwände müssen gehört werden. Es braucht eine Abwägung der Interessen. Werden Bürger:innen gehört und finanziell sowie planerisch beteiligt, steigt meist die Akzeptanz solcher Projekte.

Den Kampagnen von Windkraftgegnern muss eine Aufklärung über die Vorteile regenerativer Energieformen entgegengesetzt werden.

Unabhängig davon, ob es sich um Wald, Wiesen oder Ackerflächen handelt: Windkraftanlagen stellen auch immer einen Eingriff in die Natur dar und eine Gefährdung zum Beispiel für Greifvögel oder Schwarzstörche. Zum Vergleich: Durch Windkraftanlagen werden jährlich schätzungsweise 100.000 Vögel getötet. Dem Straßenverkehr fallen ca. 70 Millionen Vögel pro Jahr zum Opfer. An Glasscheiben von Gebäuden verlieren ca. 100 Millionen Vögel ihr Leben. Die kostengünstigsten und umweltschonendsten Arten der Stromerzeugung sind Windräder und Photovoltaikanlagen. Der Weg zur Energiewende braucht den Ausbau der Windkraft, deren Gefahren vergleichsweise gering sind. Ein Zurück zu Kohle, Gas, Erdöl und erst recht zur Atomkraft ist die falsche Richtung. Die dadurch angetriebene Erhitzung der Erdatmosphäre wird die Umwelt in der Wetterau ungleich schlimmer schädigen. Im bundesweiten Vergleich steht Hessen schlecht da. Im ersten Halbjahr 2025 wurden lediglich acht Windkraftanlagen in Betrieb genommen, aber drei Anlagen stillgelegt. Das reicht bei weitem nicht, um die Klimaneutralität Hessens bis 2045 zu erreichen. Gemeinwohl und Klimaziele müssen die Maßgabe der Klimapolitik sein, nicht Unternehmensinteressen.

Für eine regionale Energiepolitik

Um Strom aus Offshore-Windparks in Norddeutschland in die Rhein-Main-Region zu transportieren, wird der Rhein-Main-Link gebaut. Dieser soll durch die Wetterau verlaufen, und zahlreiche Gemeinden werden von den großflächigen Baumaßnahmen betroffen sein.

Offshore-Anlagen sind teuer und werden ausschließlich von großen Energieunternehmen mit Hilfe von staatlichen Subventionen finanziert und betrieben. Mammutvorhaben wie der Rhein-Main-Link oder auch der Südlink sichern vor allem die Profitinteressen der großen Energiekonzerne. Die Nachteile müssen die Menschen und die Natur vor Ort tragen.

Eine Wiederbelebung der Kernkraft, wie von Politikern der CDU/CSU und AfD gefordert, wäre katastrophal. Atomanlagen sind in Bau, Betrieb und Rückbau so teuer, dass die Energiekonzerne nur mit staatlichen Finanzhilfen rentabel arbeiten.

Die Rückkehr zu einer derart risikoreichen Technologie löst das Energieproblem nicht, denn Atomkraft ist keine sichere Technologie.

In jedem Atomkraftwerk kann jederzeit ein Unfall mit verheerenden Folgen geschehen. Beispiele sind Fukushima, Tschernobyl, Three Mile Island – die Liste von schweren Unfällen und Störfällen überall auf der Welt ist lang.

Atomkraftwerke können Ziele von Anschlägen oder Kriegshandlungen werden.

Dagegen ist kein Atomkraftwerk gerüstet. Auch Naturkatastrophen wie Erdbeben und Tsunamis können für die AKW zur Bedrohung werden. Und schließlich ist die Frage der sicheren Endlagerung des radioaktiven Abfalls immer noch nicht gelöst. DIE LINKE. fordert stattdessen den Ausbau dezentraler, lokaler und bürgernaher Energieprojekte.

In der Wetterau gibt es einige Biogasanlagen. Wir befürworten den Bau von kleinen Anlagen, die genossenschaftlich, kommunal oder von bäuerlichen Zusammenschlüssen betrieben werden.

Große Anlagen jedoch sind kritisch zu betrachten. Sie benötigen große Mengen an Biomasse, was den extensiven Anbau von Energiepflanzen, wie beispielsweise Mais erfordert. Solche Monokulturen haben negative Auswirkungen: Es kommt mehr Düngemittel zum Einsatz, es werden große Mengen an Biomasse benötigt und müssen überregional heran transportiert werden, und wertvolle landwirtschaftliche Flächen stehen nicht mehr für den Anbau von Lebensmitteln zur Verfügung.

In kleinere Anlagen können regionale pflanzliche Abfälle und Stallreststoffe verwertet werden. Das stärkt die regionale Energieunabhängigkeit und schont die Umwelt.

DIE LINKE fordert die finanzielle Förderung von privaten Photovoltaikanlagen für den Eigenverbrauch. Dies umfasst auch Batteriespeicher, um eine möglichst hohe Autonomie zu erreichen.

Auf Dächern öffentlicher Gebäude, wie zum Beispiel Schulen, Verwaltungsgebäuden, Sporthallen fordern wir eine verpflichtende Installation von Photovoltaikanlagen, sofern bautechnisch möglich und vom zu erwartenden Stromertrag wirtschaftlich. Sinnvoll ist diese Verpflichtung auch für Lagerhallen und gewerblich genutzte Gebäude. Auch größere Parkplätze von Supermärkten oder Park & Ride Plätze können schattenspendend mit Photovoltaik überdacht werden. Solche Maßnahmen stärken eine dezentrale Energieversorgung und sind ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele zu erreichen.

Auch eine Förderung von Solarthermieranlagen ist dringend geboten. Diese Technik kann im Winter Wärme liefern und im Sommer zur Kühlung eingesetzt werden. Solarthermieranlagen sind klimafreundlich und energiesparend.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass Förderprogramme für die oben genannten multifunktionalen Systeme bereitgestellt werden. Damit wird nicht nur den Klima- und Umweltschutz gestärkt, sondern auch die Wohn- und Lebensqualität in Zeiten steigender Temperaturen verbessert.

Energieeinsparungen sind von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz.

Andernfalls wird die Energiewende scheitern. DIE LINKE. befürwortet deshalb die

Förderung von Energieeinsparmaßnahmen an privaten und kommunalen Gebäuden wie Dämmung, Umbau von Heizungsanlagen, Einsatz von ökologischen Wärmepumpen.

Der Wetteraukreis ist Mehrheitseigner der OVAG (Oberhessische Versorgungsbetriebe AG). Damit hat der Kreistag großen Einfluss auf die kommunale Energieversorgung. Wir wollen, dass dieser Einfluss genutzt wird, um Klimamaßnahmen ökologisch aber auch sozial umzusetzen.

Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn es dafür eine breite Akzeptanz gibt. Das bedeutet: Die Energieversorgung und eine energetische Sanierung von Wohnhäusern muss für Mieter:innen und alle Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbar sein. Strom und Wärme gehören zur Grundversorgung. Sie müssen jedem frei zugänglich sein. Profitinteressen der Energiekonzerne haben hier nichts zu suchen.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Für finanzschwache Haushalte wollen wir einen Sozialtarif für Strom und Wärme, der ein Kontingent zu vergünstigten Preisen bereitstellt. Ergänzend schafft der Wetteraukreis mit der OVAG einen Fonds, um bei Neuanschaffungen den Erwerb sparsamer Verbrauchsgeräte zu ermöglichen.
- Keine Sperrung von Strom oder Wärme finanzschwacher Haushalte bei Zahlungsverzug.
- Erhöhung des Anteils an regenerativen Energien bei der OVAG um jährlich 10 Prozent, um bis 2030 klimaneutrale Energien ohne CO₂ anbieten zu können. Das beinhaltet die Errichtung von Windparks und Photovoltaikanlagen an geeigneten Standorten. Ebenso die Investition in grundlastfähige Hybridkraftwerke und Speichertechnologien. Dezentrale Versorgung hat Vorrang vor Gewinnmaximierung.
- Beteiligungen der OVAG an fossilen Kraftwerken lehnen wir ab.
- Mehr Energieeinsparung heißt weniger Belastung von Ressourcen und Natur. Eine kostenlose Energieberatung mit vorheriger individueller Verbrauchsanalyse durch die OVAG soll für alle Verbraucher möglich sein.
- Veröffentlichung des Energieverbrauchs des Landkreises, aufgeschlüsselt nach kreiseigenen Gebäuden.
- Kreiseigene Gebäude sollen zur Selbstversorgung mittels regenerativer Energien ausgestattet werden. Dies hat Vorbildfunktion für Wirtschaft und private Haushalte.

- Beratung und Unterstützung der regionalen Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität.
- Abbau bürokratischer und technischer Hindernisse bei Bau und Betrieb von erneuerbaren Energieanlagen.
- Unterstützung bei der Anschaffung von Photovoltaik-Kleinanlagen (Balkonkraftwerke).
- Eine sinnvolle Elektromobilität. Dazu gehört die Verwendung von 100% erneuerbarem Strom. Nicht sinnvoll sind große Elektro-SUVs, die Ressourcen und Energie verschwenden.
Wir sind für eine Förderung von E-Bikes, Elektrolastenfahrrädern und E-Rollern. Sie verringern den Autoverkehr.
- Vorrang hat jedoch der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, um den motorisierten Individualverkehr deutlich zu verringern.

2.3 Wasser

Unser Lebenselixier vor Raubbau schützen!

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Grundrecht. Die Wasserversorgung gehört in Öffentliche Hand.

Weltweit steigt die Gier großer Konzerne auf die Wasserressourcen. DIE LINKE spricht sich mit Nachdruck gegen jegliche Privatisierung der Wasserversorgung aus.

Aber nicht selten agieren auch öffentliche Betriebe profitgetrieben. Finanziell unterversorgte Landkreise und Kommunen verdienen am Wasserverkauf. Die kommunale Finanznot verleitet dazu, den Gewinn aus dem Wasserverkauf über den Grundwasserschutz zu stellen.

Zum Schutz der Wasserressourcen braucht es Transparenz bei den Wasserbetrieben und eine demokratischen Kontrolle.

Der Klimawandel und die damit einhergehenden heißen Sommer und niederschlagsarmen Winter belasten die Wasserressourcen. In den letzten zehn Jahren fielen immer wieder Quellen im Vogelsberg und Zuflüsse der Nidda trocken. Diese Entwicklung darf nicht noch durch eine exzessive Wasserentnahme, Raubbau und fehlendes Wassermanagement verschärft werden.

Die Metropolregion Frankfurt wird größtenteils mit Fernwasser versorgt. Das Wasser kommt aus dem Vogelsberg, dem Wohratal, dem Burgwald im Kreis Marburg-Biedenkopf, dem Spessart, dem hessischen Ried. In ganz Süd- und Mittelhessen wird Wasser in riesigen Mengen abgepumpt.

Dabei hat die Rhein-Main-Metropolregion reiche eigene Wasservorräte. In den vergangenen Jahren wurden jedoch Frankfurter Trinkwasserbrunnen stillgelegt, weil ihre Wartung teurer ist, als Fernwasser einzukaufen. Es wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, Betriebswassersysteme auszubauen. Mit aufbereitetem Mainwasser könnten die städtischen Anlagen bewässert werden, statt dafür Trinkwasser zu verschwenden. Mindestens die Toilettenspülungen der öffentlichen Gebäude könnten mit Betriebswasser laufen. Und für alle Neubau- und Sanierungsgebiete müssten Betriebswassersysteme parallel zu den Trinkwassersystemen Vorschrift sein. Dass die Grundwasserressourcen des Umlands leergepumpt werden, muss aufhören!

In der Wetterau ist der ZOV (Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe) für die Wasserversorgung zuständig. Unter seinem Dach ist die OVAG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft) der Hauptakteur bei der Wasserförderung und beim Wasserhandel. Gemeinsam mit dem Vogelsbergkreis und dem Landkreis Gießen wird als Hauptgeschäft die Belieferung der Metropolregion Frankfurt mit Trinkwasser betrieben.

Das meiste Wasser wird im Vogelsberg entnommen: Etwa 40 Millionen Kubikmeter pro Jahr. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Raubbau bei der Wasserförderung. Deshalb gründete sich die „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“, die seitdem die Pegelstände kontrolliert und für ein nachhaltiges Wassermanagement wirbt.

Der Wetteraukreis, die OVAG und der ZOV haben immer wieder versucht, Einfluss auf die Entnahmemenge zu nehmen. Statt konsequent Einsparungen durchzusetzen, ist eine noch höhere Fördermenge das Ziel – was die ökologisch vertretbare Entnahmemenge bei weitem überschreiten würde.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Für ein Sofortprogramm gegen Grundwasserraubbau. Grundwasserstände müssen mit schärferen Grenzwerten gesichert werden.
- Der Wetteraukreis braucht ein Wasserkonzept. Es muss sicher gestellt sein, dass die Wasserressourcen schonend genutzt werden und die hohe Trinkwasserqualität erhalten bleibt.
- Für trockene Sommer braucht es ein worst-case-Konzept.
- Die Lieferung von Fernwasser in die Metropolregion Frankfurt muss auf das absolut Notwendigste beschränkt sein. Ein unabwendbarer Bedarf muss nachgewiesen werden.

- Die Stadt Frankfurt muss dazu gedrängt werden, eigene Wasserressourcen zu nutzen. Dazu gehört die Aufbereitung von Mainwasser, die Nutzung und nicht die weitere Stilllegung eigener Brunnen, der Ausbau und die Förderung von Brauchwasserkreisläufen und die Bewässerung öffentlicher Anlagen mit diesem Brauchwasser.
- Finanzielle Beteiligung der Verbraucherkommunen an der Pflege des Grundwassers in den Erzeugerregionen.
- Regenwasseranlagen und Rückhaltespeicher in Privathaushalten sind zu fördern.
- Flächenversiegelungen sollen vermieden werden.
- Die landwirtschaftliche Nutzung von Grundwasser ist zu beschränken.

2.4 Für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaft

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft sichert als Lebensgrundlage unsere Ernährung und die Vielfalt unserer Kulturlandschaft. Sie stärkt die regionale Wirtschaft der Wetterau, der „Kornkammer Hessens“. Etwa 50 % der Fläche des Wetteraukreises werden von über 800 Betrieben landwirtschaftlich genutzt.

DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Wir setzen uns für eine ökologische Landwirtschaft ein, die die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und zugleich den Menschen vor Ort Perspektiven und existenzsichernde Arbeitsplätze bietet.

Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels und besonders der zunehmenden Trockenperioden, ist der Erhalt der Ackerböden als natürliche Ressource und Lebensgrundlage dringend notwendig.

Ökologische Leistungen wie Grundwasser- und Gewässerschutz, der Erhalt der Artenvielfalt und Klimaschutz müssen von der Gesellschaft angemessen honoriert werden, um eine umweltschonende Produktion zu erreichen. Eine industrielle und umweltschädliche Produktionsweise darf nicht durch öffentliche Gelder gefördert werden oder steuerliche Vorteile genießen.

Die intensive Bewirtschaftung mit großflächigen Monokulturen und der Einsatz von Pestiziden, insbesondere von Glyphosat und Neonicotinoiden, zerstören Lebensräume für Wildtiere. Nahrungsquellen für Insekten, wie wildwachsende Pflanzenarten, werden vernichtet. Der dramatische Rückgang der Insektenvielfalt entzieht wiederum Vögeln und auch anderen Tieren die Nahrungsgrundlage und zerstört Ökosysteme. Zudem gelangen Pestizide über den Boden in Gewässer und

ins Grundwasser. Sie schädigen Wasserorganismen und sind für den Menschen gesundheitsgefährdend.

Für eine nachhaltige Landwirtschaft in der Wetterau ist es entscheidend, den Einsatz von Pestiziden zu minimieren.

Landwirtschaft und Bodennutzung sind eng mit der Klimakrise und dem Artensterben verbunden. Etwa zehn Prozent der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus der Landwirtschaft. Das Klimagas Methan entsteht bei der Tierhaltung, z.B. bei der Verdauung von Wiederkäuern. Lachgas resultiert aus der Verwendung von mineralischen und organischen Düngemitteln.

Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Allein der Anbau von Soja als Futtermittel für die Tierhaltung vernichtet besonders in Südamerika riesige Flächen von Regenwald.

Die industrielle Nutztierhaltung ist oft mit Verstößen gegen Tierschutzvorschriften verbunden. Massentierhaltung verursacht zudem enormes Tierleid durch unnatürliche Lebensbedingungen und viel zu beengte Ställe. Tiertransporte über lange Strecken führen zu unverantwortlicher Tierquälerei.

Nur wenn wir weniger tierische Produkte herstellen, können die Klimaziele erreicht und dieses Leid vermieden werden.

Legt man den aktuellen Lebensmittelkonsum zugrunde, so würde die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche in Deutschland von etwa 18 Millionen Hektar nicht genügen, um den inländischen Bedarf zu decken. Viele Produkte werden importiert. Um diese Abhängigkeit zu reduzieren und langfristig Landwirtschaft und Umwelt zu schützen, muss die Versiegelung landwirtschaftlicher Böden sofort beendet werden.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Die soziale und finanzielle Situation der Landwirte ist zu sichern, z.B. durch eine Verbesserung der Alterssicherung der Landwirt:innen und durch die Einbindung in die gesetzliche Krankenversicherung. Faire Preise für die Erzeuger müssen garantiert werden.
- Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der großen Agrarkonzerne geschützt werden. Wir erwarten, dass sich dafür die Politiker:innen des Kreises in Berlin stark machen.
- Öffentliche Agrarsubventionen sollen an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden.
- Der Ökolandbau soll besser gefördert und ausgebaut werden.
- Für nachhaltige Landwirtschaft und Biodiversität soll auf regionale,

nachbaufähige Sorten ohne Patente gesetzt werden, um die Abhängigkeit von Saatgutkonzernen zu vermeiden und Kosten zu senken.

- Die mehreren hundert Saisonkräfte aus überwiegend osteuropäischen Ländern, die jährlich zur Ernte in der Wetterau eingesetzt werden, sollen angemessen und fair entlohnt werden. Gute Arbeitsbedingungen sind unerlässlich.
- Landwirtschaftliche Flächen dürfen nicht weiter Gewerbegebieten, Straßen, Logistikzentren oder riesigen Umspannwerken zum Opfer fallen.
- Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte soll öffentlich gefördert werden. Zum Beispiel, die Zubereitung der Schulessen mit Produkten aus regionalem Anbau. Gastronomie, Kantinen, Einrichtungen für Gesundheit und Senioren, Einrichtungen der Verwaltung sollen angeregt und unterstützt werden, dort regionale Produkte zu verarbeiten.
Bauernmärkte brauchen öffentliche Unterstützung.
- DIE LINKE ist gegen die Massentierhaltung. Es sind regelmäßige Kontrollen erforderlich, um die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften bei Haltung, Transport und Schlachtung von Tieren sicher zu stellen.
- Die Produktion von Lebensmitteln muss Vorrang haben vor der Biomasse-Erzeugung zur Gewinnung von Energie oder Treibstoffen.

2.5 Für Bodenschutz – gegen Flächenfraß

Nach den Weltmeeren und den fossilen Energieträgern sind unversiegelte Böden der drittgrößte Speicher für gefährliche Treibhausgase. Auch in Hessen müssen der Flächenverbrauch reduziert, Hochwasser-Rückhalteflächen ausgeweitet und mehr unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume geschaffen werden. Das gilt nicht nur für das UNESCO Biosphärenreservat Rhön und die Nationalparkflächen – das gilt auch in der Wetterau. Die Böden sind grundlegend für das Klima und die Ernährungssicherheit. Es muss gewährleistet sein, dass die natürliche Bodenfruchtbarkeit überall erhalten bleibt.

So muss auch eine verantwortungsvolle Stadt- und Siedlungsentwicklung den Schutz unserer Böden ins Zentrum stellen. Der Flächenverbrauch wächst seit

Jahren ungebremst – dabei ist Boden eine endliche Ressource, die nicht beliebig vermehrt werden kann.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Neuversiegelungen drastisch reduziert werden und, wo sie unvermeidbar sind, durch gleich große Entsiegelungen ausgeglichen werden müssen. Rückbau und Renaturierung dürfen nicht länger Randthemen sein, sondern müssen aktiv gefördert werden.

Statt weiterer Zersiedelung durch Einfamilienhäuser braucht es flächensparende Bauweisen. Mehrfamilienhäuser ermöglichen eine effizientere Nutzung von Raum und sparen Boden. Auch bestehende Gebäude können besser genutzt werden, wenn man Wohnfläche pro Kopf reduziert und leerstehende Flächen wiederbelebt. Baulücken müssen zuerst bebaut, bevor neue Flächen in Anspruch genommen werden.

Darüber hinaus gilt es Siedlungen zukunftsfähig zu machen, indem das Stadt- oder Dorfklima Teil der Planungen wird.

Versiegelte Flächen heizen sich stärker auf und verschärfen so die Hitzebelastung. Darum müssen Freiflächen, Frischluftschneisen und Naherholungsräume konsequent geschützt und bei Neubauprojekten eingeplant werden.

Überlauflächen an Bächen und Flüssen dürfen nicht bebaut werden – sie sind unverzichtbar für Hochwasserschutz und ökologische Vielfalt.

Vermehrte Starkregenereignisse, der Schutz des Grundwassers und Hitzeschutz erfordern den Umbau von Wohngebieten und Gewerbeflächen nach dem Prinzip der *Schwammstadt*.

Dabei werden Niederschläge nicht einfach abgeleitet, sondern gezielt gespeichert, aktiv versickert und nutzbar gemacht. Gründächer, entsiegelte Flächen, begrünte Fassaden, Retentionsräume und durchlässige Beläge helfen, Niederschläge aufzufangen, die Grundwasserneubildung zu sichern und Hitze zu mindern. So kann Klimaschutz, Hochwasservorsorge und Lebensqualität zu einem modernen Siedlungsmodell verbunden werden.

Auch bei Gewerbeflächen gilt: Nicht alles darf überall entstehen! Wertvolle Ackerböden sind unsere Lebensgrundlage und dürfen nicht durch neue Gewerbegebiete verloren gehen.

Die künftige Siedlungsentwicklung braucht eine gelenkte Raumplanung. Mittels Bodenbewertungsverfahren und Flächenmanagement können gerade die Kommunen direkt zu Bodenschutz und Flächeneffizienz beitragen.

Unser Ziel ist es, Böden zu schützen, Flächenverbrauch zu begrenzen und Lebensqualität zu sichern. Nur so schaffen wir eine Siedlungsentwicklung, die sowohl den Menschen dient als auch kommenden Generationen eine intakte Umwelt hinterlässt.

Belastung durch Großbauprojekte minimieren

Wir stehen gegen Großbauprojekte, die auf Kosten wertvoller Ackerböden und natürlicher Lebensräume realisiert werden sollen. Im Wetteraukreis droht aktuell durch mehrere solcher Vorhaben ein massiver Eingriff in die Umwelt, der die ökologische Vielfalt und auch regionale Ernährungssicherheit gefährden kann.

Das in Wölfersheim geplante Logistikzentrum eines großen Lebensmittelkonzerns steht seit Jahren unter massivem Druck – sowohl juristisch als auch politisch. Aktuell ist ein Baustopp verhängt. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat massive Bedenken wegen der unmittelbaren Nähe zum Naturschutzgebiet Wetterau geäußert. Das Projekt soll seitens Gemeinde und Konzern jedoch weiter vorangetrieben werden. Wir unterstützen die Initiative des BUND.

In Grund-Schwalheim verwittert ein begonnenes Großbauprojekt eines Online-Versandhändlers zu einer Betonruine. Der Bauherr hat das Interesse an diesem Standort verloren. Wer die Verantwortung für einen Rückbau trägt oder ob ein solcher überhaupt stattfindet, scheint unklar.

Auch ein geplantes Umspannwerk im Gemeindegebiet von Reichelsheim soll auf 30 Hektar Ackerboden entstehen. Landwirte, Naturschützer und Bürger verlangen hier Transparenz und eine angemessene Bewertung der Umweltfolgen. Wir schließen uns diesen Forderungen an.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Neuversiegelungen sind so weit wie möglich zu vermeiden. Wo neue Flächen beansprucht werden, müssen mindestens gleich große Gegenflächen entsiegelt oder renaturiert werden.
- Bauvorhaben sollen vorrangig auf Baulücken, Brachflächen oder durch Nachverdichtung entstehen. Ackerböden, Überflutungsflächen an Bächen und Flüssen sowie Frischluftschneisen sind von einer Bebauung auszuschließen.
- Bei Bauvorhaben sind Maßnahmen nach dem Schwammstadt-Prinzip zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.
- Der Kreis führt ein systematisches Flächenmanagement ein, das vorhandene bebaubare Flächen kartiert und die Inanspruchnahme neuer Flächen streng steuert. Die ausgezeichneten Wetterauer Böden sind vor Gewerbe- oder Logistikprojekten zu schützen.
- Großbauvorhaben müssen nach Umwelteinflüssen und klimatischen Belastungen bewertet werden und nicht ausschließlich nach wirtschaftlichem Nutzen.

- Wir fordern eine direkte Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung bei großen Bauvorhaben und eine aktive Einbindung in den Entstehungs- und Planungsprozess. Dazu eignen sich regelmäßige Bürgergespräche, Informationsveranstaltungen, Bürgerentscheide. Eine offene, ausgewogene Informationspolitik, mit der Chance zur direkten Mitgestaltung ist wichtig.
- Die Einflüsse auf Verkehr, Infrastruktur und eine eventuelle Lärmbelastung während und nach der Fertigstellung eines Großbauprojektes müssen transparent gemacht werden.
- Unternehmen und Betriebe müssen auch nach dem Verlassen solcher Standorte zur Verantwortung gezogen werden können. Sie haben die Verpflichtung, die bebauten Flächen wieder in einen früheren oder nutzbaren Zustand zurückzusetzen. Leerstand muss verhindert werden.

2.6 *Biodiversität erhalten*

Die Artenvielfalt geht auch in der Wetterau immer weiter zurück.

„Erst sterben die Insekten, dann die Vögel“ – so beschreiben Biologen den Zusammenhang in einem ökologischen Raum, wenn eingesetzte Neonicotinoide in der Nahrungskette angereichert werden. Gifte in der Nahrungskette schädigen immer alle Bewohner eines Ökosystems.

In Hessen wurden die Ziele der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie deutlich verfehlt (*Siehe Fortschrittsbericht von 2024*).

Um diesen Prozess umzukehren, muss die immer weitere Zerstörung von Lebensräumen gestoppt werden. Dazu brauchen wir einen sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, der Verkehrsinfrastruktur sowie der industriellen Produktion (*Siehe auch Kapitel 2.1, Seite 48/2.2, Seite 50/2.4, Seite 57*).

DIE LINKE will die bestehenden Naturschutzgebiete erhalten und ihre Schutzfunktion stärken. Bestehende Lebensräume sollen als Biotopverbünde zusammengefügt werden, um Wanderungen von Arten und damit auch eine Reaktion auf den Klimawandel zu ermöglichen. Der Umwelt- und Naturschutz muss als Landesaufgabe mit mehr Personal ausgestattet sein.

Wir begrüßen ausdrücklich die Schutzmaßnahmen in der Wetterau, wie den Auenverbund. Er ist ein gutes Beispiel für wirksamen Naturschutz.

Das will **DIE LINKE.**:

- Eine nachhaltige Waldwirtschaft. Raus aus der HessenForst, (Forstwirtschaft des Landes Hessen), die rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund gerückt hat, hin zu eigenständiger Bewirtschaftung der kommunalen Wälder. Mut zu Urwaldprojekten!
- Finanzielle Unterstützung der Umweltverbände für ihre Arbeit. Lokale Initiativen sind wichtig, um die Verantwortung der Menschen für ihre Umwelt zu fördern.
- Grünflächen in urbanen Gebieten erhalten oder bei der Planung mitberücksichtigen. Das sollte der Wetteraukreis baurechtlich vorschreiben. Die Fällung von Bäumen muss genehmigungspflichtig sein.
- Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden in der Wetterau.
- Wir setzen uns für weitere Biotopverbünde und Schutzmaßnahmen ein.

2.7 **Lärmschutz**

Im Süden der Wetterau nimmt der Fluglärm zu. Der Ausbau des Flughafens und eine maximale Kapazitätssteigerung sind die Ursache. Um die Belastung für flughafennahe Gebiete zu verringern, verteilt ein Netz von Einflugschleifen den Lärm weiträumig in der gesamten Region.

Auch der Verkehr belastet die Anwohner. Dies gilt besonders für die Bundesstraßen, die durch Ortschaften führen.

Hinzu kommt Bahnlärm auch im Rahmen des anstehenden Ausbaus der Bahnstrecke zwischen Bad Vilbel und Friedberg. Hierzu fanden sich bereits Bürgerinitiativen zusammen, um Lärmschutzmaßnahmen zu erreichen.

Bisher gibt es keine politischen Konzepte im Wetteraukreis, die der Lärmbelastung etwas entgegensetzen. Das muss sich ändern.

DIE LINKE. fordert:

- Der Wetteraukreis muss ein Lärmschutzkonzept erstellen. Mit betroffenen Menschen müssen gemeinsam Lärmschutzmaßnahmen entwickelt werden. Die Lärmaktionsplanung muss Wetteraukreis-spezifisch aufgearbeitet werden. Hieraus muss eine klare Ausweisung besonders belasteter Gebiete und Ortsteile erstellt werden.
- Maßnahmen wie Tempo-30-Zonen, Lärmschutzwände oder

lärmmindernder Straßenbelag müssen verbindlich beschlossen und fristgebunden umgesetzt werden – keine bloßen Prüfaufträge.

- Es braucht konkrete Vorschläge für lokale Erholungsräume als geschützte „ruhige Gebiete“. Diese müssen vom Regierungspräsidium verbindlich anerkannt werden.
- Es braucht eine enge Koordination zwischen Landkreis, Kommunen und Regierungspräsidium, um die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen zu beschleunigen.
- Es braucht den Ausbau von ÖPNV und E-Mobilität – zum Beispiel: Ladeinfrastruktur und exklusive Parkzonen für E-Autos – zur Reduktion von Straßenlärm. Car-Sharing-Modelle können den Verkehr in den Kommunen zusätzlich reduzieren.
- Gewerbelärm muss stärker reguliert werden. Hierzu können Betriebszeiten beschränkt, Auflagen zum Schallschutz gegeben oder bei erhöhter Lärmemission Maßnahmen angeordnet werden.

3 Zukunftsfähigkeit für die Wetterau

3.1 Finanzen und Wirtschaft

Kommunale Selbstverwaltung sicherstellen

Die Kommunen in Deutschland erleben eine „Zeitenwende“. Sie rutschen rasant in die roten Zahlen und verlieren an Handlungsfähigkeit.

Während es in den Jahren 2015 bis 2022 Überschüsse in den kommunalen Kassen gab, steigen seit 2023 die Defizite rasch an. In den meisten Städten und Gemeinden sind inzwischen alle Rücklagen aufgebraucht. Im ersten Quartal 2025 waren die kommunalen Haushalte mit 174 Milliarden Euro verschuldet.

Die Haushaltsdefizite erreichten einen historischen Höchststand: 28 Milliarden Euro fehlen in den öffentlichen Kassen. Die Kommunen leben von ihrer Substanz.

Das hat Folgen: Es ist viel zu wenig Geld da, um auf kommunaler Ebene handlungsfähig zu bleiben. Kommunen schultern über 50 Prozent der öffentlichen Investitionen und sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt.

Doch diese Investitionen – vom Straßenbau bis zum Kindergarten, vom Sportplatz bis zum Krankenhaus, vom öffentlichen Nahverkehr bis zum sozialen Wohnraum – sind kaum noch zu schultern.

Auch wenn der Bund in den letzten zehn Jahren 3,5 Milliarden für ein kommunales Infrastrukturprogramm aufgebracht hat: Der Investitionsrückstau beläuft sich auf mindestens 215 Milliarden Euro!

Paradoxerweise sind die kommunalen Einnahmen sogar um 5 Prozent gestiegen. Doch zugleich stiegen die Ausgaben um 10 Prozent.

Gerne wird hier gesagt, das läge an den hohen Tarifabschlüssen und den steigenden Personalkosten. Und natürlich führen die politisch Verantwortlichen hier auch immer steigende Kosten für soziale Leistungen ins Feld.

Doch DIE LINKE. sieht ganz andere Ursachen für die leeren kommunalen Kassen:

■ Die Kommunen sind seit Jahren strukturell unterfinanziert. Bund und Länder arbeiten mit Fördermitteln für Einzelprojekte statt mit einer ausreichenden Finanzausstattung.

■ Bund und Länder erlassen Gesetze, die den Kommunen zusätzliche Aufgaben auferlegen, aber sie sorgen nicht für eine ausreichende Finanzierung (Beispiele: Recht auf einen Kita-Platz, Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche, Unterbringung von Geflüchteten, Ganztagsangebote der Schulen und Schulsozialarbeit, Kosten der Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte

Menschen in sozialen Hilfesystemen, Klimaschutzmaßnahmen, uvm.). Diese Kostenabwälzung ist eine systematische Überforderung der Kommunen.

■ Fast 90 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt fließen 2025 in die Hochrüstung, und die Militärausgaben sollen bis 2035 auf 220 Milliarden Euro steigen. Dieses Geld steht für öffentliche Daseinsfürsorge nicht mehr zur Verfügung. Im Gegenteil: Die Kommunen müssen noch finanzielle Mittel für Heimatregimenter, Instandhaltung der Infrastruktur für militärische Mobilität, Zivil- und Katastrophenschutz usw. aufbringen.

■ Bis 1996 wurde auf Vermögen in Deutschland eine Vermögensteuer von einem Prozent erhoben. Seitdem ist sie ausgesetzt, und damit fehlen für diesen Zeitraum über 380 Milliarden Euro in der Gemeinschaftskasse.

Heute würde eine Vermögenssteuer jährlich etwa 30 Milliarden Euro einbringen.

Mit steigender Tendenz: Denn während es in Deutschland 2001

69 Milliardäre mit einem Vermögen von 243 Milliarden Euro gab, stieg deren Zahl bis 2023 auf 226 Milliardäre mit einem Vermögen von 920 Milliarden Euro.

Doch die letzten Bundesregierungen haben nicht nur auf eine Vermögenssteuer verzichtet, sondern sie gewähren Superreichen und ihren Konzernen großzügige Steuerprivilegien und Investitionshilfen. Außerdem tun sie nichts, um Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu unterbinden.

DIE LINKE. sagt: Wer über die Schulden und die Unterfinanzierung der Kommunen lamentiert, ohne die großen Vermögen zu besteuern und die Hochrüstung zu stoppen, ist unglaublich! Wir brauchen eine andere Prioritätensetzung!

Umfairteilen!

Die Konsolidierung des Landeshaushaltes und somit die Konsolidierung der Haushalte der Landkreise und Kommunen kann nicht durch weiteres Sparen gelingen. Bürger:innen zahlen schon genug Steuern und kommunale Abgaben. Deshalb ist ein weiteres Drehen an der Schraube der Kommunalsteuern und -abgaben nicht hinnehmbar. Eine ausreichende Finanzierung der Kommunen kann nur durch die Erhöhung der Steuereinnahmen auf große Vermögen, hohe Einkommen und Konzern- und Spekulationsgewinne gelingen.

DIE LINKE fordert deshalb eine sozial gerechte Steuerpolitik ein: Starke Schultern sollen stärkere Lasten tragen.

Abrüsten!

Und das Geld darf nicht für Militär und Rüstung ausgegeben werden! DIE LINKE. will die Rückkehr zu Diplomatie und Abrüstung. Das NATO-Rüstungsziel ruiniert Deutschland.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE.* ein:

- Das Grundprinzip, dass Städte und Gemeinden ihre lokalen Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze eigenverantwortlich regeln dürfen, ist durch das Grundgesetz (Art. 28 GG) garantiert. Kommunale Selbstverwaltung und Gestaltungsspielräume darf es nicht nur auf dem Papier geben.
- Eine gerechtere Steuerpolitik. Politiker:innen des Wetteraukreises müssen sich bei ihren Parteien für eine Besteuerung der großen Vermögen einsetzen.
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Müssten alle Leute mit mehr als 4,6 Millionen Euro nur 2 Prozent Vermögenssteuer zahlen und Multimilliardäre sich mit 5 Prozent an der Staatskasse beteiligen, wären das über 85 Milliarden Euro jährlich. Das würde den Bundeshaushalt um knapp 20 Prozent erhöhen. Das Land Hessen hätten dann einen mehr als ausgeglichenen Haushalt und könnte seine Kreise und Kommunen gut ausstatten.
- Die Gewerbesteuer soll in eine *Gemeindewirtschaftssteuer* umgewandelt werden, in der auch Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbständig ausgeübten Tätigkeiten besteht. Diese Steuer ist an die Kommune zu entrichten, in der der steuerpflichtige Ertrag erwirtschaftet wurde, unabhängig davon, ob es sich um einen Hauptsitz oder eine Filiale handelt.
- Streichung der sogenannten „Subsidiaritätsklausel“ in § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Dort wird den Kommunen nur bei erneuerbaren Energien eine eigene wirtschaftliche Betätigung erlaubt.⁶ Kommunen müssen sich wirtschaftlich betätigen können!
- Langfristige Betrachtungen der finanziellen Folgen bei allen Entscheidungen; Sicherung der Nachhaltigkeit.

⁶ Private Unternehmer sind per Gesetz vor öffentlicher Konkurrenz geschützt! Kommunen dürfen sich nicht wirtschaftlich betätigen, wenn das Vorhaben ebenso gut wirtschaftlich von privaten Firmen erfüllt werden kann.

- Keine Verkäufe kommunalen Eigentums zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern. Keine so genannten Sale-and-lease-back-Projekte (Verkauf und Rückanmietung öffentlichen Eigentums). Keine „Public-Private-Partnership“-Projekte (PPP-Projekte), die eine Einschränkung der kommunalen Verfügungsgewalt bedeuten und langfristig oft teurer als öffentliche Lösungen sind. Verzicht auf teure Prestige-Projekte. Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums.
- Eine Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleichs hin zu auskömmlicher, realistischer Finanzausstattung von Landkreisen und Kommunen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.
- Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur (Sozialwohnungen, Sportstätten, Bibliotheken, Schwimmbäder, Straßen, Bürgerhäuser, Jugendzentren, Theater, usw.).
- Konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips: Wer den Kreisen und Kommunen Leistungen per Gesetz zuweist, muss für die entstehenden Kosten vollumfänglich aufkommen (Wer bestellt, der bezahlt!).
- Keine Kooperationen mit der Bundeswehr: Keine Zivil-militärische Zusammenarbeit, keine Heimatschutz-Konzepte, keine Bereitstellung von kommunalen Arbeitskräften für Rüstungsaufgaben, keine Kooperation der Gesundheitseinrichtungen des Wetteraukreises zur Vorbereitung des Kriegsfalls.
- Kommunen und kommunal Verantwortliche sollen mit Nachdruck für Frieden und Abrüstung eintreten!

Grundsatz: Beteiligung der Bürger:innen am Haushalt

Die Gestaltung des Haushalts ist die Frage kommunaler Politik, die die größten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung hat. Dabei geht es neben Entscheidungen, die nur für das jeweilige Jahr wirksam sind, auch um Entscheidungen (z.B. Verkehrs-, Umwelt- und Immobilienprojekte, Privatisierungsentscheidungen), die in ihrer Wirksamkeit weit über die aktuelle Wahlperiode, teilweise sogar über eine ganze Generation hinausgehen.

In allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -führung und -kontrolle soll die aktive Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen und der Prioritätensetzung gesichert sein. Haushaltspolitische Entscheidungen müssen für die Bürger:innen transparent sein.

3.2 Daseinsvorsorge verteidigen und ausbauen

Privatisierungen verhindern!

Der allgemeine Zugang zu Diensten und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu zählen die öffentliche Versorgung mit Energie und Wasser, die Entsorgung von Abfall und Abwasser, der Öffentliche Personennahverkehr, Straßenbau und Straßenreinigung, Bauleitplanung, Sozialhilfe, Jugendhilfe und Arbeitsförderung, Kindertagesstätten, Schulträgerschaft, Gesundheitswesen, Krankenhäuser und Rettungsdienst, Katastrophenschutz, die Kulturpflege, Schwimmbäder, Bibliotheken und Museen. Diese Leistungen müssen in öffentlicher Hand bleiben bzw. wieder dorthin zurückgeführt werden, soweit sie bereits privatisiert sind.

Dafür setzt sich **DIE LINKE.** ein:

- Öffentlich vor Privat!
- Im Mittelpunkt der Leistungen der Daseinsvorsorge müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen.
- Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – Privatisierung lehnen wir ab.
- Rückumwandlung kommunaler Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) in kommunale Eigenbetriebe.
- Eine kommunale Daseinsvorsorge muss sich an dem Leitbild einer sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung orientieren. Zivil-militärische Aufgaben lehnen wir ab!
- Die Bürger:innen vor Ort müssen einen stärkeren Einfluss auf Art und Umfang der öffentlichen Dienstleistungen und auf die Art ihrer Bereitstellung haben.

3.3 Sparkassen für die Bürger:innen

Sparkassen sind besondere Kreditinstitute. Im Idealfall zocken sie nicht an den internationalen Finanzmärkten, sondern betreiben ein simples Geschäft: Sie sammeln Geld in der Region ein und verleihen es wieder in der Region. Gewinne fließen den Kommunen und damit dem Gemeinwohl zu. Bürgernähe ist ihr gesellschaftlicher Auftrag.

Wir setzen uns für den Erhalt der Sparkassen in kommunaler Trägerschaft ein, weil die Sparkassen gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken (z.B. Volks- und

Raiffeisenbanken) eine wichtige Funktion im regionalen Kreditgeschäft haben, insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen. Eine Übernahme und weitere Fusionen auch innerhalb des öffentlichen Bankensektors lehnen wir ab.

Die Überschüsse der Sparkasse Oberhessen müssen an die Trägerkreise (Wetterau, Vogelsberg) in der Höhe ausgeschüttet werden, die das Sparkassengesetz zulässt.

Die Sparkasse Oberhessen ist vor einigen Jahren mehrfach in die Kritik geraten, weil sie mit fragwürdigen Zinsberechnungen zum Bankrott mittelständischer regionaler Unternehmen beigetragen hat. Wir verlangen eine konsequente Geschäftspolitik für die regionale Wirtschaft und im Interesse der Bürger:innen.

Personalabbau und den Rückzug aus der Fläche lehnen wir ab. Damit hätten – besonders im Ostkreis – ältere und nicht motorisierte Bürger:innen keinen analogen Finanzdienstleister mehr in ihrer Umgebung. Zumal bereits viele Filialen vor Ort geschlossen wurden.

Inzwischen setzt die Sparkasse Oberhessen zunehmend auf Onlinebanking. Doch der Zugang zum Internet ist nicht für alle Personengruppen selbstverständlich. Das betrifft zum Beispiel auch Menschen ohne ausreichendes Einkommen, die sich ein entsprechendes Equipment und einen Internetzugang nicht leisten können.

Viele Menschen mit geringem Einkommen oder Grundsicherung haben ihr Konto bei der Sparkasse. Die Gebühren für diese Personengruppen sind unverhältnismäßig hoch. Bei der Gebührengestaltung scheinen soziale Überlegungen überhaupt nicht vorzukommen.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Demokratische Kontrolle der Sparkassen. Transparente Berichterstattung an den Kreistag.
- Ausschüttung der Überschüsse an die Trägerkreise.
- Kreditvergabe vor allem an Projekte, die sozial verträglich, ökologisch sinnvoll und der Nachhaltigkeit verpflichtet sind.
- Sofortige Beendigung von falschen Zinsberechnungen! Unverzögliche Weitergabe und korrekte Berechnung der Vorgaben des Leitzinses. Kulante Beilegung der „Altfälle“, bei denen falsche Zinsberechnungen vorgenommen wurden.
- Keine Teilnahme an Zockergeschäften, globalen Spekulationen, Derivatehandel usw.
- Sicherung einer Grundversorgung mit Bankdienstleistungen, keine Schließung weiterer Bankfilialen. Kein finanzieller Druck zur Umstellung auf Onlinebanking.

- Bereitstellung von gebührenfreien Basiskonten, auch „Sozialkonten“ genannt: An Menschen in der Grundsicherung, aufstockende Rentner:innen, an Niedriglöhner:innen und Geflüchtete im Sozialleistungsbezug. Falls gewünscht auch in Form von Pfändungsschutzkonten.

3.4 Gewerbeansiedlung im Interesse Aller realisieren

Die Gewerbeansiedlung in den Kommunen des Wetteraukreises kann nicht isoliert für jede einzelne Kommune betrachtet werden. Die Kämmerer der Städte und Gemeinden verfahren bisher nach dem Konkurrenzprinzip, um Gewerbe anzulocken. Mit immer neuen Dumpingpreisen für Gewerbegebietsflächen leisten sie damit häufigen Umzügen von Unternehmen in die billigeren Kommunen Vorschub.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Kein Wettbewerb der Städte und Gemeinden untereinander um Gewerbeansiedlungen.
- Keine Absenkung von Steuern, Gebühren und Abgaben zum Anlocken von Unternehmen. Gleiche Hebesätze für Gewerbesteuern.
- Die Kämmerer der Städte und Gemeinden werden aufgefordert gemeinsam eine Ansiedlungspolitik im gegenseitigen Miteinander für den gesamten Wetteraukreis zu verwirklichen. Der Kreis wirkt hierbei als Moderator. Die Verteilung der Gewerbesteuern muss solidarisch organisiert werden!

3.5 Fair einkaufen und gezielt fördern

Verantwortung als Auftraggeber wahrnehmen

Die Öffentliche Hand löst Aufträge im Wert von 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus und könnte diese Marktmacht sehr sinnvoll nutzen, um soziale und ökologische Standards zu verbessern. Auch der Wetteraukreis tritt als umsatzstarker Einkäufer auf. *DIE LINKE* will, dass der Kreis mit seinen Ausschreibungen und Einkäufen für Nachhaltigkeit, Klimafreundlichkeit und soziale Gerechtigkeit eintritt.

Nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist es ausdrücklich erlaubt, soziale und ökologische Gesichtspunkte in die Vergabekriterien aufzunehmen.

Hessen hat 2021 sein Vergabegesetz novelliert. Leider wird von den Unternehmen, die für die Öffentliche Hand arbeiten, weiterhin nicht die Einhaltung von Tariflöhnen eingefordert – außer im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Das Gesetz wirkt also nicht der erodierenden Tarifbindung entgegen, es belohnt sogar noch Unternehmen, die nicht seriös kalkulieren und so die billigsten Angebote machen können. Dazu sind die sozialen und ökologischen Kriterien weiterhin schwammig formuliert, und es gibt weiterhin auch keine systematischen Kontrollen der bestehenden Regelungen.

Staatliche und kommunale Auftraggeber sollen Unternehmen mit Aufträgen betrauen, die gesellschaftlich sinnvoll handeln. Subunternehmerketten sollen ausgeschlossen sein. Bei öffentlichen Aufträgen müssen sozial-ökologische Kriterien angelegt werden, Tarifbindung und ein armutsfester Mindestlohn sind ebenso notwendig wie Kontrollen und Sanktionen. Die Unternehmen, müssen den Kernforderungen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) genügen.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Bei der Vergabe kommunaler Aufträge und beim Einkauf des Wetteraukreises sind soziale und ökologische Kriterien besonders zu berücksichtigen. Hierzu sind verbindliche Mindeststandards in jeder öffentlichen Ausschreibung festzuhalten. Bei allen Ausschreibungen muss der Anbieter überprüfbar nachweisen, dass bei Erbringung der Leistung der gesetzliche Mindestlohn nicht unterschritten wird.
- Beim Einkauf von Produkten ist sicherzustellen, dass bei der Produktion die Kernarbeitsnormen der ILO eingehalten wurden. Im Zweifel sind Produkte vorzuziehen, die über entsprechende Zertifikate verfügen. Nur so kann verhindert werden, dass mit dem Geld der Wetterauer Bürger:innen Sklaverei und Kinderarbeit gefördert wird.
- Die Beauftragung von Subunternehmen bei kommunalen Aufträgen ist auszuschließen.
- Nach der Auftragserledigung müssen die Rechnungen durch die kommunalen Auftraggeber zeitnah bezahlt werden.
- Angriffe der EU, die die kommunale Selbstverwaltung schwächen oder aushebeln, lehnen wir ab.

3. 6 *Zukunftsfähige Digitalpolitik*

Eine nachhaltige Digitalpolitik muss vom gewünschten Ergebnis her gedacht werden, anstatt den neuesten technischen Trends hinterherzulaufen. Das Ziel sollte stets sein, das gewünschte Ergebnis mit den einfachsten möglichen Mitteln zu erreichen, anstatt nach einer Einsatzmöglichkeit für die neueste Modetechnologie zu suchen.

Die Linke setzt sich dafür ein, durch barrierefreie Digitalisierung der Verwaltung die Zahl nötiger Behördengänge zu reduzieren. Dabei soll die Nutzung des digitalen Angebots jedoch nie die einzige Möglichkeit der Erledigung sein. Menschen, die die digitale Nutzung nicht wünschen oder nicht dazu in der Lage sind, müssen Alternativen geboten werden.

Mittlerweile nutzt die faschistische Regierung der USA die technische Dominanz der USA im digitalen Bereich völlig offen als Druckmittel gegen andere Staaten und unliebsame Institutionen. Beispielhaft seien die Sperrung des Email-Kontos von Karim Khan, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs genannt, sowie die Drohung, europäische Digital- und Datenschutzgesetzgebung mit Zöllen zu bestrafen. Die Nutzung amerikanischer digitaler Infrastruktur muss mittlerweile als unkalkulierbares Sicherheitsrisiko gewertet werden. Von ihrer Nutzung sollte – wo immer es möglich ist – Abstand genommen werden.

Dazu sind einige Anstrengungen erforderlich. Diese lassen sich nach Ansicht der Linken am sinnvollsten durch den Einsatz und die öffentliche Forderung von quelloffener, freier Software auf europäischer Infrastruktur bewältigen. Solche Software kann den eigenen Bedürfnissen entsprechend eingesetzt und weiterentwickelt werden. Dadurch verringert sich die Abhängigkeit von den Launen amerikanischer oder sonstiger Firmen und ihrer Regierungen deutlich.

Auch soll Software, die mit öffentlichen Geldern und möglicherweise von öffentlichen Stellen entwickelt wurde, quelloffen sein. Dies schafft Transparenz, indem es der Öffentlichkeit erlaubt, sich selbst ein Bild von der Funktionsweise der Software zu machen. Zudem erlaubt es unabhängigen Interessierten, Fehler zu beseitigen oder neue Funktionen einzuführen. Diese können dann bereitgestellt und in die Software integriert werden. Dadurch wird eine schnellere Weiterentwicklung ermöglicht.

Dafür setzt sich **DIE LINKE ein:**

- Digitale Unabhängigkeit: Öffentliche Einrichtungen sollen, wo immer möglich, auf quelloffene, freie Software setzen. Der Kreis unterstützt freie Softwareprojekte finanziell und gegebenenfalls durch Beiträge zur Entwicklung.

- Öffentliche Gelder, öffentliche Software: Der Kreis setzt sich dafür ein, dass der Quellcode einer Software, die mit öffentlicher Finanzierung entwickelt wurde, unter einer freien Lizenz veröffentlicht wird. Dies betrifft beispielsweise das hessische Schulportal.
- Digitalisierung der Verwaltung: Wo es möglich ist, sollen digitale Angebote geschaffen werden, um Behördengänge zu ersetzen. Gleichzeitig darf die Inanspruchnahme digitaler Angebote nicht zwingend sein. Menschen, die den Umgang mit dem Internet nicht beherrschen, nicht wünschen oder sich einen Internetzugang nicht leisten können, dürfen nicht zurückgelassen werden.
- Digitalisierung und Schulen: Digitalisierung muss als Aufbau einer tragfähigen Infrastruktur verstanden werden. Im schulischen Bereich muss sie vor allem der reibungslosen Kommunikation zwischen Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern dienen.
Für schuleigene Hard- und Software muss eine kontinuierliche Wartung gewährleistet sein, um Funktionalität und Sicherheit zu gewährleisten.
- Digitale Geräte an Schulen erfordern vor allem auch eine pädagogische Konzeption. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie sind zu beachten!
In Grundschulen ist der Einsatz digitaler Geräte nicht sinnvoll. Die Kinder müssen haptische Erfahrungen machen, sich bewegen und ihre Wahrnehmung entwickeln. Wir sind gegen den Einsatz in der Grundschule.
In der Mittelstufe braucht es Erziehung zur Medienkompetenz, um Suchtverhalten und Manipulation entgegenzuwirken.
Berufsschulen und Oberstufen sollen mit hochwertiger IT ausgestattet sein, die den Anforderungen der Arbeitswelt gerecht werden.

4 Für eine demokratische Wetterau

Mitgestalten statt verwaltet werden!

Im März 2025 hat der Hessische Landtag das „Gesetz zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ beschlossen. Das hat negative Folgen für eine demokratische Mitbestimmung in den Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Das Auszählverfahren bei Kommunalwahlen wurde geändert. Das bisherige Auszählverfahren nach „Hare-Niemeyer“ verteilt die Sitze direkt nach dem prozentualen Stimmenanteil der einzelnen Parteien. Das neue Auszählverfahren nach „D’Hondt“ bevorzugt dagegen große Parteien in der Verteilung der Sitze. Das erschwert die Wahrnehmung demokratischer Mitgestaltungsrechte für oppositionelle Gruppen und Meinungen. Die Vielfalt im Parlament und die parlamentarische Repräsentanz geht verloren. Die Stimmen zahlreicher Wähler:innen werden nicht mehr berücksichtigt.

Bisher war die Größe eines kommunalen Parlaments an die Einwohnerzahl gekoppelt. Das entfällt jetzt. Bestehende Parlamente brauchen keine Zwei-Drittel-Mehrheit mehr, um die Zahl der Abgeordneten zu reduzieren. Das behindert ein weiteres Mal die Möglichkeiten kleiner Parteien und Wählergruppen, denn sie brauchen dann wesentlich mehr Wählerstimmen, um parlamentarisch vertreten zu sein.

Außerdem legt die Landesregierung unter dem Vorwand der Planungsbeschleunigung, die Axt an die Möglichkeiten zur öffentlichen Beteiligung bei Bauleitplanungen und Planfeststellungsverfahren. Bürgerentscheide wurden erschwert. Die Argumentation der Planungsbeschleunigung ist ein Vorwand.⁷

4.1 Transparente Parlamentsarbeit

Parlamentarische und außerparlamentarische politische Arbeit sind für DIE LINKE. untrennbar. In politischen Kämpfen und bei Wahlen vertreten wir unsere demokratischen Reformprojekte und wollen politische Mehrheiten für deren Durchsetzung gewinnen. Wir arbeiten für andere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse. Unser Ziel ist es, die kapitalistische Profitlogik zu überwinden und Politik für die Mehrheit der Menschen möglich zu machen.

⁷ Beispiel Frankfurt: Dort gab es in den letzten Jahren nur einen einzigen Bürgerentscheid. Von Planungsbeschleunigung kann also nicht die Rede sein, dazu müsste die Landesregierung ganz grundsätzlich Planungsverfahren beschleunigen, anstatt Öffentlichkeitsbeteiligung einzuschränken.

Die parlamentarische Arbeit gestalten wir so, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen dient. Wir bemühen uns um Transparenz politischer Prozesse und wollen Missbrauch politischer Macht aufdecken und verhindern.

4.2 *Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalvertretungen erhalten und ausbauen*

Die Freiheit der Bürger:innen, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen, hängt in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen des Alltags wie auch der Zukunft der Gesellschaft entschieden. DIE LINKE engagiert sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für starkes kommunales Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Damit Demokratie keine leere Hülle ist, brauchen Kommunen und Staat hinreichende finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Prozesse.

Auch deshalb lehnen wir eine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Sicherungssysteme ab und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigentums.

Wir wollen keine Selbstentmachtung von Kommunalvertretungen. Wir sind gegen die Auslagerung kommunaler Betriebe in Beteiligungsgesellschaften (gGmbH, GmbH, AG), weil sie dann nicht mehr der demokratischen Kontrolle unterliegen.

Wir sind gegen eine Benachteiligung der demokratischen Vertretungen von kleinen Parteien oder Wählergruppen in den hessischen Parlamenten: Der Beschluss der Hessischen Landesregierung zur Erschwerung von Bürgerbegehren und dem Wechsel des Wahlauszählungsverfahrens von Hare-Niemeyer zu D'Hondt muss rückgängig gemacht werden! Weiterhin muss die Anzahl der Abgeordneten an die Einwohnerzahl geknüpft sein.

Keine Bevorzugung großer Parteien und keine Abrundung der Wählerstimmen zu Lasten der kleinen Parteien und Wählergruppen!

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – jede weitere Privatisierung lehnen wir ab.
- Rückumwandlung kommunaler Beteiligungsgesellschaften in kommunale Eigenbetriebe.

- Wenn schon Beteiligungsgesellschaften, dann Gestaltung von Gesellschaftsverträgen in der Art, dass ein größtmöglicher Einfluss der kommunalen Anteilseigner gewährleistet wird.
- Ablehnung von Freihandelsabkommen, weil dann lukrative Teile der Öffentlichen Daseinsfürsorge nicht vor Privatisierung geschützt sind.
- Gewählte kommunale Vertreter in den Aufsichts- und Kontrollgremien, sollen sich juristisch verbindlich zur Umsetzung der Beschlüsse der Kommunalparlamente verpflichten.
- Aufsichtsräte und Betriebskommissionen müssen vergrößert werden, damit sie die demokratisch gewählte Zusammensetzung der Kommunalparlamente widerspiegeln.
- Rücknahme der undemokratischen Beschlüsse des Hessischen Landtags: Kein Wahlauszählungsverfahren nach D'Hondt, keine Verkleinerungen von kommunalen Parlamenten, keine Beschränkung für Bürgerbegehren!

4.3 *Demokratische Transparenz durch Bürgerbeteiligung*

DIE LINKE will die demokratischen Rechte der Bürger:innen erweitern. Deswegen lehnen wir die Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung vom März 2025 ab.

Wir stellen uns solidarische Bürgerkommunen vor, in denen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten und die soziale und ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften eigenständig in die Hand nehmen können.

Die zivilgesellschaftliche Selbstverwaltung ist ein wichtiges Feld für demokratisches Miteinander. Sie festigt den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden. Vereine, Verbände und Initiativen ermöglichen vielen Bürger:innen, Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben in vielfältigen Bereichen zu übernehmen.

DIE LINKE will die Zivilgesellschaft fördern. Dafür bedarf es neuer Entscheidungsmodelle, größerer Transparenz, Befragung und Einbeziehung der Bürger:innen in politische Entscheidungsprozesse und öffentlicher Kontrolle, um die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu sichern.

Damit eine breite Beteiligungskultur entstehen kann, müssen Diskussions- und Entscheidungsprozesse öffentlich nachvollziehbar und für alle zugänglich werden.

Wer politisch verantwortungsvolle Bürger:innen will, muss ihnen entschieden mehr Möglichkeiten zur Einflussnahme durch direkte Demokratie geben. Wer die

Bürger:innen stattdessen ausschließen will, baut Mitsprachemöglichkeiten ab. Es reicht nicht, dauernd von „der Demokratie“ zu reden. Demokratie ist, wenn demokratische Rechte wahrgenommen werden können und eine wirkungsvolle Opposition für politische Korrekturen sorgt.

Das fordert *DIE LINKE*:

- DIE LINKE. fordert, dass die von der Hessischen Landesregierung 2025 beschlossenen Beschränkungen bürgerlicher Mitspracherechte zurückgenommen werden.
- Wir sehen Politik, Verwaltung und Bürger:innen als gleichberechtigte Partner an.
- Es muss generelle Praxis werden, dass mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld rechtzeitig mit der Öffentlichkeit entwickelt, beraten und entschieden werden.
- Oberstes Ziel soll es sein, die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Vorbereitung und Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten zu befördern. Dafür müssen ausreichende Voraussetzungen geschaffen werden. Vor den Entscheidungen in den Ausschüssen und im Plenum der Kommunalvertretungen muss Vertreter:innen von Verbänden, Vereinen, Initiativen und Organisationen aber auch von der Entscheidung Betroffenen ein Anhörungsrecht eingeräumt werden.
- Öffentliche Einrichtungen müssen zugänglich sein. Alle Bürger müssen ihre Angelegenheiten regeln können – sowohl digital als auch analog. Planungen und Vorhaben sollen in verständlicher Sprache erklärt werden, Bürger:innen müssen Fragen stellen können.
- Verträge der Öffentlichen Hand, deren Inhalt ganz oder teilweise geheim gehalten wird, darf im Parlament nicht zugestimmt werden. Derart abgeschlossene Verträge sollten rechtlich keine Gültigkeit haben.
- Die gängige Praxis der Kommunalvertretungen, Grundstücksangelegenheiten in nichtöffentlichen Sitzungen zu behandeln, ist zu beenden!
- Gefordert ist eine neue Transparenz der öffentlichen Informationspolitik, bei der es nicht mehr im Ermessen von Politik und Verwaltung liegen kann, welche Informationen in welcher Form an die Bevölkerung gegeben werden. Maßstab soll sein, dass der Bevölkerung die Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht wird.

- Die Gebühren für Akteneinsichten sind so niedrigschwellig zu gestalten, dass sie auch für finanzschwache Bürger:innen und Gruppen keine Hürden darstellen. Einfache Akteneinsichten sind kostenlos anzubieten. Transparenz in den Entscheidungen ist eine Bringschuld einer demokratischen Verwaltung.

4.4 Gleichberechtigung durchsetzen!

Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung sind die ungleichen Chancen zwischen verschiedenen Geschlechtern nicht aufgehoben. Politische und wirtschaftliche Macht sind patriarchalisch geprägt.

Geschlechtergerechtigkeit muss für Frauen durchgesetzt werden aber auch für Menschen anderer geschlechtlicher Identität (*siehe Kapitel 4.5 – Seite 81*).

Es gibt keine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben. Die meisten Leitungspositionen sind immer noch von Männern belegt.

Die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern beträgt in Deutschland zwischen 16 und 18 Prozent. Der Frauenanteil bei Niedriglohnbeschäftigten liegt bei über 60 Prozent. Entsprechend niedrig fallen die Frauenrenten aus.

So ist ein Großteil der Menschen, die in prekären Verhältnissen leben weiblich. Ein großer Teil der alleinerziehenden Frauen ist arm.

Noch immer wird Frauenpolitik überwiegend im Rahmen der Familienpolitik betrachtet und behandelt. Einen eigenen Lebensentwurf umsetzen zu können – frei von Rollenklischees – ist keine Selbstverständlichkeit. Dass Familienarbeit, Erziehungsaufgaben und Pflege gleichberechtigt aufgeteilt werden, sehen wir als wichtige Voraussetzung für eine freie und demokratische Gesellschaft.

Sexuelle, körperliche und psychische Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weit verbreitet. Vielfach findet Gewalt im häuslichen Umfeld statt. Es muss eine öffentliche Aufgabe sein, den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten. Zurzeit sind überall Frauenhäuser unterfinanziert und überbelegt. Auch hier in der Wetterau müssen die Einrichtungen für Frauen in Notsituationen erweitert und personell aufgestockt werden.

Frauenförderung ist eine Aufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfassen muss. Dass patriarchale Strukturen offengelegt und beseitigt werden, ist ein Kernpunkt linker Politik. Wir sehen die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe, die es in allen Politikbereichen zu beachten gilt.

Das will **DIE LINKE**.:

- Kostenfreie Ganztageseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen.
- Existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Frauen in allen Bereichen, die dem Wetteraukreis obliegen.
- Befristete Arbeitsverhältnisse in unbefristete umwandeln.
- Mindestens Mindestlohn! Kein Unterlaufen des Mindestlohns durch Subunternehmen.
- Reinigungskräfte und Hausmeisterinnen in Schulen und Verwaltungsgebäuden in vollem Umfang durch den Eigenbetrieb des Wetteraukreises anstellen.
- Arbeits- und beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Förderung von Frauen. Alle Angebote der beruflichen Weiterbildung muss es auch als Teilzeitangebote geben und verkehrsgünstig erreichbar.
- Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Frauen ausweiten und finanziell ausreichend ausstatten.
- Förderung und finanzielle Absicherung der Organisationen vor Ort (z.B. Frauenhaus, Frauennotruf, Wildwasser...), die gegen häusliche Gewalt und Mobbing arbeiten und den von Gewalt betroffenen Menschen Beratung, Hilfen und Schutzräume bieten. Unterstützung des Fachpersonals bei der Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber Gewaltstrukturen.
- 500.000 Euro sofort zur Erweiterung des Frauenhauses Wetterau und die Aufstockung des Personals. Aufstockung der jährlichen Zuwendungen auf 150.000 Euro. Ausweitung der Unterstützung für den Frauennotruf, Wildwasser, Frauenzentrum.
- Angebote für Migrantinnen – nicht nur im Bereich der Sprache, sondern auch bezüglich ihrer Rechte.
- Frauengesundheitsprojekte fördern und initiieren (z.B. Mammographie Screening , Einrichtung eines Wetterauer Frauengesundheitszentrums, Erstellung eines regelmäßigen Frauengesundheitsberichts, kostenlose Vergabe von Verhütungsmitteln an finanziell schlechter gestellte Frauen.
- Antidiskriminierungsgesetz konsequent anwenden – Quotierung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

- Sensibilisierung und Förderung von Kompetenzen bezüglich der Geschlechtergerechtigkeit für alle an Entscheidungsprozessen Beteiligten in der Kreisverwaltung und den Kreiseinrichtungen.
- Einrichtung besonderer Fördermaßnahmen für Frauen zur Übernahme von Führungsaufgaben in den kommunalen Verwaltungen.

4.5. Für die Akzeptanz aller Lebensweisen!

DIE LINKE setzt sich für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen ein. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist für uns selbstverständlich. Wir fordern, die gesetzliche Realität dieser gesellschaftlichen Realität anzupassen. Wir wenden uns gegen jegliche Diskriminierung, sei es privat, in der Bildung oder am Arbeitsplatz.

Dass queere Menschen Hass und Hetze ausgesetzt sind, in der Schule, auf der Arbeit, im Internet, auf der Straße, das ist nicht neu. Neu ist die erhöhte Sichtbarkeit solcher Taten. Es wird deutlicher, wer dahintersteckt, weil die Täter sich offener zeigen. Stärker als zuvor organisieren sich Rechtsextreme, um gegen LGBTQIA+ Personen⁸ Stimmung zu machen und sie anzugreifen. Und sie werden dabei immer hemmungsloser.

Ende 2024 veröffentlichte das Bundesinnenministerium erstmals einen Lagebericht zur »kriminalitätsbezogenen Sicherheit« von LGBTQIA+ Personen.

Die Auswertung zeigt, dass sich die erfassten Straftaten seit 2010 nahezu verzehnfacht haben. Sie belegt außerdem, dass der überwiegende Teil der Tatverdächtigen männlich und deutsch ist — sowie in jedem dritten Fall politisch rechts motiviert.

Die Stimmung gegenüber queeren Menschen und ihren Unterstützer:innen ist deutlich aggressiver geworden, was auch bei den Anfeindungen und Übergriffen auf die Christopher-Street-Day-Demonstrationen sichtbar wird.

Gerade vor diesem Hintergrund stellen wir uns entschieden gegen die Gewalt, die viele queere Menschen innerhalb ihrer Familie, ihres sozialen Umfeldes oder auf der Straße erfahren. Wir sind solidarisch mit Menschen aller sexuellen Orientierungen und Geschlechter, die dafür kämpfen, dass staatliche und gesellschaftliche Normativität aufgebrochen wird. Alle haben das Recht auf ein selbstbestimmtes, gewaltfreies und diskriminierungsfreies Leben!

Bisher ist ein Angebot für LGBTQIA+ Personen im Wetteraukreis eher spärlich. DIE LINKE. Kreistagsfraktion hat dazu Anfragen gestellt und in Anträgen die

⁸ lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, intersex und asexual

Weiterbildung der Mitarbeiter:innen der Kreisverwaltung sowie eine Sensibilisierung der Verwaltung für die Situation dieses Personenkreises gefordert. Dies wurde im Kreistag auch beschlossen und muss weiter fortgeführt werden – denn die Mehrzahl der Beschäftigten der Kreisverwaltung hat noch keine solche Schulung besucht.

Es braucht Anlaufstellen für queere Menschen im Wetteraukreis. Nicht nur im Westkreis, sondern auch im Ostkreis. Beratungs- und Schutzeinrichtungen braucht es für Jugendliche, aber auch für jede andere Altersgruppe, ebenso wie für Personen des betroffenen sozialen Umfelds. Fachlich kompetente Beratung, Möglichkeiten zur Aufarbeitung von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen und Unterstützung für die Alltagsbewältigung wären wichtige Arbeitsfelder. Außerdem soll es Schutzräume geben, sowohl als diskriminierungsfreie Begegnungsstätten als auch als Fluchtmöglichkeit im Falle von Übergriffen.

Des Weiteren ist die Situation für Personen, die sich keinem Geschlecht zuordnen oder mit ihrem zugewiesenen Geschlecht nicht oder nicht ganz identifizieren bei der Benutzung von Toiletten und dem Besuch von Schwimmbädern oder Sportstätten schwierig bzw. für diese Personen oftmals so unangenehm, dass sie sich von diesen Aktivitäten ausgeschlossen fühlen.

Die in der Gesellschaft vorherrschende, auf Klischees reduzierte und oft diskriminierende Wahrnehmung von queeren Menschen möchten wir überwinden. Hierfür ist Bildung ein essenzieller Punkt. Ohne Wissen kann keine gesellschaftliche Veränderung herbeigeführt werden.

Es bedarf sowohl einer politischen Thematisierung von Diskriminierung und Gewalt als auch einer erhöhten medialen und gesellschaftlichen Repräsentanz von queeren Menschen.

Dafür setzt sich **DIE LINKE. ein:**

- Kommunale Beratungs- und Anlaufstellen für queere Menschen und ihr soziales Umfeld, vor allem auch im Ostkreis – nicht nur für Jugendliche, sondern auch für ältere Personen.
- Förderung einer queeren Infrastruktur und Einsetzung eines Queer-Beauftragten in der Wetterau.
- Errichtung lokaler Schutzräume, die diskriminierungsfreie Begegnungen ermöglichen und bei Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt Schutz bieten.

4.6 Jugend muss mitbestimmen

Demokratie lebt vom Mitmachen

Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist in der HGO (Hessische Gemeindeordnung) §4c und der HKO (Hessische Landkreisordnung) in §4c festgeschrieben. Mit der Umsetzung dieses Zieles hapert es allerdings vielerorts noch. Für den Wetteraukreis gibt es keine formale Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Dabei ist es wichtig, dass gerade Kinder und Jugendliche unsere Gesellschaft möglichst früh als einen Ort demokratischer Mitbestimmung erleben. Die Einrichtung umfassender Beteiligungsmöglichkeiten bildet daher einen Schwerpunkt unserer Kommunalpolitik.

Im Bereich der Jugendarbeit gibt es in der Wetterau noch sehr viel zu tun. Viele Gemeinden außerhalb der Mittelzentren haben keinerlei Angebote für ungebundene Jugendliche. Rechtsextreme Gruppen nutzen dies aus und versuchen mit Freizeitangeboten, Jugendliche für sich zu gewinnen. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Aktives und passives Wahlrecht ab 16 Jahren.
- Für Kinder bis 12 Jahre streben wir die Einrichtung bzw. Ausweitung projektbezogener Mitbestimmung z.B. bei der Gestaltung von Spielplätzen an. Hier sind vor allem die Städte und Gemeinden gefordert, tragfähige pädagogische Konzepte vorzulegen und umzusetzen. Die Unterstützung von erfahrenen, landesweiten Beteiligungsnetzwerken sollte dabei in Anspruch genommen werden.
- Für Jugendliche und junge Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren soll ein Kreis-Jugendparlament mit Jugendlandrat eingerichtet werden. Der Jugendlandrat ist direkt vom Jugendparlament zu wählen. Das Parlament muss über eigene Mittel verfügen sowie mit Antrags-, Rede- und Anfragerecht für alle jugendrelevanten Fragen im Kreistag ausgestattet sein.
- Allein die Einrichtung von Jugendbeiräten in den Städten und Gemeinden reicht nicht aus. Die Jugendlichen benötigen die Unterstützung der Kommunen und kommunalen Parlamente.
- Für die Wahl eines Jugendparlaments muss überall dort geworben werden, wo Jugendliche anzutreffen sind. Das betrifft Schulen,

Sportvereine, Feuerwehr, Jugendclubs, Jugendzentren, Diskotheken, Konzerte etc.

- Des Weiteren fordern wir ein Vorschlags- und Rederecht für den Kreisjugendring im Kreistag.
- Der Kreis setzt sich für die Einrichtung von Jugendzentren und für einen Ausbau der dezentralen Jugendarbeit in allen Gemeinden der Wetterau ein. Kommunen ohne Angebote, in denen Jugendliche willkommene Beute rechtsextremer Gruppen sind, müssen tätig werden.

4.7 *Kommunales Wahlrecht für Migrant:innen*

Ausländerbeiräte stärken statt schwächen!

Migrant:innen müssen an der Gesellschaft teilhaben können.

Dazu gehört auch das aktive und passive Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Dazu gehört der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und Ausbildung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Und dazu gehört, dass Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, eine deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Die Einbürgerung muss erleichtert werden, doppelte Staatsbürgerschaften sollen möglich sein.

Diskriminierung von Asylsuchenden und Geduldeten bei der sozialen und medizinischen Versorgung sowie der Unterbringung sind nicht hinnehmbar.

DIE LINKE erwartet von der Ausländerbehörde des Wetteraukreises, dass sie diskriminierungsfrei arbeitet, Migrant:innen bei der Integration nach Kräften berät und unterstützt.

Politisches und zivilgesellschaftliches Engagement muss grundsätzlich erwünscht sein und gefördert werden!

DIE LINKE wendet sich energisch gegen die Schwächung der Ausländerbeiräte, wie sie von der hessischen Landesregierung beschlossen wurde.

Alle Gemeinden mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohner, für die vorher eine gesetzliche Verpflichtung zur Einrichtung eines Ausländerbeirats bestand, können nun einen bestehenden Ausländerbeirat durch eine "Integrationskommission" ersetzen, deren Mitglieder nur noch zur Hälfte aus Migrant:innen bestehen müssen und von der Gemeindevertretung benannt werden.

Diese Gesetzesänderung muss rückgängig gemacht werden! Stattdessen sollte man die Rechte der Ausländerbeiräte erweitern. Deren Vertreter:innen sollten Rede-, Antrags- und Stimmrecht in den kommunalen Gremien erhalten.

Für EU-Bürger:innen wurde das Wahlrecht in Deutschland erweitert: Sie haben kommunales Wahlrecht und können auch an der Briefwahl teilnehmen. Ein verbessertes Registrierrecht wurde von der EU-Kommission auf den Weg gebracht. Auch für Migrant:innen aus Nicht-EU-Ländern muss spätestens nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland das Wahlrecht gelten – mindestens bei Kommunalwahlen.

Das kommunale Wahlrecht für Migrant:innen war bereits seit 2014 in 15 von 28 europäischen Staaten Standard. Daher wird es für Deutschland nach 70-jähriger Arbeitsmigration höchste Zeit, dies für alle ausländischen Mitbürger:innen ebenfalls umzusetzen.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Kommunales Wahlrecht für alle Einwohner:innen des Wetteraukreises, die länger als fünf Jahre hier leben.
- Auch Migrant:innen aus nicht EU-Staaten müssen eine politische und zivilgesellschaftliche Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft haben!
- Ausländerbeiräte sind zu stärken: Stimmberechtigung in den kommunalen Parlamenten, Initiativrecht für Anträge, Mitbestimmung bei schulischen Entscheidungen usw.
- Rücknahme der gesetzlichen Regelung, die Ausländerbeiräte schwächt.
- Förderung der beruflichen Integration. Anerkennung im Ausland erworbener Zertifikate und Abschlüsse.
- Respektvoller Umgang im Ausländeramt des Wetteraukreises gewährleisten: Keine Abwertungen, zeitnahe Terminvergabe zur Regelung der ausländerrechtlichen Angelegenheiten, Ein Dolmetscherdienst bei Sprachbarrieren.

(Siehe auch Kapitel 1. 10: Migration und Flucht – Seite 42ff)

4.8 *Faschismus aktiv entgegenreten!*

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ heißt es in Max Horkheimers Analyse über den deutschen Faschismus.

Die Auswirkungen der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze sowie die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2009 haben ihre Spuren hinterlassen. Leih- und Zeitarbeit, Mini- und Ein-Euro-Jobs haben Deutschlands Niedriglohnsektor zum größten in ganz Europa gemacht.

Wohnen ist zu einem Luxusgut verkommen. Ein nicht geringer Teil der Gesellschaft hat am Ende des Monats kein Geld mehr, um sich vernünftig zu ernähren.

Antifaschismus fängt bei fairen Löhnen und bezahlbarem Wohnraum an!

Jahrelang hieß es, es wäre kein Geld da, um mehr Sozialwohnungen zu bauen, Schulen zu sanieren oder Pflegekräfte anständig zu bezahlen, das könne man den nachkommenden Generationen nicht zumuten.

Jetzt wird eine Billion Euro an Schulden aufgewendet, um einen Krieg vorzubereiten, der das Potential hat, eine ganze Generation auszulöschen.

Dann muss man sich nicht wundern, wenn sich die Wählerschaft von dieser Demokratie abwendet.

Politiker von CDU, SPD und Grünen rufen dazu auf, „die Demokratie“ zu retten. Gleichzeitig wollen sie aber den Acht- Stunden-Tag und den Sozialstaat abschaffen. Das ist doch genau das Gegenteil von Demokratie!

Wenn Friedrich Merz bei Markus Lanz von „kleinen Paschas“ und von Geflüchteten, die sich auf unsere Kosten „die Zähne neu machen lassen“ spricht, ist das rechter Populismus, der dem der AfD in nichts nachsteht.

Auch behinderte und psychisch erkrankte Menschen werden mittlerweile wieder offen diskriminiert. Die hessische Landesregierung plant eine Meldepflicht für psychisch kranke Menschen. Queere Menschen werden mit einem „Zirkus“ verglichen. Man arbeitet zur Zeit an einer Neuauflage des Radikalenerlasses. Es werden wieder Berufsverbote erteilt, etwa gegen die Klimaaktivistin Lisa Poettinger, der das Referendariat verweigert wurde, weil sie das Wort „Profitmaximierung“ verwendet hat. Wir wissen aus langer Erfahrung: Berufsverbote treffen vorrangig linke und kapitalismuskritische Menschen und selten Rechte.

Es sind Politiker von SPD und Grünen, die sich damit brüsten, Abschiebeflüge im großen Stil veranlasst zu haben. Und die bürgerliche Presse beklatscht die Aushöhlung des Asylrechts.

Die autoritäre Wende ist bereits vollzogen, und die CDU macht auch kein Hehl mehr daraus, dass sie gern mit der AfD zusammenarbeiten würde.

Wer offen mit Faschisten paktiert und sich ihrer Methoden bedient, darf sich nicht wundern, wenn die Faschisten irgendwann übernehmen.

Demokratie lässt sich eben nicht mit Ressentiments und Opportunismus retten. Und um noch einmal Horkheimer zu zitieren: „Heute gegen den Faschismus auf die liberalistische Denkart des 19. Jahrhunderts sich berufen heißt, an die Instanz appellieren, durch die er gesiegt hat“.

Der einzige Weg, dem Faschismus auf Dauer Einhalt zu gebieten, ist das System zu überwinden, aus dem er entsprungen ist!

Die Linke Wetterau beteiligt sich an allen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen, die sich klar gegen Faschismus und kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse aussprechen. Zusammen mit anderen Organisationen wollen wir an der Basis ansetzen und für mehr Aufklärung und Inklusion sorgen.

In den vergangenen Jahrzehnten haben Politik und Medien bewusst eine Atomisierung und Entpolitisierung der Gesellschaft betrieben. Die Menschen verstehen sich nicht mehr als Teil des Demos, als Teil eines Sozialsystems. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns in der Wetterau für mehr Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene ein. Denn der Sündenbock für die prekären Verhältnisse, in die immer mehr Menschen abrutschen, ist nicht der Flüchtling, der Bürgergeldempfänger oder das Gendersternchen. Es sind die Produktionsverhältnisse die uns spalten: In die besitzende und die enteignete Klasse. Wenn dieses Klassenbewusstsein wieder Teil des öffentlichen Diskurses wird, ist das ein erster kleiner Schritt in eine soziale und wirklich antifaschistische klassenlose Gesellschaft, in der kein Bedarf mehr für rechtes und faschistoides Gedankengut ist.

Das fordert *DIE LINKE*.:

- Kreis und Gemeinden in der Wetterau achten auf die strikte Einhaltung der Anti-Diskriminierungs-Richtlinie der EU.
- Der Landkreis und die Gemeinden erstellen gemeinsam mit den Jugend- und Sozialämtern und in Zusammenarbeit mit den Schulen eine Analyse rechtsextremer Potentiale im Kreis, um Vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen gezielt planen und durchführen zu können.
- Antirassistische und antifaschistische Initiativen, Veranstaltungen und Bildungsangebote sind vom Kreis und den Kommunen zu unterstützen und zu fördern.

DIE LINKE fordert die Ausweisung von Fördermitteln sowohl beim Kreis als auch in den Kommunen zur Unterstützung antifaschistischer Bildungsprojekte. Die Mittel sollen projektbezogen vergeben werden. Berücksichtigung antifaschistischer Bildungsthemen (Demokratie, Antirassismus, Gleichberechtigung) in den Bildungsangeboten des Kreises (Volkshochschule, Kreisjugendbildungswerk etc.).

- Stätten von Verbrechen, Verfolgung und Widerstand während der Nazi-Herrschaft von 1933 bis 1945 im Wetteraukreis sind zu pflegen, zu kennzeichnen und zu würdigen sowie der Öffentlichkeit – vor allem der Jugend – zugänglich zu machen.

- Neofaschistische Aktivitäten, Veranstaltungen, Aufmärsche usw. sind von den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern mit allen rechtlichen Mitteln zu unterbinden. Wo dies nicht möglich ist, sollen die Kommunalpolitiker:innen öffentliche Protestbewegungen aktiv unterstützen.
- Wir fordern ein Verbot neofaschistischer Organisationen!
- Keine Verharmlosung antifaschistischer Positionen mit Hilfe der „Antisemitismus-Keule“. Rechte und faschistische Positionen sowie rechte bzw. faschistoide Regierungen müssen kritisiert werden können! Keine Entlassungen und Inhaftierungen wegen der Solidarität mit Gaza!
- Keine Aberkennung der Gemeinnützigkeit für Vereine, wie ATTAC, VVN, antifaschistische Gruppen und andere, die sie sich für linke, demokratische und antifaschistische Ziele einsetzen!

4.9 Ohne Frieden ist alles nichts!

Stoppt die Hochrüstung!

Keine Militarisierung der Gesellschaft!

Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht!

Die Mehrheit der Menschen braucht soziale Absicherung: Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege, öffentliche Kinderbetreuung, öffentliche Schulen und Universitäten, den öffentlichen Nahverkehr, sozialen Wohnungsbau, kommunale Infrastruktur, Alterssicherung, sozial-ökologischen Umbau, Klimagerechtigkeit und einiges mehr. Das ist so, weil die Mehrheit der Menschen nicht zu den privilegierten Reichen und Superreichen gehört.

Öffentliche Daseinsfürsorge kostet natürlich Geld. Genau dafür zahlt die arbeitende Bevölkerung aber eigentlich Steuern!

2025 liegen die Bundesaussgaben für Militär und Rüstung bei etwa 90 Milliarden Euro jährlich. Und natürlich diskutiert die Bundesregierung aus CDU und SPD nicht darüber, dass diese wahnsinnige Summe vielleicht mit einer Vermögenssteuer bezahlt werden sollte. Im Gegenteil!

Im Bundestag werden Milliardenbeträge kurzerhand in die Bundeswehr investiert, während um das Bürgergeld, das nur einen Bruchteil des Haushalts ausmacht, eine wochenlange Schlacht in den Medien geführt wird. Die bürgerlichen Parteien übertrumpfen sich gegenseitig mit Ideen zum Abbau öffentlicher Leistungen. Alles

Soziale ist zu teuer. Nur die Profite der Rüstungsfirmen und die Steuergeschenke für die Reichen und Konzerne stehen nicht zur Debatte.

Die Bundesregierung plant, die „Verteidigungsausgaben“ auf fünf Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP) zu steigern. Im Jahr 2024 lag das deutsche BIP bei 4,31 Billionen Euro. Der Bundeshaushalt betrug im selben Jahr 476,8 Milliarden Euro. Fünf Prozent bedeutet: Deutschland gibt dann 215,27 Milliarden Euro für Rüstung aus. Das wären etwa 45 Prozent des Bundeshaushalts – also beinahe die Hälfte!

Wer glaubt im Ernst, dann wäre noch Geld für soziale Sicherheit und öffentliche Daseinsfürsorge vorhanden?

Wer glaubt, dadurch würde das deutsche Bildungssystem besser und international konkurrenzfähiger? Wer glaubt noch, die Zukunft seiner Kinder würde eine bessere Zukunft sein?

Wer viel Geld hat, hat wahrscheinlich weniger Sorgen. Doch die Mehrheit der Menschen hat eben nicht viel Geld.

Mit Angst und Hetze werden der Bevölkerung die wahnsinnigen Kosten der Hochrüstung und Kriegsvorbereitung schmackhaft gemacht. „Wir müssen uns wehren. Der Russe steht vor der Tür.“ Der Russenhass wird wieder geschürt. Wie zur Zeit des deutschen Faschismus. Wie in der Nachkriegszeit im Kalten Krieg. Jeden Tag eine neue Schreckensmeldung, die nicht verifizierbar ist, aber die Volksseele zum Kochen bringt. Angst wurde zu jeder Zeit als Herrschaftsmittel eingesetzt.

Seit einiger Zeit wirbt die Bundeswehr bei jungen Menschen für den Kriegsdienst. Ausbildungs- und Studienplätze werden als Köder angeboten. Auch in zivilen Berufen und mit einem guten Lohn. Das ist ein Angebot, von dem sie wissen, dass es die Arbeiterklasse nicht ablehnen kann. Sind die Zukunftsperspektiven eher düster, zieht diese Werbestrategie.

Dennoch will die Mehrheit der Jugendlichen laut aktuellen Umfragen nicht zur Bundeswehr. Na dann wird eben die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt. Jugendliche aus wohlhabenden Elternhäusern mit besseren Zukunftsaussichten werden Auswege finden.

Eine beispiellose Militarisierung der Gesellschaft ist im Gange. In der „Zeitenwende“ soll die ganze Gesellschaft „kriegstüchtig“ werden.

Hessische Kommunen schließen Verträge mit dem Heimatschutzregiment 5 und wollen ihre Mitarbeiter:innen für Reservistenübungen frei stellen. Auf jedem Volksfest – wie dem Hessentag – stellt sich die Armee als ganz normaler Arbeitgeber vor. Krankenhäuser sollen sich auf eine große Zahl von Kriegsverletzten vorbereiten. Die Bundeswehr wirbt in jeder Schule für neue Rekruten.

Universitäten forschen für militärische Zwecke. Mit einem Investitionsprogramm will man Straßen und Brücken ertüchtigen, um sie panzerfähig zu machen. Ziel ist die breite Akzeptanz des Krieges als politisches Mittel. Und am Ende eines solchen Prozesses hat in der Weltgeschichte immer ein heißer Krieg gestanden.

Auch sicherheitspolitisch bringt es nichts, zusätzlich Unsummen in die militärische Aufrüstung zu stecken. Kriege wurden nie mit Hochrüstung verhindert, sondern mit Diplomatie! Deswegen sind mehr Mittel für Konfliktprävention nötig statt für Aufrüstung. Das sollte das Hauptziel der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik sein!

Militär löst keine Probleme. Es schafft immer mehr Probleme!

Abrüsten ist das Gebot der Stunde! Denn nur so können wir den Sozialstaat retten und die fortschreitende Armut bekämpfen.

Das will *DIE LINKE*:

- Kommunalpolitiker:innen aller Parteien sollen sich bei ihren Bundestagsfraktionen für Abrüstung einsetzen!
Wird das Geld für Militär ausgegeben, fehlt es für kommunale Investitionen, für Sozialpolitik und Klimaschutz.
- Beitritt zur ICAN-Initiative für Abgeordnete:
Unterzeichnung und Ratifizierung des Verbotsvertrags zu Atomwaffen.
<https://www.icanw.de/abgeordnetenerklaerung/>
- Rücknahme der Kooperationsverträge, die Kommunen mit dem Heimatschutzregiment 5 abgeschlossen haben. Kommunales Personal soll für friedliche Zwecke arbeiten und den Bürger:innen zur Verfügung stehen.
- Keine Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen für das Militär. Schon gar nicht im vorauseilenden Gehorsam.
- Unterstützung antimilitaristischer Arbeit vor Ort.
Beitritt zur Initiative „Mayors for Peace“. Öffentlichkeitsarbeit für Frieden und Abrüstung.
- Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste!
Stattdessen eine gute Schulbildung und ausreichend gute Ausbildungsplätze.



www.die-linke-wetterau.de

info@die-linke-wetterau.de

Usagasse 26, 61169 Friedberg

Dieses Programm für die Kreistagswahl am 15. März 2026 wurde auf der Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Wetterau am 27. September 2025 in der Stadthalle Friedberg verabschiedet.